

ZIVIL COURAGE

1892



2 | 2025 | 4,00 €

Magazin der DFG-VK

KEINE MITTELSTRECKENWAFFEN IN EUROPA!

80 JAHRE BEFREIUNG VOM FASCHISMUS – ANALYSE BUNDESTAGSWAHL
RÜSTUNGSEXPORTKONTROLLGESETZ – REISEBERICHT AUS DER UKRAINE
FÜNF FRAGEN AN WOLFRAM WETTE – MENSCHENKETTE 1983

Frieden auf die Ohren

Liebe Leserinnen und Leser der ZivilCourage,

es ist jedes Mal eine Freude, die zahlreichen Einsendungen unserer Mitglieder zu sichten. Die ZivilCourage lebt von diesem Engagement – von den fundierten Analysen, den bewegenden Erfahrungsberichten und den streitbaren, aber überwiegend fairen Debattenbeiträgen. Auch die Leserbriefe zeigen, wie lebendig der Austausch innerhalb unseres Verbandes ist. Die Vielfalt der Meinungen und Perspektiven macht unser Magazin zu dem, was es ist: eine Plattform für friedenspolitische Diskussionen mit Tiefgang. Wir danken allen, die sich mit Beiträgen und Rückmeldungen beteiligen – ihr macht die ZivilCourage erst zu einer echten Diskussionsplattform!

Neben all den positiven Entwicklungen gibt es aber auch eine organisatorische Neuerung, über die wir euch informieren möchten. Seit mehreren Jahren haben wir den Preis für die ZivilCourage konstant gehalten. Ein Vergleich mit anderen Magazinen zeigt jedoch, dass unser bisheriger Preis von 2,80 Euro pro Ausgabe beziehungsweise 14 Euro im Jahresabo sehr niedrig angesetzt war. Um unsere Arbeit weiterhin mit der gewohnten Qualität fortführen zu können, passen wir die Preise an: Das Jahresabo kostet künftig 20 Euro, die Einzelausgabe 4 Euro. Für unsere Mitglieder ändert sich selbstverständlich nichts – sie erhalten die ZivilCourage weiterhin kostenlos. Zudem bieten wir nun ein Soli-Abo für 30 Euro pro Jahr an, mit dem ihr die Arbeit der Redaktion zusätzlich unterstützen könnt.

Darüber hinaus haben wir einige neue Serviceleistungen auf unserer Website eingeführt. Ab sofort könnt ihr dort ganz einfach Adressänderungen mitteilen, ein Abonnement abschlie-

ßen oder eure Ausgabe auf die digitale Version umstellen. Schaut doch mal vorbei: zivilcourage.dfg-vk.de.

Ein Highlight gibt es aber noch: Die ZivilCourage gibt es nun auch auf die Ohren! Mit dieser Ausgabe startet auch unser Podcast-Projekt der ZivilCourage. Ihr könnt nun auf allen gängigen Podcast-Plattformen den Podcast „ZivilCourage – Der Podcast“ abonnieren und bekommt unsere Artikel als Episoden zum Anhören. Für den Weg zur Arbeit, zum Treffen mit Freund*innen oder der nächsten Friedensdemonstration! Helft uns gerne dabei, den Podcast zu verbreiten und auch Menschen außerhalb der DFG-VK auf unsere Inhalte aufmerksam zu machen!

Wir freuen uns auf weitere spannende Debatten, kritische Anmerkungen und euer anhaltendes Engagement für Frieden und Gerechtigkeit.



Foto: Sandra Kühnapfel

Yannick Kiesel & eure Redaktion der ZivilCourage



Adressen

DFG-VK-Bundesgeschäftsstelle und DFG-VK-Shop

Hornbergstraße 100
70188 Stuttgart
0711-65296246
verwaltung@dfg-vk.de
shop@dfg-vk.de

Politischer Geschäftsführer Michael Schulze von Gläßer

0176-23575236
svg@dfg-vk.de

Landesverbände und Gruppen

www.dfg-vk.de/kontakte

Bertha-von-Suttner-Stiftung der DFG-VK

stiftung@dfg-vk.de
www.bertha-von-suttner-stiftung.de

Carl-von-Ossietzky-Solidaritätsfonds der DFG-VK

<http://cvo.dfg-vk.de/cvo-start>

Redaktion ZivilCourage

Hornbergstraße 100
70188 Stuttgart
0711-51892620
zc@dfg-vk.de



ONLINE
www.zivilcourage.dfg-vk.de

BundessprecherInnenkreis

- Cornelia Mannewitz mannewitz@dfg-vk.de
- Jürgen Grässlin graesslin@dfg-vk.de
- Marius Pletsch pletsch@dfg-vk.de
- Ralf Buchterkirchen buchterkirchen@dfg-vk.de
- Thomas Carl Schwoerer schwoerer@dfg-vk.de

US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland: lange geplant und doch überraschend

In Deutschland sollen wieder US-Mittelstreckenwaffen stationiert werden. Sie sind in ein umfassendes System zur Kriegführung eingebettet. Die Hoffnung auf eine Revidierung der Vereinbarung durch US-Präsident Trump ist damit trügerisch.

Seit der Einbeziehung von Mittelstreckensystemen lautet das Stichwort nun „Conventional Prompt Strike“, das Mittel dafür sind „conventional long-range fires“ (zum Beispiel in der U.S. National Defense Strategy vom Oktober 2022, S. 8). Diese Option war durch den INF-Vertrag verstellt, der den USA und der Sowjetunion (beziehungsweise in deren Nachfolge Russland) den Besitz von landgestützten ballistischen Raketen und Marschflugkörpern mit Reichweiten zwischen 500 und 5500 km untersagte, egal, ob nuklear oder konventionell bewaffnet. Nach mehreren Jahren gegenseitiger Vorwürfe, Vertragsverletzungen begangen zu haben, und ohne die im Vertrag vorgesehenen Konsultationen und Inspektionen zur Ausräumung der Vorwürfe kündigte die erste Trump-Regierung den INF-Vertrag im Februar 2019 mit Sechsmontatsfrist; die russische Regierung zog sofort nach. Nur wenige Tage nach Auslaufen des Vertrags testete das US-Militär den Abschuss eines landgestützten Tomahawk-Marschflugkörpers – der nun unter anderem nach Deutschland kommen soll. 2023 wurde das System in Dienst gestellt.

Die strategische Rolle von Wiesbaden und Grafenwöhr

Auch logistisch bereiten sich die USA schon länger vor: 2017 wurde die 1st Multi-Domain Task Force (MTDF) der US-Army aktiviert. Dabei handelt es sich um äußerst manövrierfähige, rasch einsetzbare Verbände für die regionale Kriegführung, die in sämtlichen „Domänen“ (Luft, Wasser, Land sowie Welt-, Cyber- und Informationsraum) agieren und mit ihren Präzisionswaffen gegnerische Abwehrmaßnahmen umgehen sollen. Fünf MTDFs sind vorgesehen: zwei für den indopazifischen Raum, eine für Europa, eine für die Arktis und eine für den weitweiten Einsatz. Das Waffenarsenal der MTDFs soll Anti-Schiff-Systeme, Luftverteidigung, weitreichende Artillerie- und Raketensysteme sowie die landgestützten Mittelstreckenwaffen umfassen.

Im September 2021 wurde die 2nd MTDF mit mehr als 400 Militärange-

Ab 2026 wollen die USA „weitreichende Waffensysteme ihrer Multi-Domain Task Force in Deutschland stationieren“. Konkret geht es um ballistische Hyperschallraketen (SM-6 und Dark Eagle) sowie um langsamere, aber tief und damit „unter dem Radar“ fliegende Marschflugkörper (Tomahawk), jeweils ohne nukleare Sprengköpfe. Sie sollen Ziele in einer Entfernung von bis zu 1600 bzw. 2700 km erreichen.

Die knappe am 10.7.2024 am Rande des NATO-Gipfels bekannt gegebene Vereinbarung von Präsident Biden und Bundeskanzler Scholz kam für viele überraschend. Offenbar waren nicht einmal alle Minister*innen vorab informiert, geschweige denn konsultiert. Kritik konterte der Bundeskanzler mit dem kühlen Hinweis auf die „Nationale Sicherheitsstrategie“ vom Juni 2023. Dort heißt es lapidar: „Die Bundesregierung wird die Entwicklung und Einführung von Zukunftsfähigkeiten wie abstandsfähige Präzisionswaffen befördern.“ (S. 34) Vermutlich hatten nur wenige Leser*innen die Tragweite dieses Satzes verstanden.

Von langer Hand geplant

Dies gilt auch für das strategische Konzept, das der Stationierung zugrunde liegt. Bereits 2001 schlug die Regierung George W. Bush vor, die nukleare Abschreckung um offensive nicht-nukleare Angriffsfähigkeiten zu ergänzen. Das Konzept firmierte eine Zeit lang unter dem Stichwort „Prompt Global Strike“ und stützte sich im Wesentlichen auf konventionell bewaffnete landgestützte Interkontinentalraketen. Bei der Diskussion um die Ratifizierung des zwischen den Präsidenten Obama und Putin ausgehandelten New-START-Vertrags über die Verringerung strategischer Atomwaffen (in Kraft getreten am 5.2.2011) stellte der US-Kongress klar, dass er im Gegenzug zur Verringerung des Atomwaffenarsenals unter anderem die Einführung „konventionell bewaffneter Waffensysteme mit strategischer Reichweite“ fordere. Im US-Verteidigungshaushalt für das Finanzjahr 2013 wurden 110 Millionen Dollar für die „Entwicklung einer Fähigkeit zum Prompt Global Strike“ bereitgestellt.

Editorial

Frieden auf die Ohren
Yannick Kiesel 2

Titel

US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland: lange geplant und doch überraschend
Simon Bödecker, Regina Hagen 3

Friedensfähig statt erstschlagfähig!
Jürgen Wagner 5

Bundestagswahl

Bundestagswahlkampf 2025: Frieden als Wahlkampfthema
Christoph Neeb 7

Antifaschismus

Bauernproteste
Cornelia Mannewitz 10

80 Jahre Befreiung von Faschismus und Krieg
Dr. Ulrich Schneider 11

Nie wieder Faschismus - nie wieder Krieg
Nils-Holger Schomann 12

Antimilitarismus

Wie die Bundesregierung ihre eigene Zielvorgabe „besonders strenger Regeln“ ausgehebelt hat
Jürgen Grässlin 13

Unter 18 nie!
Chris Hüppmeier 18

GegenWehr - Kongress gegen die Militarisierung an Schulen
Joachim Schramm 19

Werbung 20

Friedensbewegung

Die Ukraine nach drei Jahren Überfall und Krieg – ein Reisebericht
Jan Birk 21

DFG-VK intern

Für eine pazifistische Wende 25

„Weißer Cis-Dude“ – (k)eine
Beleidigung
Ralf Buchterkirchen 26

Was macht eigentlich der
politische Geschäftsführer?
Michael Schulze von Gläßer 27

Eine persönliche Entscheidung
Werner Glenewinkel 28

Gegen Schubladendenken
und Ausgrenzung
*Silke Dumno, Jan Menning
und Jörg Rode* 30

Über „Einflussnahmen auf die
Friedensbewegung – ein
Diskussionspapier“
Cornelia Mannewitz 31

DFG-VK historisch

Menschenkette 1983 32

5 Fragen an ...

5 Fragen an Wolfram Wette
Yannick Kiesel 34

LeserInnenbriefe 38

Medienempfehlungen

Günter Verheugen:
Der Lange Weg zum Krieg
Marcus Angebauer 42

Ole Nymoer: Warum ich niemals
für mein Land kämpfen würde
Gegen die Kriegstüchtigkeit
David Scheuing 43

Neues aus den Regionen

Region Berlin 44

Region Oberpfalz 45

Region Bremen 46

Anderes 47

hören in der Clay-Kaserne in Wiesbaden (Hessen) in Dienst gestellt. Außerdem wurde, ebenfalls in Wiesbaden (Stadtteil Mainz-Kastel), ein Truppenteil reaktiviert, der in den 1980er-Jahren für die Pershing II und Cruise Missiles in Europa zuständig war: das 56. Artilleriekommando. Der eigenen Beschreibung zufolge „plant und koordiniert das Kommando den Einsatz von Waffen- und Wirksystemen über die Domänen hinweg“. Außerdem soll es ein System aufbauen, das mithilfe von künstlicher Intelligenz raschere Zielentscheidungen ermöglicht. Schon zuvor, 2018, wurde ein weiteres Artilleriekommando reaktiviert: das 41. In Grafenwöhr (Bayern). Seine Mission: „Planen, Vorbereiten, Durchführen und Bewerten von Operationen“, darunter „weitreichende Präzisionsschläge“. Grafenwöhr gilt daher als potenzieller, wenn auch unbestätigter, Stationierungsort der US-Mittelstreckenwaffen.

Wir sind mitten im neuen Wettrüsten

Die Stationierung von Hyperschallraketen und Marschflugkörpern in Deutschland schafft in erster Linie die Möglichkeit, präemptiv – also vorbeugend – strategische Ziele zu zerstören. Mit den präzisen und schwer abzufangenden Waffen könnten Flugplätze, Atomwaffenstützpunkte oder Kommandozentralen bis fast zum Ural nahezu ohne Vorwarnzeit angegriffen werden. Damit sichert sich Washington die Möglichkeit einer strategischen Erstschlagfähigkeit von deutschem Territorium ohne Einsatz der üblicherweise als „strategisch“ eingestuftes Interkontinentalwaffen. Die Hoffnung, Präsident Trump würde auf diese Möglichkeit verzichten, ist äußerst trügerisch.

Moskau entwickelt seit einigen Jahren ebenfalls landgestützte Mittelstreckenwaffen mit vergleichbaren Fähigkeiten. Im November 2024 setzte Russland bei einem Angriff auf die ukrainische Stadt Dnipro erstmals eine konventionell bewaffnete, prinzipiell aber auch nuklear bestückbare Oreschnik-Rakete ein, die binnen Minuten Deutschland erreichen könnte. Das macht deutlich: Wir sind mitten in einem neuen Wettrüsten – und im Fadenkreuz.

Friedensfähig statt erstschlagfähig!

Umso unverständlicher ist es, dass die deutsche und die europäische Politik – anders als im NATO-Doppelbeschluss von 1979 – keine Forderung nach

neuen Rüstungskontrollverhandlungen erhebt. Es gibt auch keinen Hinweis darauf, unter welchen Bedingungen die Stationierung der US-Waffen zurückgenommen werden könnte. Vielmehr will Deutschland mit weiteren europäischen Staaten im Rahmen einer European Long Range Strike Approach (ELSA) eigene Marschflugkörper mittlerer Reichweite entwickeln und stationieren. Dabei zeigt die jüngste europäische Geschichte, dass Rüstungskontrollverträge und Strukturen der gemeinsamen Sicherheit der einzige Weg sind, um Konfrontationen ohne Blutvergießen beizulegen und Aufrüstungsspiralen zu durchbrechen. Der INF-Vertrag, den US-Präsident Ronald Reagan und der KPdSU-Vorsitzende Michail Gorbatschow nach langen Verhandlungen im Jahr 1987 unterzeichneten, läutete das Ende des Kalten Krieges und eine Epoche gemeinsamer Sicherheit in Europa ein.

Europa braucht jetzt dringend neue derartige Impulse, um das gefährliche Wettrüsten in Ost und West zu stoppen! Die Kampagne „Friedensfähig statt erstschlagfähig: Für ein Europa ohne Mittelstreckenwaffen!“ (www.friedensfaehig.de) fordert daher neben einem Stopp der geplanten Stationierung von US-Mittelstreckensystemen in Deutschland sowie der Entwicklung europäischer Mittelstreckenwaffen auch neue Initiativen für Rüstungskontrolle und gemeinsame Sicherheit sowie die langfristige Vision einer neuen Friedensordnung in Europa.

Literatur

Zur weiteren Lektüre werden insbesondere empfohlen:

Oberst a. D. Wolfgang Richter: Stationierung von U.S. Mittelstreckenraketen in Deutschland: Konzeptioneller Hintergrund und Folgen für die europäische Sicherheit. FES-Regionalbüro für Zusammenarbeit und Frieden in Europa, Juli 2024.

MdEP Özlem Alev Demirel und Jürgen Wagner: Frieden schaffen mit Angriffswaffen? US-Mittelstreckensysteme in Deutschland – gefährlich und destabilisierend! Die Linke im Europaparlament, September 2024.

Simon Bödecker

Referent für Öffentlichkeitsarbeit und Atomare Abrüstung bei Ohne Rüstung Leben

Regina Hagen

Mitglied im Darmstädter Friedensforum und im Kampagnenrat von friedensfaehig.de

Friedensfähig statt erstschlagfähig!

Kampagne gegen die geplante Stationierung von Angriffswaffen in Deutschland formiert sich

Immer, wenn im Westen von Fähigkeits- oder Raketengapen gesprochen wird, ist allergrößte Vorsicht geboten. Nur allzu oft stellen sich Behauptungen über die Hochrüstung erklärter Gegner als glatte Lüge oder zumindest als grobe Übertreibungen heraus, die die eigenen Rüstungsbestrebungen zusätzlich befeuern sollten. So auch im jüngsten Fall, der geplanten Stationierung von US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland, deren katastrophale Folgen sich schon jetzt immer deutlicher abzeichnen. Umso wichtiger ist es, dass sich allmählich unter anderem mit der Kampagne „Friedensfähig statt erstschlagfähig!“ auch Widerstand dagegen formiert.

Fähigkeitslücke ...

Auffällig ist zunächst, wie dünn die gerade einmal vier läppischen Sätze daherkommen, mit denen eine deutsch-amerikanische Erklärung vom 10. Juli 2024 das Vorhaben ankündigte, ab 2026 hierzulande diverse US-Mittelstreckensysteme für die „Abschreckung“ zu stationieren. Eine nicht viel ausführlichere Begründung lieferte Verteidigungsminister Boris Pistorius nahezu parallel dazu mit folgenden Worten ab: „Wir reden hier über eine durchaus ernst zu nehmende Fähigkeitslücke in Europa.“

Fast zehn Tage später schoben dann die Parlamentarischen Staatssekretäre Siemtje Möller (Verteidigung) und Tobias Lindner (Auswärtiges Amt) in einem Schreiben an den Außen- und Verteidigungsausschuss des Bundestages eine etwas ausführlichere Begründung nach: „Russland hat in den vergangenen Jahren massiv im Bereich weitreichender Raketen und Marschflugkörper aufgerüstet. (...) Wir beobachten, dass Art und Umfang der massiven russischen Aufrüstung auch über den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine hinaus zur Aufstellung und Stärkung von gegen den Westen gerichteten Fähigkeiten und Kapazitäten genutzt werden.“

Im Wesentlichen ist es bei dieser knappen Argumentation geblieben, die viele Expert*innen aus guten Gründen für wenig überzeugend halten. Die wohl lauteste kritische Stimme ist Oberst a. D. Wolfgang Richter, der als früherer Abteilungsleiter beim Zentrum für Verifikationsaufgaben der Bundeswehr wissen dürfte, von was er da spricht: „Generell sind die Luft- und Seestreitkräfte der NATO denen Russlands qualitativ und quantitativ deutlich überlegen. (...) Die Behauptung einer so genannten Fähigkeitslücke als Begründung für eine Stationierung von US-Mittelstreckenwaffen ist nicht nachvollziehbar.“

Stationierungsbefürworter wie der Wissenschaftler Jonas Schneider und Bundeswehr-Oberst Torben Arnold begründen in einem Papier für die Regierungsberatende Stiftung Wissenschaft und Politik ihre Position folgendermaßen: „Moskau verfügt über den Marschflugkörper SSC-8 (Zahl im hohen zweistelligen Bereich), der den INF-Vertrag 2019 zu Fall brachte, seit 2023 über die Raketen Zolfghar

aus Iran (rund 400 Stück) und KN-23 aus Nordkorea (etwa 50 Stück). Die seegestützten Hyperschall-Marschflugkörper Zirkon (Zahl im hohen zweistelligen Bereich) verschießt Russland seit 2024 auch von Land aus. Von seiner ballistischen Iskander-Version SS-26 müsste Moskau trotz ihres Einsatzes gegen die Ukraine noch deutlich über 100 Stück haben (Fachleute betrachten die SS-26 als Mittelstreckenwaffe.) Die Bilanz: Russland besitzt weit über 500 bodengestützte Mittelstreckenflugkörper, die Nato in Europa bislang keinen einzigen.“

Selbst wenn man diese – womöglich deutlich zu hoch gegriffene – Zahl für bare Münze nehmen sollte, wird allerdings noch lange kein Rüstungsschuh daraus. Wolfgang Richter und andere weisen darauf hin, dass Russland zwar tatsächlich über deutlich mehr landgestützte Kurz- und womöglich auch Mittelstreckenwaffen verfügt als die NATO, dies aber durch deren Überlegenheit bei see- und luftgestützten Waffensystemen mehr als wettgemacht werde. So etwa auch Ulrich Kühn vom Forschungsbereich Rüstungskontrolle und Neue Technologien am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik Hamburg: „Es stimmt, dass Europa bisher nicht über bodengestützte Abstandswaffen in diesem Spektrum verfügt. Allerdings verfügen Nato-Staaten über luft- und seegestützte Mittelstreckenraketen, weshalb keine generelle Fähigkeitslücke besteht.“

In der Berliner Zeitung vom 25.12.2024 unterlegte Wolfgang Richter sein Argument, es existiere keine Fähigkeitslücke, mit konkreten Zahlen: „Insgesamt sind die in Europa stationierten See- und Luftstreitkräfte der Nato mit 2200 Kampfflugzeugen und mehr als 3000 weitreichenden Marschflugkörpern den russischen (etwa 1200 Kampfflugzeuge) weit überlegen, sowohl qualitativ als auch quantitativ. Auch wird das Moskauer Raketenpotenzial, das Kiew jüngst mit 1800 bezifferte, trotz der hohen Produktionsraten durch den Ukrainekrieg stetig dezimiert.“

... oder Angriffswaffen?

Von einer russischen Überlegenheit kann also keine Rede sein, eine Fähigkeitslücke existiert nicht, es sei denn, man will unbedingt die speziellen Eigenschaften landgestützter Waffensysteme nutzen. See- und luftgestützte Waffen brauchen länger, um ihr Ziel zu erreichen, es bleibt Zeit für die Lagefeststellung und für einen etwaigen Gegenschlag, sie sind damit per se nur bedingt offensiv für Überraschungsangriffe auf strategische Ziele (Radaranlagen, Raketensilos, Kommandozentralen ...) geeignet – ganz im Gegensatz zu den ultraschnellen und hochmobilen landgestützten Systemen, die nun in Deutschland stationiert werden sollen.

Und genau in dieser Eigenschaft erblicken Stationierungsbefürworter wie die bereits zitierten Jonas Schneider und Torben Arnold den „Wert“ dieser Waffen: „Marschflugkörper, die von Flugzeugen abgefeuert werden, müssen zuerst in die Luft ge-

bracht werden, wodurch wertvolle Zeit verlorengeht. (...) Verfügbare seegestützte Marschflugkörper haben entweder zu kurze Reichweiten oder sind wegen ihrer eher geringen Geschwindigkeit zu lange unterwegs für zeitkritische Ziele im russischen Kernland. (...) Nicht nur die LRHW [Hyperschallwaffe Dark Eagle], auch die SM 6-Version der Army fliegen mit über fünffacher Schallgeschwindigkeit und sind im Zielanflug manövrierbar. Daher sind sie hocheffektiv gegen mobile Ziele und sehr schwer abzufangen, selbst für moderne Raketenabwehr. Die Dark Eagle ist mit bis zu 17-facher Schallgeschwindigkeit kaum zu stoppen. Mit dieser hohen Eindringfähigkeit sind beide Waffen ideal, um auch solche russischen Hochwertziele auszuschalten, die gezielt geschützt werden.“

Noch deutlicher wurde ihre Kollegin bei der Stiftung Wissenschaft und Politik, Claudia Major, die in einem viel zitierten Beitrag bereits im Sommer 2024 folgende Sätze zum Besten gab: „Die Tomahawks sollen bis zu 2500 Kilometer weit fliegen können, könnten also Ziele in Russland treffen. Und ja, genau darum geht es. (...) So hart es klingt. Im Ernstfall müssen NATO-Staaten auch selbst angreifen können, zum Beispiel, um russische Raketenfähigkeiten zu vernichten, bevor diese NATO-Gebiet angreifen können, und um russische Militärziele zu zerstören, wie Kommandozentralen.“

Risiken und Nebenwirkungen

Die katastrophalen Folgen der Stationierungspläne sind schon heute offensichtlich. All das wäre unmöglich gewesen, hätten die USA nicht im Februar 2019 unter zumindest zweifelhaften Anschuldigungen den INF-Vertrag gekündigt, der unter anderem Produktion, Besitz und Stationierung landgestützter Kurz- und Mittelstreckenwaffen mit Reichweiten zwischen 500 km und 5500km verbot. Auch der anschließende russische Vorschlag für ein beiderseitiges Moratorium wurde abgelehnt und umgehend wurden schon lange ausgearbeitete US-Pläne zur Entwicklung neuer Waffensysteme aus der Schublade geholt.

Dennoch hielt sich Russland aus seiner Sicht lange an das Moratorium. Im Prinzip hatte sich dieses Moratorium aber mit dem mit einer russischen Mittelstreckenrakete („Oreschnik“) am 21. November 2024 erfolgten Angriff auf Ziele in der Ukraine erledigt – auch, wenn Russland die Angriffe zynisch noch als „Live-Test“ bezeichnete. Gleichzeitig wurden die umfassende Produktion und gegebenenfalls Stationierung dieser und anderer Mittelstreckenwaffen angekündigt, sollte der Westen nicht von seinen Plänen abrücken. „Wir entwickeln Mittelstrecken- und Kurzstreckenraketen als Antwort auf die Pläne der Vereinigten Staaten, Mittelstrecken- und Kurzstreckenraketen in Europa und im asiatisch-pazifischen Raum zu produzieren und zu stationieren. (...) Ich möchte Sie daran erinnern, dass Russland sich freiwillig und einseitig verpflichtet hat, keine Mittelstrecken- und Kurzstreckenraketen zu stationieren, solange amerikanische Waffen dieser Art in keiner Region der Welt auftauchen.“

So gefährlich diese Entwicklung ist, überraschen kann sie nicht. Es wurde früh davor gewarnt, Russland werde sich gezwungen sehen, etwaige Pläne zur Stationierung landgestützter Mittelstreckenwaf-

fen mit einer Absenkung seiner nuklearen Einsatzschwelle zu kontern – und auch dies ist mit der neuen russischen Nukleardoktrin geschehen, die am 19. November 2024 in Kraft gesetzt wurde: „Diese Veränderung läuft auf eine erhebliche Absenkung der Schwelle für einen atomaren Ersteinsatz in einem bis dahin konventionellen Krieg und damit auf eine Erhöhung des Risikos einer unkontrollierbaren atomaren Eskalation hinaus.“

Außerdem ist es plausibel, dass ein weiterer prognostizierter Kollateralschaden der Stationierungspläne eintreten wird: Im Februar 2026 läuft der letzte große russisch-amerikanische Rüstungskontrollvertrag („New Start“) aus. Er verpflichtet beide Seiten, Obergrenzen der strategischen Waffen mit interkontinentaler Reichweite einzuhalten, sowohl, was die nuklearen Sprengköpfe (1550), als auch, was die Trägersysteme (800) anbelangt. Bleibt es bei der Stationierungsentscheidung, dürften die ohnehin geringen Aussichten auf eine Verlängerung gegen Null sinken. Die Kontrahenten haben Tausende Sprengköpfe eingelagert, die binnen kurzer Zeit montiert werden könnten. Auch mit der Produktion neuer Sprengköpfe wäre zu rechnen – und ebenso damit, dass dann andere Atomwaffenstaaten ihre Arsenale ebenfalls noch weiter ausbauen würden.

Jürgen Wagner

geschäftsführender Vorstand bei der Informationsstelle Militarisierung

Den gesamten Text inklusive der Quellenangaben findet ihr auf dfg-vk.de/friedensfaehig.

Kampagne formiert sich

Mit „Friedensfähig statt erstschlagfähig!“ formiert sich eine neue Kampagne gegen die geplante Stationierung neuer US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland. Am 3. Oktober 2024 wurde der „Berliner Appell“ gestartet, den bereits über 37 000 Menschen unterzeichnet haben. Im November 2024 folgte die Kampagne „Friedensfähig statt erstschlagfähig!“, der sich über 50 zivilgesellschaftliche Gruppen angeschlossen haben. Ihr Ziel ist es, bundesweite Proteste zu bündeln und eine Debatte über die Risiken der Stationierung anzustoßen. Die Forderungen umfassen den Stopp der US-Waffenstationierung, den Abbruch europäischer Hyperschallwaffenprojekte, neue Sicherheitsinitiativen und eine Rückkehr zu Abrüstungsverhandlungen.

Mehr Informationen unter:

www.friedensfaehig.de



Bundestagswahlkampf 2025: Frieden als Wahlkampfthema

Schon vor der Bundestagswahl 2025 war das Thema Frieden kaum präsent, wohl aber die Themen Krieg und Sicherheit. Politiker*innen und Journalist*innen verbreiteten und verbreiten auch heute noch bevorzugt in Talkshows mit einer erstaunlichen Penetranz vier Falschbehauptungen:

Eine lange Periode der „Friedensdividende“, die mit der deutschen „Wiedervereinigung“ begonnen habe, gehe nun zu Ende. In dieser Zeit sei die Bundeswehr „kaputtgespart“ worden. Selbst auf den Warnschuss der Krimannexion habe man nicht angemessen reagiert. Es sei versäumt worden, jetzt aber dringend nötig, in unsere Verteidigung und Sicherheit zu „investieren“.

Gerade die letzte dieser Falschbehauptungen wird mit einer atemberaubenden Konsequenz wiederholt. Kaum, dass man Begriffe wie Verteidigung, Sicherheit oder gar Frieden vernommen hat, fällt auch schon das Wort „investieren“. Man kann es aber nicht oft genug betonen: Die Ausgaben des Staates für Militär und Rüstung sind ganz überwiegend konsumtive Ausgaben. Sie schaffen nirgendwo per se mehr Verkehrsverbindungen, neue Kommunikationslinien oder eine höhere Arbeitsproduktivität et cetera, es sei denn, sie werden dafür eingesetzt, neue Techniken zu entwickeln, die auch für zivile Produktion eingesetzt werden können. Davon war aber bereits bei den Zeitenwende-Hundertmilliardenschulden keine Rede. Vielmehr betonten

Leute wie Strack-Zimmermann, dass nun zum Zwecke einer schnellen Aufrüstung gekauft werden solle, was am Markt verfügbar sei.

So bringt man ein Land langfristig in eine wirtschaftliche Abwärtsspirale: höhere Schuldenlast, Inflation, Kürzung von Sozialausgaben, höhere Steuern, weniger Investitionen, Rezessionen. Wie es einem Land wirtschaftlich geht, das hemmungslos aufrüstet, kann man gegenwärtig anhand der russischen Wirtschaft betrachten. Kurze Scheinblüten gibt es vielleicht, aber langfristig leidet die Wirtschaft.

Die Zeit seit der „Wiedervereinigung“ war alles andere als friedlich. Sie begann schon 1991 mit dem von einer US-geleiteten Koalition der Willigen geführten Krieg gegen den Irak zur Rückeroberung Kuwaits, für den die Deutschen damals 30 Milliarden DM zahlen mussten und der die deutsche Öffentlichkeit erschütterte. Alles schon vergessen? Marion Gräfin Dönhoff geißelte damals in einem Kommentar in der „Zeit“ diesen Krieg als unverhältnismäßig. Der Jugoslawienkrieg und der NATO-Angriffskrieg gegen Serbien war für Russland ein Schock und löste in Deutschland Kriegsängste aus. Dieser Angriffskrieg mit seinen vorausgehenden Falschbehauptungen über die Vorgänge im Kosovo wirkt heute wie eine Blaupause für Russlands propagandistisches und militärisches Vorgehen gegen die Ukraine. Es folgten der zweite US-





Krieg gegen den Irak, ebenfalls mit Falschbehauptungen vorbereitet, und die Besetzung Afghanistans als Reaktion auf den 11. September 2001.

Für die Bundeswehr hat Deutschland nur um die Jahrtausendwende kurzfristig weniger als 30 Milliarden Euro pro Jahr ausgegeben und nach der Krimannexion stiegen die deutschen Militärausgaben auf 50 Milliarden Euro. Kaputtsparen geht anders und welche staatliche Institution außer der Bundeswehr kann es sich leisten, Milliarden Euro zu erhalten und dann zu verkünden, sie sei nicht einsatzbereit?

In diesen Kontext kam nun früher als gedacht ein neuer Bundestagswahlkampf, in welchem die oben genannten Falschbehauptungen eine relativ geringe Rolle spielten, weil das Thema Frieden kaum eine Rolle spielte. Die umworbenen Wählerinnen und Wähler interessierten sich am meisten für die „Migrationskrise“ und das Problem der wirtschaftlichen Rezession. Erst mit großem Abstand folgten Themen wie Krieg, Sicherheit und Frieden. Von Frieden war vollends keine Rede mehr, nachdem die CDU unter Friedrich Merz die unsäglichen Abstimmungen im Bundestag zur Migrationspolitik initiiert hatte.

Dabei haben die Parteien vor dem Bundestagswahlkampf offenbar durchaus mit dem Thema Frieden für den Bundestagswahlkampf geplant. Davon zeugen neben den Wahlprogrammen Wahlplakate, die bereits zu Beginn des Wahlkampfes konzipiert und verbreitet wurden:

BSW: Unser Land wünscht sich Frieden.

Die Linke: Frieden kostet Mut. Krieg kostet Leben.

Bündnis 90/Die Grünen: Frieden in Freiheit: Sichern.

Die Partei: Kein Weltkrieg ohne Deutschland.

Das BSW spricht vom Land, das sich Frieden wünscht, meint aber das Volk und den Frieden des Volkes: Abwesenheit von Krieg, die Wirtschaft läuft, Wohlstand.

In diesem Sinne äußert sich das BSW in seinem Wahlprogramm mit einer Konsequenz, die man sonst nur bei den Linken findet: Priorisierung von Sozialem, gegen die Militarisierung der Gesellschaft, für Rüstungskontrolle und Abrüstung, für den Beitritt Deutschlands zum Atomwaffenverbotsvertrag, gegen US-Mittelstreckenraketen in Deutschland, gegen Waffenlieferungen an Israel, gegen die Taurus-Lieferung an die Ukraine und für einen zeitnahen Waffenstillstand in der Ukraine. So erscheint das BSW als attraktiv für jeden, der sich Frieden wünscht.

Wenn man aber hört, was insbesondere Sahra Wagenknecht selbst in den Medien bereits vor dem Wahlkampf vertreten hat, dann kann man ihr aus pazifistischer Sicht nur eine Reihe von Neins entgegenhalten:

Nein, wir sind nicht gegen den Krieg, nur weil er Deutschland gefährlich werden könnte, auch nicht nur deswegen, weil er eskalieren könnte. Krieg ist per se ein Verbrechen an der Menschheit und wir sind gegen jeden Krieg, unabhängig davon, ob er eskalieren könnte.

Und nein, die Ukraine und Russland stehen moralisch nicht auf derselben Stufe, nein, die Ukraine

hat nicht eine Oligarchenherrschaft genauso wie Russland. Die hatte sie einmal, aber beide Länder haben sich vor 2022 deutlich in entgegengesetzte Richtungen entwickelt. Es geht hier also nicht bloß um einen Krieg zwischen zwei Oligarchenherrschaften.

Russlands Angriffskrieg ist nicht durch das Verhalten des Westens verursacht, unvermeidlich oder gerechtfertigt. Es gibt keine Gleichheit im Unrecht. Tu-quoque-Argumentationen oder Whataboutism dieser Art will ich als Pazifist lieber anderen überlassen.

Es genügt auch nicht, die amtierende Regierung pauschal als unfähig zu beschimpfen und zu fordern, es sollten doch endlich diplomatische Bemühungen starten. Ganz abgesehen davon, dass diplomatische Bemühungen den Charakter haben, vertraulich zu sein, und man daher nie mit Gewissheit sagen kann, inwieweit solche Bemühungen gerade stattfinden, gab es solche Bemühungen, doch sie sind gescheitert.

Jeder, der im Fall des Kriegs gegen die Ukraine Diplomatie fordert, muss sich Selenskyjs Eklat-Frage an Vance gefallen lassen: „Von welcher Art von Diplomatie sprichst du?“, wenn sie in Zukunft erfolgreich sein soll.

Den Ruf, das Sprachrohr Putins (nicht Russlands) in Deutschland zu sein, hat sich Sahra Wagenknecht konsequent erarbeitet und dies hängt nun auch dem BSW an. Wen das nicht störte, der musste zumindest erkennen, dass das BSW zwar große Forderungen erhebt, aber kaum Konzepte zu ihrer Verwirklichung geboten hat. So etwas ist ein Zeichen für Populismus, in diesem Fall Friedenspopulismus. Das haben offenbar genug Wähler*innen verstanden, um das BSW an der Fünf-Prozent-Hürde scheitern zu lassen.

Frieden kostet etwas, Mut zum Beispiel, wie Die Linke auf ihrem Wahlplakat verkündete. Dieses Wahlplakat ist bemerkenswert, weil es dem Wähler etwas zumutet. Etwas haben zu wollen, kostet etwas, auch die einzelnen Wähler*innen. So zu plakätieren, hebt sich von den zu beobachtenden Tendenzen, dem Volk nach den Wünschen zu reden, ab.

Es ist außerdem am nächsten dran am pazifistischen Verständnis von Frieden. Wer sich mit der Waffe verteidigt, setzt darauf, insofern sicher zu sein, als er rechtzeitig zurückschießen kann. Diese Versicherung hatten die Menschen, die sich auf dem Marktplatz von Cherson immer wieder versammelten, um den Besatzungssoldaten entgegenzutreten, nicht. Der Wunsch, sich mit friedlichen Mitteln selbst zu behaupten, enthebt nicht der Notwendigkeit, das eigene Leben zu riskieren. Auch friedlicher Protest kann Menschenleben fordern, Krieg fordert diese aber unvermeidlicherweise.

Bleibt nur die Frage, inwieweit Die Linke ihrer jetzigen Haltung treu bleiben wird, wenn sie einmal mitregieren sollte.

Das Bündnis 90/Die Grünen spricht sich in seinem Wahlprogramm zwar für Abrüstung aus, will aber zugleich den Frieden in Freiheit sichern. Dazu muss zunächst aufgerüstet werden und der Verteidigungsetat, so steht es im Wahlprogramm, „dauerhaft deutlich“ über zwei Prozent des Bruttoinlands-

produkts liegen. Dies soll auch über eine höhere Kreditaufnahme finanziert werden.

Die Grünen entfernen sich auf diese Weise wieder von ihren pazifistischen Wurzeln. Es wirkt wie ein Überrest davon, wenn die Grünen in ihr Wahlprogramm schreiben: „Eine starke Zivilgesellschaft ist das Rückgrat einer wehrhaften Demokratie“, am Ende aber siegt die militärische Logik wie bei den konservativen Parteien. Wohin soll dies in letzter Konsequenz führen? Zu einem Denken in Sicherheitszonen?

Von SPD, FDP oder CDU/CSU habe ich kein Wahlplakat mit dem Stichwort Frieden gesehen, was zumindest bei der SPD etwas verwundert, sieht sie sich doch nach ihrem Wahlprogramm weiterhin der Rüstungskontrolle verpflichtet.

Aber es bleibt noch die Satirepartei „Die Partei“, die das Thema auf ihre Weise aufgreift: Kein Weltkrieg ohne Deutschland.

Damit persifliert sie, wie ich finde, treffend die konservative Haltung zu Krieg und Frieden und deren Lehre aus beiden Weltkriegen: Kein deutscher Sonderweg. So gesehen soll sich Deutschland durchaus wieder an Kriegen beteiligen, aber dann bitte auf der richtigen Seite der Geschichte. Wohin das führt, haben wir in den Fällen Jugoslawien/Serbien und Afghanistan gesehen. Frieden ist mehr als die Abwesenheit von Krieg, wie die Grünen zu Recht im Zusammenhang mit der Ukraine in ihrem Wahlprogramm schreiben, aber er beginnt damit, ganz im Sinne von Kants „Ewigem Frieden“ und dem Angriffskriegsverbot, Krieg zu meiden, egal, auf welcher Seite man steht, und in diesem Sinne sind Länder wie Schweden oder die Schweiz über Jahrzehnte erfolgreich ihre Sonderwege gegangen.

Vielleicht gehört es zur Persiflage der Satirepartei dazu, dass man ihre Forderung gar nicht als zukunftsgerichtet verstehen muss. Genau genommen sind wir spätestens, seitdem nordkoreanische Truppen auf russischem Boden eingesetzt werden, in einem neuen Weltkrieg, zu dem auch die Entwicklungen im Nahen Osten gehören.

Als Reaktion auf die These vom Ende der Geschichte hat Emmanuel Todd bereits 2002 den USA abgesprochen, noch eine Demokratie zu sein. Spätestens seit dem Beginn der zweiten Amtszeit von Donald Trump kann er sich klar bestätigt sehen. Deutschland ist demnach nun die mit Abstand größte liberale Demokratie der Welt, aber weder von der Bundestagswahl selbst noch angesichts von dem, was danach an weiteren deutschen und europäischen Aufrüstungsschritten beschlossen wird, gehen bis jetzt irgendwelche friedenspolitischen Signale aus. Das wäre aber für die Sicherheit, die Freiheit und den Frieden dringend notwendig.

Die DFG-VK kann sich derweil auf das zurückbesinnen, was sie im Kern immer war: eine Interessenvertretung für diejenigen, die diese Fehlentwicklung nicht mitmachen wollen und den Kriegsdienst verweigern.

Christoph Neeb

Mitglied im Landesverband Berlin-BB



Foto: Uwe Hixsch

Die bunte Alternative gegen rechts: Wir-Haben-Es-Satt-Demo

Bauernproteste

Evangelische Akademien leisten gute Bildungsarbeit gegen Rechts. Die Anregung zu diesem Artikel stammt von einer Tagung im Februar in Hofgeismar. Der Artikel fasst aber vor allem eigene Beobachtungen zusammen:

COMPACT jubelte am 6. Januar 2024: „Erstmals kann es am Montag zu einer Art Generalstreik in unserem Land kommen. Denn nicht nur die Bauern machen mobil. Spediteure, Einzelhändler, Gastronomen und viele einfache Menschen aus dem Volk schließen sich den Protesten an. (...) Die Mobilisierung läuft auf Hochtouren und Staat und Antifa versuchen Hand in Hand dem entgegenzuwirken.“ Und am Dienstag danach: „(...) der gestrige Tag macht Mut. Pünktlich schon um 5 Uhr morgens waren unsere Bauern auf der Straße. (...)“

Was war denn passiert und was hatte die Antifa damit zu tun? Am 8. Januar 2024 waren zum Beispiel im Landkreis Vorpommern-Greifswald 33 Demonstrationen angemeldet; zwölf davon vom Deutschen Bauernverband organisiert, einige weitere vom „Unternehmeraufstand MV“. Die Bauern*Bäuerinnen blockierten den Verkehr, in Flächenländern fiel Schulunterricht aus. Hier und da waren auch Galgen dabei, schon bekannt von PEGIDA-Demonstrationen, hier aber mit Äpfeln daran, und das nicht nur im Nordosten, sondern auch in Bayern und Hessen. Am 4. Januar wurde in Schüttsiel eine Fähre blockiert, auf der sich Wirtschaftsminister Habeck befand; man weiß aber nicht, ob alle Akteur*innen Bauern*Bäuerinnen waren.

„Unsere Bauern“: Für „das Volk“ zu sprechen, beanspruchen Rechtsradikale ebenso wie Querdenker*innen. Wieder einmal wurde versucht, berechtigten Protest, hier gegen Steuererhöhungen und eine unausgewogene Subventionspolitik, für Umsturzpropaganda auszunutzen.

Dementsprechend wurde in diesen Tagen oft in bewährter rechter Manier die nationale Karte gespielt. Bedauerlicherweise auch von einigen Bauern*Bäuerinnen: In Berlin sah man die Fahne von Nordfriesland mit dem Spruch „Lewwer duad üs Slaaw“, der in verschiedenen Schreibweisen existiert und angeblich aus antidänischen Befreiungskämpfen stammt. Warum bezog sich eigentlich niemand auf den Deutschen Bauernkrieg? Weil der aus völk-

scher Sicht uneindeutig war? Dafür wurde nicht selten eine schwarze Fahne mit weißem Pflug und rotem Schwert mitgeführt – die Fahne der völkischen Landvolkbewegung aus den späten Zwanzigerjahren. Der Untertitel ihrer Zeitung: „Lewwer duad üs Slaaw“.

Der „Unternehmeraufstand MV“, der auch davor und danach in mehreren Orten Autokorsos organisierte, wurde von Querdenken-Aktivist*innen getragen. In Vorpommern war auch die Rede von einem Handwerker Netzwerk der äußersten rechten Szene. Querdenken-Demos in Bayern, Sachsen und Sachsen-Anhalt berichteten stolz, dass bei ihnen Traktoren mitführen. Das Querdenken-Magazin „Demokratischer Widerstand“ befasste sich zwischen Januar und Februar 2024 mindestens fünf Wochen lang mit den Protesten der Bauern*Bäuerinnen. In Sachsen gab es Aufrufe und Demoanmeldungen durch die Partei Freie Sachsen. In Dresden demonstrierten Reichsbürger*innen, AfD-Abgeordnete, Identitäre und Neofaschist*innen.

Die un gute Verbindung von rechter Tradition und heutigem Rechtsruck rief aber auch Gegenkräfte auf den Plan. Mehrere Bauernverbände distanzieren sich von Vereinnahmungsversuchen. Die junge Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft schrieb auf Instagram: „Wir brauchen keine gewalttätigen Umsturzphantasien von rechts.“

Warum ist das für uns wichtig? Weil Bewegungen durch Unterwanderung von Rechts gefährdet sind. Ein vermeintliches gemeinsames Anliegen lässt sich schnell herbeireden. Die Gewerkschaftsbewegung reagiert bereits darauf. Die Friedensbewegung sollte das auch noch viel deutlicher tun.

Cornelia Mannewitz

Mitglied der DFG-VK-AG AntiFa

80 Jahre Befreiung von Faschismus und Krieg

In diesem Jahr erinnern Antifaschisten nicht nur in diesem Land an den 80. Jahrestag der Zerschlagung der Nazibarbarei durch die militärischen Einheiten der Alliierten und der gesellschaftlichen Kräfte der Anti-Hitler-Koalition. Und so ist es auch verständlich, warum in einer Zeitschrift, die sich eigentlich an aktive Pazifisten wendet, ein solches – auch militärisches – Ereignis gefeiert werden kann. Denn tatsächlich gilt es an diesem Datum nicht nur an die militärische Befreiung zu erinnern, die das Ende des NS-Regimes bedeutet hat, sondern auch an diejenigen Frauen und Männer, die durch ihren persönlichen Einsatz selbst unter den Bedingungen der Verfolgung dazu beigetragen haben, dass die politische Befreiung möglich wurde und die Grundlagen gelegt wurden für einen antifaschistisch-demokratischen Neuanfang, der von dem Motto des Schwurs der überlebenden Häftlinge des KZ Buchenwald geleitet wurde: „Schaffung einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit“.

Wer waren die gesellschaftlichen Kräfte der Anti-Hitler-Koalition in Deutschland? Aus Frankreich, Italien und eigentlich allen vom deutschen Faschismus besetzten Ländern sind die Kräfte der Résistance oder Partisanenbewegungen bekannt, die – auch mit der Waffe in der Hand – sich für die Freiheit ihrer Heimat eingesetzt haben. Selbst in Deutschland gab es mutige Frauen und Männer, die – natürlich unter den Bedingungen der Konspiration – zu ihrer Überzeugung standen und dafür wirkten. Dass sie sich damit den Zielen des NS-Regimes entgegenstellten, war ihnen bewusst. Dazu gehörten nicht nur die Anhänger und Funktionäre der Arbeiterparteien, die schon vor 1933 den Vormarsch der NSDAP und ihrer Verbände bekämpft hatten. Sie waren die ersten Verfolgten, die den Massenverhaftungen ausgesetzt waren, deren Tätigkeit, Organisationen und Publikationen verboten wurden. Auch Menschen, deren religiöse Überzeugung in Widerspruch zu den Zielen der Aufrüstung und Kriegsvorbereitung geriet, wurden so gezwungenermaßen Widerständler, selbst wenn sie dies gar nicht beabsichtigten. „Zeugen Jehovas“, deren grundsätzlich pazifistische Überzeugung dazu führte, dass junge Männer sich weigerten, Dienst in der Wehrmacht zu tun, wurden wegen Wehrkraftzersetzung verhaftet und teilweise sogar in ein Konzentrationslager verschleppt. Eines der bekannten Beispiele ist der Hamburger Jugendliche Helmuth Hübener, der im Oktober 1942 als jüngstes Opfer in Berlin-Plötzensee hingerichtet wurde.

All diejenigen, die bei Sabotage in der Rüstungsindustrie oder bei Propaganda gegen die faschistische Kriegspolitik von der Gestapo gefasst wurden, galten als Hochverräter – nicht wenige wurden während des Krieges zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Zum Widerstand gegen den Krieg gehörte auch die Solidarität mit den ausländischen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern, die – anstelle der für den Kriegseinsatz mobilisierten deutschen Arbeitskräfte – die Kriegs- und Rüstungsproduktion am Laufen halten sollten. Diesen Menschen, die aus der Sicht der faschistischen Herrenmenschen und

der Rüstungsunternehmer zu den Arbeitssklaven gehörten, solidarisch zu begegnen und ihnen – oftmals bescheidene – Hilfe zukommen zu lassen, war Teil des deutschen Widerstandes, der sich gegen den faschistischen Krieg richtete. Wie menschenverachtend die Kriegsideologie des NS-Regimes war, zeigte Heinrich Himmler, als er im Oktober 1943 bei einer SS-Gruppenführertagung über den Zwangsarbeitereinsatz sagte, es sei ihm egal, wenn bei dem Ausheben eines Panzergrabens 10 000 „Russenweiber“ krepieren, wichtig sei nur, der Panzergraben würde fertig. Später änderte sich ein solcher Raubbau an den Arbeitssklaven. Nun sollte mit der „Vernichtung durch Arbeit“ deren Arbeitskraft bis zum letzten Blutstropfen für den faschistischen Krieg mobilisiert werden.

Es ist bis heute erinnenswert, in welchem Umfang der antifaschistische Widerstand sich gegen die Verlängerung des Krieges und für die Rettung der Zivilisten einzusetzen versuchte. Und damit ist nicht das gescheiterte Attentat der Offiziere des 20. Juli 1944 gemeint, die „5 vor 12“ mit diesem Schritt die endgültige militärische Niederlage abwenden wollten. Wenn ihnen das gelungen wäre, wären in der Tat mehrere 100 000 Menschen gerettet worden, die in den letzten Monaten des Krieges durch Kriegseinwirkungen, durch Massenverbrechen des NS-Regimes noch ihr Leben verloren. Aus antifaschistischer Sicht bedeutender sind ganz sicher solche Aktionen wie das – ebenfalls gescheiterte – Attentat eines Georg Elser vom November 1939, der als Begründung für diese Aktion erklärte, er habe den Krieg verhindern wollen.

Tatsächlich war es eine durchgängige Haltung der antifaschistischen Kräfte, die schon vor 1933 in ihren politischen Parolen betonten: „Wer Hitler wählt, wählt Krieg!“ Und sie kämpften auf den verschiedenen Handlungsfeldern gegen die Kriegsvorbereitung, machten die Aufrüstung deutlich und behinderten die Kriegs- und Rüstungsproduktion. Sie bedurften nach der Befreiung am 8. Mai 1945 keiner „Umerziehung“ durch die Alliierten. Sie selbst hatten bereits in der Illegalität, im Exil, selbst in den Konzentrationslagern gemeinsam politische Programme formuliert, die nicht nur die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln beinhalteten, sondern auch – im Sinne der Vorstellungen der Alliierten, wie sie im Potsdamer Abkommen vom August 1945 formuliert wurden – eine Demilitarisierung des Landes bringen sollten. Dabei war klar, dass es nicht allein um die Ausschaltung der militärischen Einheiten von Wehrmacht und SS-Verbänden gehen durfte, sondern auch um die Überwindung der Militarisierung aller gesellschaftlichen und Lebensbereiche. Es musste die Militarisierung der Wirtschaft überwunden werden, indem nicht mehr Befehl und Gehorsam, nicht mehr die Ausrichtung der Produktion auf Kriegsbedarf stattfand. Das Bildungswesen und die Erziehung der jungen Menschen sollten sich an dem Friedensgebot, nicht an nationalistischen und militaristischen Propagandavorstellungen orientieren.

Wie weit diese Umorientierung gehen sollte, kann man an der Hessischen Landesverfassung ermes-

sen, die als gemeinsames Ergebnis der Kräfte, die für einen antifaschistisch-demokratischen Neubeginn eintraten, anzusehen ist. Dort wurde bezogen auf die Friedensfrage in Artikel 69 festgelegt: „Hessen bekennt sich zu Frieden, Freiheit und Völkerverständigung. Der Krieg ist geächtet. Jede Handlung, die mit der Absicht vorgenommen wird, einen Krieg vorzubereiten, ist verfassungswidrig.“ Und als Erziehungsziel im Geschichtsunterricht heißt es in Artikel 56 wörtlich: „Dabei sind in den Vordergrund zu stellen die großen Wohltäter der Menschheit, die Entwicklung von Staat, Wirtschaft, Zivilisation und Kultur, nicht aber Feldherren, Kriege und Schlachten. Nicht zu dulden sind Auffassungen, welche die Grundlagen des demokratischen Staates gefährden.“

Natürlich dürfen wir uns keine Illusionen machen. Diese antifaschistischen Konsequenzen aus den Erfahrungen des faschistischen Krieges stehen zwar in der Verfassung, sie sind aber von der Verfassungswirklichkeit weit entfernt. Dieser Widerspruch zeigt Nachgeborenen, wie wichtig es ist, sich des Jahrestages der Befreiung von Faschismus und Krieg nicht nur mit „tiefer Betroffenheit“ und Kranzniederlegungen für damalige Opfer zu erinnern, sondern den 8. Mai 1945 zum Ausgangspunkt für heutige Politik zu nehmen, darüber nachzudenken,

welche gesellschaftspolitischen Alternativen die Frauen und Männer des antifaschistischen Kampfes formulierten, die uns heute noch Orientierung geben können. Wer von „Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln“ spricht, muss vom Vormarsch der AfD auf Bundes- und Länderebene mehr als schockiert sein. Wenn wir heute gegen die extreme Rechte und ihre Machtansprüche aktiv werden, dann verteidigen wir damit die demokratischen und sozialen Freiheiten und Rechte, die in Konsequenz aus der militärischen Zerschlagung des Faschismus in Verfassungen und gesellschaftliche Normen gegossen wurden. Dabei ist es egal, ob die Angriffe von der AfD selber oder von Regierungsparteien unterschiedlicher Farbigkeit kommen, die glauben, den Stichworten der AfD folgend selber den Abbau von Grundrechten für Flüchtlinge und andere „Fremde“ betreiben zu müssen. So bleibt die Erinnerung an die Befreiung von Faschismus und Krieg in diesem „Jubiläumsjahr“ mehr als die Trauer um die Opfer, es ist eine Orientierung für die Weiterentwicklung unserer Demokratie.

Dr. Ulrich Schneider

Historiker

Nach der Bundestagswahl gilt erst recht:

Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg!

Auf den großen Demos gegen Rechts der letzten zwei Jahre wurde oft und laut gerufen: „Nie wieder Faschismus!“ Der zweite Teil der alten Parole, die dem Buchenwald-Schwur entstammt, wurde weggelassen. Wenn wir als Pazifisten dann riefen: „Nie wieder Krieg“, ernteten wir erstaunte Blicke.

Schon anders war es dann auf der letzten großen Kundgebung und Mahnwache in Lübeck am 8.2.2025 vor der Bundestagswahl mit immerhin über 4000 Teilnehmern: Die Redner*in der DFG-VK bekam viel Beifall für die Aussage, dass es darum gehe, die Fluchtursachen, wie Kriege, und nicht die Flüchtlinge zu bekämpfen. „Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg!“ wurde ebenfalls mit viel Beifall von jungen Menschen bedacht.

Das war lange nicht der Fall und auch das Ergebnis der Bundestagswahl zeigt, dass der Widerstand gegen Aufrüstung und Krieg größer wird. Als einzige Partei hatte Die Linke soziale Fragen in den Mittelpunkt gestellt und auch deutlich gemacht, dass diese mit massiver Aufrüstung nicht zu lösen sind. Immerhin 8,7 % der Wähler wollen diese Fragen hören und Lösungen sehen. Das ist eine riesige Chance der Friedensbewegung, aus der Defensive wieder in die Offensive zu kommen. Besonders deshalb, weil nun durch den massiven Mitgliederzuwachs der Partei Die Linke wieder junge Leute nicht nur in die Partei, sondern auch in die sozialen Bewegungen strömen. Zum ersten Mal seit langer Zeit haben wir eine Beteiligung junger, linker Menschen an der Vorbereitung des Ostermarsches. Wir können dort historisches Wissen weitergeben und die Hochrüstung als Kriegsvorbereitung entlarven. Wir

können deutlich machen, dass die militärischen Arsenale in Europa groß genug sind, um diesen Erdteil in ein Trümmerfeld zu verwandeln – siehe die täglichen Bilder aus der Ukraine. Dessen ungeachtet ist die „demokratische Mitte“ der politischen Parteien ziemlich leer geworden, fast ein weißer Fleck auf der Landkarte. Fast alle Parteien sind von dort nach rechts gewandert und dem Diskurs der AfD gefolgt, bis auf Die Linke haben alle das Narrativ der Begrenzung von Flüchtlingsströmen als die Lösung von Problemen erzählt. Die Medien haben es weiter und wieder so erzählt. Schließlich fragt eine Moderatorin des ZDF den Wahlsieger von Hamburg, Peter Tschentscher (SPD), ob er eine Gefahr im Erstarken der Linkspartei sehe, und der sagt kurz und bündig: „Nein.“ Recht hat der Mann. Seine Partei treibt eine extreme Aufrüstung voran, ab Ostern zusammen mit der CDU in der Bundesregierung. Dann weiter von den „extremen Rändern“ zu sprechen, macht sich nicht so gut, wenn dabei die Linkspartei mit der AfD in einen Topf geworfen wird. Die schlechte alte Hufeisentheorie von den Rändern, die sich berühren, sollte ausgedient haben. Und die Friedensbewegung und die DFG-VK täten gut daran, sich ausschließlich gegen Rechts abzugrenzen und in Mitte-Links neue Bündnispartner zu suchen.

Nils-Holger Schomann

ist im Landesverband Hamburg-Schleswig-Holstein aktiv

Was für eine desaströse Rüstungsexport-Bilanz der Ampelkoalition!

Wie die Bundesregierung ihre eigene Zielvorgabe „besonders strenger Regeln“ ausgehebelt hat

Im Dezember 2021 klangen seitens der Ampelkoalition von SPD, Bündnisgrünen und FDP einige grundsätzliche Vorgaben vielversprechend. In ihrem Koalitionsvertrag für die Jahre bis 2025 legten die Koalitionäre im Rüstungsexportbereich die selbstgesetzte Messlatte hoch: „Für eine restriktive Rüstungsexportpolitik brauchen wir verbindlichere Regeln und wollen daher mit unseren europäischen Partnern eine entsprechende EU-Rüstungsexportverordnung abstimmen.“

In Deutschland gelte es, „ein nationales Rüstungsexportkontrollgesetz“, kurz REKG, umzusetzen. Ziel sei es, „den gemeinsamen Standpunkt der EU mit seinen acht Kriterien sowie die Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern, die Kleinwaffen Grundsätze und die Ausweitung von Post-Shipments-Kontrollen in einem solchen Gesetz zu verankern“.

Ausnahme könne es „nur im begründeten Einzelfall“ geben, der öffentlich nachvollziehbar dokumentiert werden müsse. Die Rüstungsexportkontrollberichte gelte es transparent zu gestalten. Ausdrücklich betonten die Ampelkoalitionäre: „Wir erteilen keine Exportgenehmigungen für Rüstungsgüter an Staaten, solange diese nachweislich unmittelbar am Jemen-Krieg beteiligt sind.“ Sprich, keine Waffenlieferungen an Saudi-Arabien und dessen militärische Verbündete.

Rüstungsexporte, so die Ampelkoalition, seien „kein Mittel der Wirtschaftspolitik und keine Exporte wie alle anderen“. Daher erlege sich die Bundesregierung „in diesem sensiblen Bereich besonders strenge Regeln“ auf. Sie verfolge „eine äußerst restriktive Genehmigungspraxis“.

Maßgeblich verantwortlich für das neue REKG war das von Robert Habeck geführte Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK). „Erstmalig in der deutschen Geschichte soll damit die restriktive Rüstungsexportkontrolle der Bundesregierung ausdrücklich gesetzlich festgeschrieben werden.“

Zur Schaffung von Transparenz nahm sich die Bundesregierung vor, zweimal pro Jahr einen umfassenden Bericht über ihre Rüstungsexportpolitik vorzulegen, zudem quartalsweise Pressemitteilungen.

Die Umsetzung der zentralen Vorgabe eines tatsächlich restriktiven neuen Rüstungsexportkontrollgesetzes hätte mit der Zusammenführung der rechtlichen Vorgaben des Kriegswaffenkontrollgesetzes, des Außenwirtschaftsgesetzes, der Außenwirtschaftsverordnung und der rechtlich nicht verbindlichen „Politischen Grundsätze zum Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ mit dem Gemeinsamen Standpunkt der EU sowie dem internationalen Vertrag über den Waffenhandel Arms Trade Treaty (ATT), tatsächlich einen substanziellen Durchbruch bei der Kontrolle von Kriegswaffenexporten erzielen können. Das waren Vorgaben, die für die Friedensbewegung durchaus Ansatzpunkte zum Dialog boten.

Auf Einladung von Rüstungsstaatssekretär Sven Giegold, in seinem früheren Leben einst Mitglied von attac, fanden in den vergangenen zweieinhalb Jahren in unregelmäßigen Abständen Zoom-Sessions mit einem Bündnis von mehr als zehn Friedens- und Menschenrechtsorganisationen und Institutionen der Friedensforschung statt, an denen ich für die DFG-VK und „Aktion Aufschrei“ teilnahm. Im gleichen Zeitraum traf sich Giegold mit Lobbyist*innen und Vertreter*innen der Rüstungsindustrie – mit einer Ausnahme eines gemeinsamen virtuellen Meetings, in getrennten Sitzungen.

Seitens des breiten Bündnisses der NGOs stand vor allem die gemeinsame Forderung nach einem Verbandsklagerecht im Mittelpunkt, wie es beispielsweise im Umwelt- und Nachhaltigkeitsbereich angewandt wird.

Zudem hatte Susanne Weipert in Absprache 30 thematische Einzelpunkte erarbeitet, die wir zur Optimierung des neuen Rüstungsexportkontrollgesetzes einbrachten. Mir lag besonders am Herzen, dass im Kleinwaffenbereich die wesentlich umfassendere Definition der Vereinten Nationen zugrunde gelegt wird, statt der Kleinwaffen-Definition der EU.

Das grundsätzliche Problem: Auch nach mehreren Zoom-Meetings waren selbst zweieinhalb Jahre später konkrete Fortschritte schwerlich erkennbar. Schlimmer noch: Mit der völkerrechtswidrigen Intervention russischer Truppen in die Ukraine im Februar 2022 und den daraufhin folgenden umfassenden Rüstungsexportlieferungen an die Ukraine seitens der USA, der Bundesrepublik Deutschland und weiterer NATO-Staaten erfolgte eine folgenschwere Zeitenwende in der Genehmigungspraxis – vor allem bezüglich der sogenannten Drittländer außerhalb der NATO- und NATO-assozierten sowie der EU-Staaten. Die Ukraine avancierte zum Hauptempfängerland deutscher Kriegswaffen und sonstiger Rüstungsgüter.

Anfang Februar 2025 platzten die letzten Hoffnungen auf ein neues, restriktives REKG. „Das Rüstungsexportkontrollgesetz wird nicht mehr weiterverfolgt“, so die Meldung aus dem Bundestag.

Einige Erfolge der Ampelkoalition

Bezüglich der Rüstungsexportpolitik der Ampelkoalitionäre lassen sich im Nachhinein zumindest einige positive Entwicklungen bilanzieren. So haben besagte besonders bedenkliche Drittländer mit schweren Menschenrechtsverletzungen, wie die afrikanischen Staaten Sudan, Südsudan, Mali, Mosambik und Libyen sowie das asiatische Myanmar mit seiner Militärjunta, in den vergangenen Jahren keine Lieferungen von Kriegswaffen aus Deutschland erhalten.

Auch Brasilien, wohin unter der Vorgängerregierung 2021 noch Rüstungsgüter im Volumen von 143,5 Millionen Euro exportiert worden waren, erhielt in den Folgejahren deutlich weniger Kriegswaffen. Diese vor allem vom Kinder-

hilfswerk Terre des Hommes vehement kritisierten Lieferungen von Kleinwaffen, gepanzerten Fahrzeugen und Hubschraubern waren in der Vergangenheit nachweislich bei Massakern und Tötungen in brasilianischen Favelas eingesetzt worden. In der Ära der Ampelkoalition fanden diese Lieferungen gemindert statt – 2023 noch im Wert von 57,8 Millionen Euro.

Anfangs schien es dem Bundeswirtschaftsministerium zu gelingen, die regierungsamtlichen Rüstungsexportberichte früher als seitens der Vorgängerregierungen zu publizieren. Allerdings blieb das BMWK zuletzt weit hinter den selbstgesteckten Zielen der Transparenz bei Waffengeschäften zurück. Im März 2025 lagen noch nicht einmal die Quartalsberichte 2 bis 4 des Vorjahres vor.

Positiv zu attestieren wäre noch die erstmals gesonderte Auflistung der Exportgenehmigungen für die sogenannten Leichtwaffen (zu denen unter anderem schwere Maschinengewehre, Granatpistolen und -gewehre, tragbare Flugabwehrabwehrkanonen sowie kleinere Mörser gehören) im Rüstungsexportbericht der Bundesregierung.

Negativrekorde und verheerende Exportgenehmigungen

Gegen Ende eines jeden Jahres publiziert die Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) einen fundierten Rüstungsexportbericht ohne Schönfärberei. So auch am 18. Dezember 2024 zu den deutschen Exportgenehmigungen im Jahr 2023. Massiv kritisierten die Expert*innen der evangelischen und der katholischen Kirche den immens hohen Gesamtwert von 12,18 Milliarden Euro, darin enthalten Einzelausfuhren in Höhe von 6,11 Milliarden Euro. Mehr als die Hälfte der Rüstungsexporte ging an Drittstaaten außerhalb der EU und NATO, allen voran an die Ukraine mit rund 4,4 Milliarden Euro. Im Fokus der Kirchenkritik standen auch die Waffenlieferungen an Israel (327 Millionen Euro), die Republik Korea (256 Millionen Euro), Indien (213,6 Millionen Euro) und Algerien (121,8 Millionen Euro).

Auch die einst so vollmundig versprochene größere Transparenz hatte sich längst als Papiertiger entpuppt. „Die Ampel hat sogar im Vergleich zur Großen Koalition einen großen Rückschritt im Hinblick auf die Berichterstattung gemacht“, betonte der Vorsitzende der GKKE-Fachgruppe Rüstungsexporte, Dr. Max Mutschler. So wurden die amtlichen Exportzahlen für 2023 und vorläufige Werte für das Jahr 2024 erst kurz vor Weihnachten veröffentlicht.

Im Dezember 2024 bilanzierten wir Kampagnensprecher*innen der „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ einmal mehr die Rüstungsexportpolitik der scheidenden Ampelkoalition. Anders, als im Koalitionsvertrag vorgegeben, kam ein Rüstungsexportkontrollgesetz nicht zustande, weitere Exporte in menschen- und völkerrechtsverletzende Staaten waren genehmigt worden.

Als „Aktion Aufschrei“- und DFG-VK-Bundessprecher fiel meine Analyse entsprechend deftig aus. „Statt ein Rüstungsexportkontrollgesetz zu verabschieden, wurde eine Strategie zur Stärkung der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie beschlossen, die die Rüstungsexporte fördern will und wird.“ Gemeint war die weitreichende „Neue Sicherheits- und Verteidigungsindustriestrategie für die Zeiten-

wende“. Auch wurde, so meine Kritik, „die Exportkontrolle im Rahmen sogenannter Allgemeiner Genehmigungen geschleift und auch die Transparenz schlechter statt besser“.

Vehement auch die Kritik von Gerold König, Sprecher der „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“. Der Bundesvorsitzende von pax christi monierte, dass die noch amtierende Bundesregierung 2024 „erneut einen Negativrekord bei den Einzelausfuhrgenehmigungen für Rüstungsexporte mit einem Wert von 13,1 Mrd. Euro aufgestellt hat“.

Die Rüstungsexportpolitik sei „alles andere als restriktiv“. Königs schlagkräftiges Argument: Unter den Top Ten der Hauptempfängerländer 2024 fanden sich die fünf Drittstaaten Israel, Indien, Algerien, Singapur und die Vereinigten Arabischen Emirate mit einem Gesamtwert von 2,3 Milliarden Euro – des Weiteren die Ukraine mit 8,1 Milliarden Euro. Im Ranking folgten Saudi-Arabien und Katar.

Damit nicht genug. Auch die Rüstungsexporte in die Türkei, die seit Jahren wiederholt unter Bruch des Völkerrechts im Norden Syriens und des Irak interveniert, wurden von 1,2 Millionen Euro (2023) auf 230,8 Milliarden Euro (2024) um rund das Zweihundertfache gesteigert. Zu allem Übel soll die türkische Luftwaffe nunmehr auch EF-Kampfflugzeuge erhalten. „Das ist nicht nur Öl ins Feuer im Nahen und Mittleren Osten, sondern steht auch im krassen Widerspruch dazu, gemäß den europäischen und internationalen Regeln keine Exporte in menschen- und völkerrechtsverletzende Staaten zu genehmigen!“, bemängelte König zu Recht.

Kritikwürdig war und ist auch, dass die Drittstaaten Singapur und Südkorea hierzulande nicht mehr den Drittländern zugerechnet werden und somit problemlos mit deutschen Kriegswaffen beliefert werden dürfen, da sie in der Ampelregierung mittlerweile als strategische Partner eingestuft werden.

Kontraproduktiv war und ist zudem die Tatsache, dass immer mehr wichtige Exportentscheidungen nicht mehr im Bundessicherheitsrat entschieden wurden und dadurch auch nicht an den Bundestag berichtet werden, wie es das Bundesverfassungsgericht 2014 entschieden hatte. Meine Conclusio: „Diese Rüstungsexportbilanz der Ampelkoalition ist verheerend.“

Dazu zählt auch die Tatsache, dass die Rüstungsexportkontrolle für einen Großteil der Ausfuhren in Partnerstaaten durch das Verfahren der Einzelgenehmigung durch Allgemeine Genehmigungen ersetzt wurde. Die Werte von Lieferungen auf deren Grundlage werden mittels – wohl gemerkt, nachträglicher! – Meldungen erhoben.

Kleine Waffen, vernichtende Wirkung

Auch im Bereich des Transfers von Kleinwaffen – wie Pistolen, Maschinenpistolen, Sturm- und Scharfschützengewehren – muss Erschreckendes bilanziert werden. Die Einzelgenehmigungen für diese gemessen an den Opferzahlen tödlichste Waffengattung nahmen unter der Ägide der Ampelkoalition in erschreckendem Ausmaß zu.

So hatte die Große Koalition unter dem für Rüstungsexporte verantwortlichen Wirtschaftsminister Peter Altmaier

(CDU) für die Jahre 2020 und 2021 noch Einzelgenehmigungen für Kleinwaffen im Wert von 37,6 und 43,9 Millionen Euro erteilt. Mit Übernahme des BMWK durch Robert Habeck verdoppelte sich das Exportvolumen erst auf 87,1 und im Jahr danach auf 93,6 Millionen (2022 und 2023). Davon erhielten die Ukraine, Südkorea und Singapur – allesamt weder EU- noch NATO-Mitglieder – Kleinwaffen im Wert von 9,6 Mio. Euro.

2024 wurde diese Negativtendenz fortgeführt. So belief sich der Gesamtwert der Genehmigungen für Kleinwaffen und deren Teile nach vorläufigen Schätzungen bis zum 17. Dezember 2024 auf rund 161 Millionen Euro. Vom Wert für die Drittländer – rund 76 Millionen Euro – entfielen rund 99 Prozent auf das Kriegsland Ukraine. Sehr zum Wohle des führenden Kleinwaffenlieferanten Heckler & Koch AG, der in den vergangenen Jahren bei Umsatz und Operating Profit neue Rekorde verzeichnen konnte.

Stoppt die Eurofighter-Rüstungsexporte an Saudi-Arabien und Katar!

Erinnern wir uns an die besonders gewichtete Festschreibung im Koalitionsvertrag, wonach keine Exportgenehmigungen für Rüstungsgüter an Staaten erteilt werden würden, „solange diese nachweislich unmittelbar am Jemen-Krieg beteiligt sind“.

Bereits 2013 hatte ich im „Schwarzbuch Waffenhandel“ kritisiert, dass die Große Koalition unter Führung von Bundeskanzlerin Angela Merkel eine Lizenz zum Eigenbau von G36, die Lieferungen der ersten 70 Kampfflugzeuge des Typs Eurofighter Typhoon (gemeint ist der EF in seiner Exportversion) sowie eine mehrere Tausend Kilometer lange Grenzsicherungsanlage rund um das Land mit deutscher Beteiligung genehmigt hatte.

Im März 2015 intervenierten die saudischen Streitkräfte gegen Huthi-Rebellen im benachbarten Jemen. Der Militärintervention schlossen sich unter anderem Ägypten, Jordanien, Kuwait, die VAE und weitere Staaten an. Diese Militäroffensive stieß international auf vehemente Kritik, insbesondere deshalb, weil sie die damals schlimmste humanitäre Katastrophe weltweit auslöste. Damals wie heute aus friedenspolitischer und menschenrechtlicher Sicht gewichtige Argumente gegen die Lieferungen von Kriegswaffen an Saudi-Arabien: „Ein Staat, in dem die Demokratiebewegung mit Waffengewalt unterdrückt wird. Ein Staat ohne geschriebene Verfassung und landesweite Wahlen“, so meine Analyse im „Schwarzbuch Waffenhandel“.

Immerhin: Auf Bündnis 90/Die Grünen war lange Jahre Verlass. Sie zählten zu den vehementesten Kritikern dieser skrupellosen Rüstungsexportpolitik in das Krisen- und Kriegsgebiet. Der Druck einer breiten internationalen Kampagne der sozialen Bewegungen – in Deutschland mit „Aktion Aufschrei“, der DFG-VK und eben der Partei der Grünen – beförderte die zwischenzeitliche Blockade der von Großbritannien angeforderten Teillieferungen aus Deutschland für Eurofighter-Exporte von British Aerospace (BAE Systems) via Großbritannien nach Saudi-Arabien.

Mit dem Druck seitens Großbritanniens fielen im Januar 2024 dann doch die Hürden. Bei einer Nahostreise sprach sich Bundesaußenministerin Annalena Baerbock für die neuerliche Teillieferung Deutschlands an Groß-

britannien für den Transfer der EF Typhoon an Riad aus. Den vormals gelieferten 70 EF sollten alsbald 48 weitere folgen. Baerbocks Begründung: Saudi-Arabien trage maßgeblich zur Sicherheit Israels bei. Riad wolle die Gefahr eines regionalen Flächenbrandes eindämmen.

Öffentlich kaum beachtet, war ein nicht minder brisanter Rüstungsexport schon Mitte 2022 erfolgt, den das Fachmagazin „Europäische Sicherheit & Technik“ gemeldet hatte: In einer offiziellen Übergabeceremonie durch BAE war im britischen Warton der erste von 24 Eurofightern an die Streitkräfte Katars ausgeliefert worden. Die hanebüchene Begründung: zum Schutz der Fußballweltmeisterschaft ab Spätherbst des Jahres. Katar gilt als einer der Verbündeten der israelfeindlichen Terrororganisation Hamas.

Beihilfe zur Militärintervention Israels im Gazastreifen

Im Oktober 2024 kritisierten wir seitens der Kampagne „Aktion Aufschrei“ erneut die Rüstungsexportgenehmigungen der Bundesregierung für Israel. Diese erfolgten, obwohl seitens der Israel Defense Forces, IDF, im Libanon nicht nur Stellungen der Hisbollah attackiert wurden. Vielmehr wurden nach Angaben der Vereinten Nationen auch Vertreter*innen der UN-Mission UNIFIL mit Merkava-Kampfpanzern angegriffen. Im UNIFIL-Hauptquartier im Libanon waren im Rahmen des vom Bundestag mandatierten Einsatzes auch deutsche Soldat*innen stationiert. Damit verstieß Israel gegen internationales Recht und die UN-Sicherheitsresolution 1701.

Mein Vorwurf für „Aktion Aufschrei“: Die Ausfuhr von Rüstungsgütern – beispielsweise Getriebe der Firma Renk für besagte Merkava-Panzer – „verstoßen gegen völkerrechtliche Verpflichtungen Deutschlands, den Gemeinsamen Standpunkt der EU und den Waffenhandelsvertrag ATT“.

Die Erklärungen der Regierung Israels, wonach die gelieferten Rüstungsgüter nicht zu völkerrechtswidrigen Zwecken eingesetzt würden, „entbinden die Bundesregierung nicht von ihren eigenen Prüfpflichten“, so Gerold König, Bundesvorsitzender von pax christi und desgleichen Sprecher der „Aufschrei“-Kampagne. Da auch UN-Stellungen wiederholt angegriffen worden seien, „sollte deutlich geworden sein, dass die israelische Regierung nicht gewillt ist, ihren völkerrechtlichen Verpflichtungen nachzukommen“.

„Es gibt eigentlich keine Worte dafür, dass die Bundesregierung die über 40 000 getöteten Zivilist*innen in Gaza nicht zu einem Umdenken in ihrer Rüstungsexportpolitik gegenüber Israel veranlasst haben“, beklagte Susanne Weipert, Koordinatorin von „Aktion Aufschrei“. Da nunmehr sogar UN-Soldaten „wissentlich angegriffen“ würden, fragte Weipert: „Wie will die Bundesregierung noch glaubhaft für eine internationale, regelbasierte Ordnung und eine Friedenslösung in der Region eintreten, wenn sie zur Durchsetzung der Menschenrechte und des Völkerrechts nicht alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel nutzt?“

2025: Quo vadis, Große Koalition?

Ein neues Rüstungsexportkontrollgesetz wäre angesichts der desaströsen Entwicklung im Bereich des Waffentransfers dringender denn je gewesen. Warum das BMWK mit Wirtschaftsminister Habeck und Rüstungsstaatssekretär Giegold den – wohlgerneht, vorhandenen – Gesetzentwurf nicht ins Kabinett einbrachten, bleibt ihr Geheimnis. Ende Oktober 2024 verkündete Giegold als Staatssekretär seinen Rücktritt.

Die Gründe für das Scheitern auch im rechtlichen Bereich sind vielfältig, die Folgen sind fatal. „An die Stelle einer Gesetzesregelung sind vage Formulierungen getreten“, kritisierte die evangelische Vorsitzende der GKKE, Prälantin Dr. Anne Gidion. „Rüstungsexporte drohen zunehmend zu einer geostrategischen Verfügungsmasse zu werden.“

Im Bündnis von „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ sind wir uns einig, dass wir – ergänzend zu den geplanten Kampagnen gegen die laufenden und neuen Eurofighter-Exporte (nach Saudi-Arabien, Katar und gegebenenfalls auch die Türkei), gegen Kleinwaffenexporte und anderes – weiterhin aktiv für ein RüstungsexportKONTROLLgesetz eintreten müssen.

Dabei besinnen wir uns auf unsere 30 konkreten thematischen Schwerpunkte, die wir seit 2021 aktiv auf allen Ebenen vertreten haben. Gemeinsamer Nenner war und ist die Forderung der beteiligten NGOs, dass dank eines Verbandsklagerechts Exportgenehmigungen juristisch überprüft werden können. „Nur so kann das Rechtsstaatsprinzip gemäß Artikel 20 Absatz 3 Grundgesetz sanktionsbewehrt umgesetzt werden und können vor allem weitere Opfer deutscher Rüstungsexporte verhindert werden“, so Vincenzo Petracca, einer der drei „Aufschrei“-Sprecher und Vorstandsmitglied der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF). Die gegenwärtige Rüstungsexportpolitik habe den Tod und das Leid von Menschen zur Folge.

Whatever it takes – Schulden ohne Ende für Bundeswehr und Rüstungsindustrie

Auf Podiumsdiskussionen mit Vertreter*innen von Regierungsparteien verkünde ich mit jeder neuen Wahl zum Bundestag die Politikerregel Nummer 1: „Sage vor der Wahl das Gegenteil von dem, was du hinterher machst!“ Zwei Beispiele: Wenige Tage vor der Bundestagswahl am 26. September 2021 inserierten Bündnis 90/Die Grünen – die vermeintliche Friedenspartei – in Werbeanzeigen: „Keine Waffen und Rüstungsgüter in Kriegsgebiete“. Verbunden mit der Aufforderung an die wohlgeneigte Leserschaft: „Dann wähl GRÜN!“.

← Tweet



Wir setzen uns für ein Exportverbot von Waffen und Rüstungsgütern an Diktaturen, menschenrechtsverachtende Regime und in Kriegsgebiete ein. Für Deutschland werden wir ein Rüstungsexportkontrollgesetz vorlegen. Das willst du auch? 🇪🇺 Dann wähl GRÜN am 26. September!



4:07 nachm. · 21. Sep. 2021 · Twitter Web App

Wahlwerbung - Tweet von Bündnis 90 / Die Grünen wenige Tage vor der Bundestagswahl 2021

In den letzten Monaten spielte sich im Wahlkampf zur Bundestagswahl am 23. Februar 2025 das Theaterstück von der inszenierten Wahllüge ab. Gebetsmühlenartig hatte der Kanzlerkandidat der CDU/CSU-Fraktion sein Mantra verkündet: „Ich schließe eine Zustimmung meiner Fraktion zu einer Aufweichung der Schuldenbremse heute von dieser Stelle erneut aus. Damit können Sie nicht rechnen.“

Was kurze Zeit danach passierte, ist weithin bekannt. Die 180-Grad-Wende sei politisch „eine Katastrophe“, erklärte der „Spiegel“.

Eine Wahllüge mehr, eine folgenschwere. Entsprechend analysierte der „Guardian Weekly“ in seiner Titelgeschichte „Call to arms. The militarisation of Europe“ die europaweite Hochrüstung, die die Europäische Union von einem einstigen Friedens- zu einem Kriegsbündnis verkommen lasse.

Groß ist derweil der Jubel an den Börsen. Beispielsweise empfiehlt die März-Ausgabe von „Focus Money“ in ihrer Titelgeschichte: „So machen Sie Ihr Depot wehrtüchtig“. Beworben werden „die besten Aktien für Wiederaufbau und Rüstung“. Das Finanzmagazin preist die Profiteure des Ukrainekrieges in den höchsten Tönen an. Die Begründung: Die „Magnificent Seven und Rüstungsaktien 2025“ legten allein in den ersten drei Monaten dieses Jahres um weitere 30 Prozent im Wert zu. „Der Aktienkurs von Rheinmetall hat sich seit Beginn der russischen Invasion in der Ukraine mehr als verzehnfacht.“ Die Begründung: Der größte rein deutsche Rüstungskonzern sei „einer der wichtigsten Lieferanten von Rüstungsgütern an die Ukraine. Mehr noch: Die Rheinmetall AG plant den Schützenpanzer Luchs sowie den Transportpanzer Fuchs direkt in der Ukraine zu fertigen.“

Bei vielen Wähler*innen kommen derlei radikal gebrochene Wahlversprechen dagegen äußerst ungut an. Stellen sie doch einen aktiven Beitrag zum weiteren Demokratieabbau in Deutschland dar – der zumindest nach Rechtsaußen offene Wähler*innen zu den Rattenfängern der AfD getrieben hat und weiterhin treibt.

Wie zu befürchten war, stimmten die Fraktionen von CDU/CSU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen am 18. März dem Sondervermögen für die Bundeswehr in Höhe von 500 Milliarden Euro zu, die Bundeswehr und auch die Rüstungsindustrie werden „kriegstüchtig“ gemacht. Desgleichen votierten die MdBs der Koalition für ein zweites Sondervermögen für die Infrastruktur – unter anderem zur Sanierung von Brücken und Straßen, die die schnelle Verlagerung großer Truppenverbände in kurzer Zeit ermöglichen sollen.

In Berlin versammelten sich derweil Aktivist*innen zahlreicher renommierter Friedensorganisationen mit der DFG-VK vor dem Bundestag zu einer Kundgebung unter dem Motto „Kein Blankoscheck fürs Militär!“. Ihr Vorwurf: „Für die Bundeswehr sollen laut dem Plan von CDU und SPD unendlich lange unendlich viele Schulden gemacht werden dürfen.“ In Zeiten zunehmender Armut und der Klimakatastrophe sei „diese Aufrüstung unverantwortbar“.

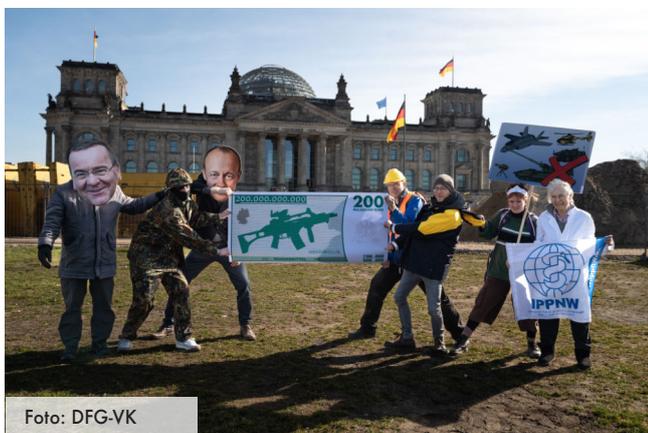


Foto: DFG-VK

„Aktion Aufschrei“: strategische Planungen für die kommenden Jahre

Bei ihrem Treffen zur Planung des weiteren Vorgehens im Rahmen des Bündnisses „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ diskutierten die Mitglieder Mitte März 2025 in Fulda das weitere Vorgehen. Mit dem Scheitern des REKG in der Ära der Ampel wird die reale Rüstungsexportpolitik mit neuerlichen Waffenlieferungen in Krisen- und Kriegsgebiete verstärkt in unseren Fokus rücken.

Im Falle weiterer widerrechtlicher Waffentransfers werden wir – wie bereits bei den erfolgreichen Strafanzeigen gegen Heckler & Koch und gegen SIG Sauer – neuerliche Strafanzeigen stellen und sie gemeinsam mit unserem Tübinger Rechtsanwalt Holger Rothbauer bei Bedarf bis zum Bundesverfassungsgericht durchfechten. Auch in Zukunft gilt das langjährige „Aufschrei“-Motto: „Den Opfern eine Stimme, den Tätern Name und Gesicht“.

In diesem Sinne werden wir zielgerichtet Blockaden vor den Werkstoren der Rüstungsindustrie und gewaltfreie Aktionen vor dem Bundestag initiieren. Gemeinsam mit den Kritischen Aktionär*innen werden wir bei Hauptversammlungen von Rheinmetall, Heckler & Koch, Daimler Trucks und anderen Rüstungsexportern massiv anprangern. Und wir werden in internen Gesprächsrunden mit verantwortlichen MdBs, auf öffentlichen Podien und in zahlreichen kritischen Pressemitteilungen und -konferenzen das Thema zu einem der zentralen Politikfelder der kommenden vier Jahre machen.

Fazit: Nach der Hochrüstung drohen weitere Rüstungsexport-Rekorde

Die im Herbst 2021 neu gewählte Ampelkoalition von SPD, Grünen und FDP startete einst vielversprechend: Proklamierte Ziele waren eine restriktive Rüstungsexportpolitik bei deutlich mehr Transparenz. Menschenrechtsverletzende Regierungen und Regime sollten nicht länger mit Kriegswaffen beliefert werden. Drei Jahre danach fällt die Gesamtbilanz katastrophal aus.

Verbände wie „Aktion Aufschrei - Stoppt den Waffenhandel!“ kritisieren mit der DFG-VK und dem RüstungsInformationsBüro das immens hohe Rüstungsexportvolumen seit Jahren scharf. Von der neuen Bundesregierung fordern sie einen klaren Kurswechsel hin zu Abrüstung und Exportrestriktion. Doch mit einem „Sondervermögen“ der Koalitionäre von CDU/CSU und SPD mit Grünen-Beistand soll die Bundeswehr extremst hochgerüstet werden – Deutschland soll wieder kriegstauglich gemacht werden.

Anschließend wird die Rüstungsindustrie um ihres Bestandes willen die völlig überdimensionierten Rüstungsproduktionskapazitäten für Waffenlieferungen in alle Welt nutzen. Womit weiter Öl ins Feuer der Kriege und Bürgerkriege gegossen werden wird. Die Friedensbewegung muss angesichts dieser dramatischen Zeitenwende versuchen, das drohende Zeitenende zu verhindern. Wir müssen uns fragen: Wie kann Sicherheit mit zivilen Mitteln erreicht werden, um den momentan vorherrschenden Aufrüstungswahn zu stoppen und in Friedenswege zu leiten? Wie kann die Transformation der Rüstungsindustrie von der Produktion todbringender Kriegswaffen hin zu einer Industrie für das Leben befördert werden?

Die Antwort liegt in der Friedenslogik, die wir der Unkultur des Krieges entgegensetzen. Wir in der DFG-VK haben hierzu einen „Arbeitskreis Friedenslogik“ gegründet – wir freuen uns über weitere Mitstreiter*innen. Dazu bedarf es des unermüdlischen und tatkräftigen Engagements von uns allen. Wir müssen unseren lautstarken Protest und zugleich die Vision einer friedlichen, gerechten und damit besseren Welt auf die Straße, in die Schulen und Universitäten, vor die Kasernen und in die Konzerne und damit letztlich in die Köpfe der Menschen bringen.

Wichtige Websites:

www.aufschrei-waffenhandel.de,
www.dfg-vk.de, friedenslogik@dfg-vk.de,
www.rib-ev.de, www.gn-stat.org,
www.kritischeaktionaeere.de,
www.juergengraesslin.de.

Jürgen Grässlin ist laut „Spiegel“ der „bekannteste Pazifist und Rüstungsgegner des Landes“. Er ist Sprecher der Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“, Bundessprecher der Deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK), Aktivist der Kritischen Aktionär*innen Heckler & Koch sowie Vorsitzender des RüstungsInformationsBüros (RIB e.V.) mit den Projekten „Global Net – Stop the Arms Trade“ (GN-STAT) und „Vision bessere Welt“. Er ist Autor zahlreicher kritischer Sachbücher über Rüstungsexporte sowie Militär und Wirtschaftspolitik, zuletzt des Mutmachbuches „Wie Lichter in der Nacht. Menschen, die die Welt verändern“.

32 600 Unterschriften gegen die Rekrutierung Minderjähriger in die Bundeswehr!

Bündnis „Unter 18 nie! Keine Minderjährigen in der Bundeswehr“ trifft Minister Pistorius.

Mit der Übergabe von rund 32 600 Unterschriften gegen die Rekrutierung Minderjähriger in die Bundeswehr hat das Bündnis „Unter 18 nie – Keine Minderjährigen in der Bundeswehr!“ ein deutliches Signal in Richtung SPD und ihres Ministers Boris Pistorius gesetzt. Am Rande einer Wahlkampfveranstaltung in der niedersächsischen Kleinstadt Vehlen, unweit des Heeresflugplatzes Bückeburg, nutzten Vertreter*innen des Bündnisses die Gelegenheit, mit dem Minister über die Rekordzahlen minderjähriger Rekrut*innen zu sprechen. Allein im Jahr 2024 wurden 2203 minderjährige Soldat*innen eingestellt – so viele wie nie zuvor. Damit missachtet Deutschland weiterhin den internationalen Standard „Straight 18“, der mit der UN-Kinderrechtskonvention von über 150 Staaten eingehalten wird.

Mehr noch: Nach den Pariser Prinzipien, die Deutschland und über 110 andere Länder unterzeichnet haben, gelten alle unter-18-jährigen Mitglieder von Armeen oder bewaffneten Gruppen als Kindersoldat*innen. Nicht ohne Grund, denn immer wieder kommt es zu schweren Kinderrechtsverletzungen, wenn Minderjährige in bewaffneten Armeen eingesetzt werden – auch bei der Bundeswehr. Minderjährige erhalten dasselbe militärische Training wie Erwachsene und sind auch mit ihnen zusammen untergebracht.

Darauf angesprochen, widersprach Boris Pistorius bei der Übergabe der Unterschriften mit der Behauptung, dass ihm zuletzt keine derartigen Vergehen bekannt geworden seien. Zahlen aus Kleinen Bundestagsanfragen der Partei Die Linke und des BSW zeichnen jedoch ein ganz anderes Bild. Allein im Jahr 2023 wurden 14 Verdachtsfälle von „Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung oder sonstige Formen sexueller Belästigung“ bekannt. Auch aus Berichten der Wehrbeauftragten Eva Högl (SPD) wurde deutlich, dass Aufnahme rituale wie das erzwungene Tanzen an einer Stange keine Einzelfälle sind und die Dunkelziffer der Vorfälle ver-

mutlich erheblich höher liegt als die Zahl der aus offiziellen Berichten bekannten Fälle.

Im Gespräch mit den Bündnisvertreter*innen betonte Minister Pistorius, dass er das „Ansinnen“ grundsätzlich teile und Vergehen zu verhindern seien, wo es möglich ist. Angesichts der Rekordzahlen minderjähriger Rekrut*innen in der Bundeswehr sowie der massiven Militarisation der Jugend in Schulen und auf Ausbildungsmessen bleibt das jedoch wohl eher ein Lippenbekenntnis. Dabei wäre es für den Verteidigungsminister noch möglich, in der endenden Legislaturperiode sein Ministerium anzuweisen, die Rekrutierungspraxis zu stoppen.

Dafür gäbe es auch Zuspruch aus den eigenen Reihen: Nachfragen bei Abgeordneten auf der Plattform abgeordnetenwatch.de zeigen, dass insbesondere Abgeordnete aus kinderrechtsnahen Ausschüssen und Kommissionen offen für eine Umsetzung des Straight-18-Standards wären. Das Bündnis hat hierzu eine Sammlung der Antworten auf seiner Internetseite unter18nie.de veröffentlicht.

Mit der neuen schwarz-roten Koalition rückt eine „Bundeswehr ohne Minderjährige“ vorläufig in noch weitere Ferne. Deshalb wird es in Zukunft darauf ankommen, direkt an die Jugend, an Schüler*innen, Eltern und Lehrer*innen heranzutreten, um der massiven An- und Bewerbungsoffensive der Bundeswehr sowie dem militärischen Denken eine Perspektive des Friedens entgegenzuhalten. Das ist das zweite Standbein des Bündnisses „Unter 18 nie – Keine Minderjährigen in der Bundeswehr!“ – der Kampf um die Köpfe in den Schulen.

Chris Hüppmeier

DFG-VK-Mitglied und aktiv im Bündnis „Unter 18 nie – Keine Minderjährigen in der Bundeswehr!“





Foto: DFG-VK

GegenWehr – Kongress gegen die Militarisierung der Schulen

Über 120 größtenteils junge Menschen kamen am 8.2.2025 zum GegenWehr-Kongress nach Köln. Die Junge GEW NRW, die LSV NRW und das Bündnis Schule ohne Bundeswehr NRW hatten eingeladen. Mitveranstalter war auch das Alois Stoff-Bildungswerk der DFG-VK NRW, gefördert wurde der Kongress durch die Bertha-von-Suttner-Stiftung.

„Die deutsche Regierung investiert Milliarden in die Bundeswehr, um ‚kriegstüchtig‘ zu werden, während dringend benötigte Mittel für ein zukunftsorientiertes Bildungssystem hinten anstehen. Stattdessen marschiert die Bundeswehr in den Schulen auf – einerseits um Krieg statt Diplomatie als bevorzugten Lösungsansatz internationaler Konflikte anzupreisen, andererseits um Schüler:innen zu rekrutieren“, hieß es im Einladungsflyer.

Beim Auftaktpodium kamen die Veranstalter zu Wort: Katharina Niebergall von der Jungen GEW betonte, dass sich die GEW gegen Jugendoffiziere im Unterricht und gegen Bundeswehr-Werbung an Schulen ausspreche. Außerdem berichtete sie, dass dem Gewerkschaftstag ein Antrag vorliegen werde, sich gegen einen neuen Wehrdienst auszusprechen. Elise Kopper von Schule ohne Bundeswehr berichtete über die Arbeit des Bündnisses in den vergangenen Jahren. Sie verwies auf die Notwendigkeit, den Protest gegen Bundeswehr an Schulen möglichst medienöffentlich zu machen, um viele Menschen zu erreichen. Die Bundeswehr sei kein Arbeitgeber wie jeder andere, es gehe um die Bereitschaft, zu töten und getötet zu werden. Mark Ellmann von der bayerischen GEW berichtete über das neue bayerische Bundeswehr-Gesetz, das die Verpflichtung enthalte, Jugendoffiziere an Schulen einzuladen. Dieses Gesetz drohe als Vorbild auch von anderen Bundesländern übernommen zu werden. In Bayern klagen nun 17 Verbände gegen das Gesetz, darunter die GEW und auch die bayerische DFG-VK. Elias von der Landeschüler*innenvertretung verwies darauf, dass die Bundeswehr pro Jahr 100 000 Schüler*innen erreiche. Dagegen müsse man aktiv werden, auf Lehrer*innen und Schü-

ler*innen einwirken, damit sie sich dagegen zur Wehr setzen. Eine Möglichkeit sei, per Schulkonferenz-Beschluss Bundeswehrbesuch abzulehnen.

In sieben Workshops setzten sich dann die Teilnehmer*innen mit verschiedenen Aspekten der Militarisierung der Schulen auseinander. Von der Frage, wie man im Unterricht gegen die Bundeswehr argumentieren könne und wieso die Bundeswehr keine sichere Jobperspektive biete, über die Frage, warum wir überhaupt kriegstüchtig werden sollen, bis zu Alternativen zu Krieg und Rüstung reichte das Themenspektrum. Im von mir durchgeführten Workshop „Warum kriegstüchtig werden? – Werden noch mehr Waffen Frieden schaffen?“ ging es unter anderem um die neue Greenpeace-Studie „Wann ist genug genug?“, die eine eindeutige militärische Überlegenheit der NATO gegenüber Russland nachweist.

Die Rückmeldungen der Teilnehmer*innen aus den Workshops waren überwiegend positiv. Und auch die im Anschluss vorgestellte Abschlussresolution des Kongresses wurde mit allgemeinem Beifall bedacht.

Damit die Beschäftigung mit der aktuellen Militarisierung der Schulen kein einmaliges Ereignis bleibt, versammelten sich die Kongressteilnehmer*innen dann noch in regionalen Vernetzungsrunden. Dort wurden Kontakte geknüpft und Hinweise auf Möglichkeiten gemeinsamer Aktivitäten ausgetauscht.

Die Tatsache, dass hier nicht Organisationen der Friedensbewegung diesen Kongress angeregt haben, sondern die schulischen Akteure, macht Hoffnung, dass die Diskussion an den Schulen selber wieder stärker in Gang kommt.

Weitere Infos unter <https://nrw.dfg-vk.de/gegenwehr-gegen-die-militarisierung-der-schulen/>

Joachim Schramm

Landesgeschäftsführer der DFG-VK NRW

Zum 1. August sucht die Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) NRW eine*n Geschäftsführer*in (m/w/d).

Die DFG-VK ist eine bundesweite Friedensorganisation mit einem spannenden und zukunftsweisenden Programm und viel friedenspolitischer Erfahrung. In NRW sind wir in einem guten Dutzend Orten mit lokalen Gruppen aktiv. Mehr zu unserer Arbeit unter: www.nrw.dfg-vk.de

Es handelt sich um eine Teilzeitstelle mit einer Wochenarbeitszeit von 20 Stunden. Sie umfasst die Betreuung der Landesgeschäftsstelle in Dortmund nach Vereinbarung und ist darüber hinaus standortflexibel in NRW angesiedelt.

Als Geschäftsführer*in der DFG-VK NRW bist du für die Organisation der Landesgeschäftsstelle in Dortmund verantwortlich, bereitest Landesvorstandssitzungen vor und nach und nimmst daran teil. Du pflegst den Austausch mit ehrenamtlichen Funktionsträger*innen und Aktiven der Ortsgruppen, vertrittst den Landesverband nach außen und setzt friedenspolitische Aktivitäten in Zusammenarbeit mit dem Vorstand, den Ortsgruppen und Bündnispartner*innen um.

Wir suchen eine kontaktfreudige, eigenverantwortliche Person mit Erfahrung in ehrenamtlicher politischer Arbeit, sicherer Ausdrucksfähigkeit und Kenntnissen in Büro-Software, Homepage-Pflege und Social Media. Du solltest flexibel für Abend- und Wochenendtermine sowie Reisetätigkeiten in NRW sein und gerne im Team arbeiten.

Dich erwartet eine sozialversicherungspflichtige Stelle für zwei Jahre (mit geplanter Verlängerung), ein Bruttogehalt von 1270 Euro mit möglicher projektbezogener Vergütung, eine sinnstiftende Tätigkeit, ein angenehmes Arbeitsklima, eine gründliche Einarbeitung, viel Gestaltungsspielraum sowie ein Arbeitgeberzuschuss zum Deutschland-Ticket.

Bitte sende Deine aussagefähige Bewerbung (Motivationsschreiben, Lebenslauf, Zeugnisse) **bis zum 01.06.2025 an:**

Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen LV NRW
 Braunschweiger Straße 22,
 44145 Dortmund
 0231/8180-32 (Fax: -31)
dfg-vk.nrw@t-online.de

W&F
 Wissenschaft und Frieden ■ 1/2025
 Februar - 43. Jahrgang - 12,00 € - G 11069 | Trägerin des Göttinger Friedenspreises

Wider das Vergessen
 Wie Konflikte unsichtbar werden

- Westpapua: Abseits der Nachrichten
- Berichterstattung zum Jemen-Krieg
- Vergisst die Forschung Kriege?
- Kritische Friedensforschung heute

Dossier:
 Feministische Friedensforschung

Schwerpunkt
Wider das Vergessen
 Wie Konflikte unsichtbar werden

- Westpapua: Abseits der Nachrichten
- Berichterstattung zum Jemen-Krieg
- Vergisst die Forschung Kriege?
- Kritische Friedensforschung heute
- Plus 28 Seiten Dossier 99: Feministische Friedensforschung

72 Seiten | 12 € (druck) / 9 € (ePUB/PDF)
bestellen unter: wissenschaft-und-frieden.de

Korrektur: Beschluss des BA zu Rheinmetall Entwaffnen, ZC 1/2025, S. 43

In der ZivilCourage 1/2025 erschien auf S. 43 folgender Text: „Laut Beschluss des Bundesausschusses vom 2. März 2024 wird folgender Antrag des LV Berlin/Brandenburg hier veröffentlicht: Beschluss des Bundesausschusses ‚Der Bundesausschuss der DFG-VK empfiehlt allen Gliederungen der DFG-VK, eine etwaige noch bestehende Zusammenarbeit mit dem Bündnis ‚Rheinmetall Entwaffnen‘ zu beenden. Dieser Beschluss soll über alle geeigneten Wege (incl. Zivilcourage) in der DFG-VK verbreitet werden.“

Das war der Antrag, den der Landesverband Berlin/Brandenburg zur Sitzung des Bundesausschusses (BA) im März 2024 eingereicht hatte. Aus dem Protokoll dieser Sitzung geht jedoch nicht hervor, dass ein Beschluss über eine Veröffentlichung des Antrags gefasst worden wäre.

Der Antrag selbst wurde vertagt und auf der Juli-Sitzung 2024 des BA beraten. Das Protokoll der Juli-Sitzung führte ich. An dieser Stelle schrieb ich: „Es

wird vorgeschlagen, die Debatte über den eigentlichen Antrag zu beenden und eine Diskussion über die Überprüfung unserer Kooperationen zu führen. Der Vorschlag wird mit überwältigender Mehrheit angenommen.“

Dagegen intervenierte ein Mitglied des Landesvorstands der DFG-VK Berlin/Brandenburg und berief sich auf eine Veröffentlichung an anderer Stelle. Unsicher geworden, änderte ich die entsprechende Formulierung im Protokoll der Juli-Sitzung. Dabei verwendete ich die in der ZC 1/2025, S. 43, verwendete Formulierung. Dieses geänderte Protokoll wurde zur März-Sitzung des BA 2025 verschickt.

Inzwischen haben andere Mitglieder der DFG-VK meine Darstellung im Protokoll der Juli-Sitzung allerdings bestätigt. Ich nehme die Änderung daher zurück. Damit gilt das Protokoll der Juli-Sitzung des BA 2024 in seiner ursprünglichen Form. Ich bitte um Entschuldigung.

Cornelia Mannewitz

Die Ukraine nach drei Jahren Überfall und Krieg – ein Reisebericht

Die Idee zu einer ersten Reise in die Ukraine wurde auf dem Aktiventreffen von Sicherheit neu denken im Juli 2022 konkretisiert und mündete in eine Fahrt von Ina Darmstädter und Jan Birk nach Odesa (ukrainisch mit s, russisch mit ss) mit einer engen Anbindung an eine kleine und eine große Gruppe aus dem Kreis von Sicherheit neu denken. Es folgten Fahrten nach Odesa im November 2022 und Februar 2023 (erster Jahrestag des Überfalls). Im November 2023 hat Jan Birk Yurii Sheliazhenko bei Prozessen vor zwei Gerichten in Kiew begleitet. Er hat ein Mandat des DFG-VK-Landesverbandes Hamburg und Schleswig-Holstein.

Ausgangssituation

Aufgrund vorheriger Reisen in die Ukraine besteht eine Reihe von Kontakten zur Zivilgesellschaft in Odesa, Chisinau (Moldau; hier leben zahlreiche Ukrainer, namentlich Künstler) und (weniger) in Kyjiw. Ziel der Reise war es, neben einer Festigung dieser Kontakte die Stimmung am dritten Jahrestag des Überfalls aufzunehmen, dort über die hiesige Situation zu berichten und hier über die dortige und vor allem das Banner des Pazifismus hochzuhalten.

In der Ukraine gibt es keine zivile Luftfahrt mehr, aber eine beeindruckende Eisenbahn und zahlreiche Busse. Diese gelten als sicher. Ich bin also mit dem Zug erst über Polen nach Kyjiw und dann nach Odesa gefahren, dann mit dem Bus nach Chisinau, von dort mit dem Flugzeug nach Hamburg.

Die Bedrohungslage

In meiner ersten Nacht in Kyjiw wurde die Stadt mit Raketen angegriffen. Ich wurde wach von 20 Explosionen, der Klang gleicht nichts, was man kennt, am ehesten einer Klangschale. Es folgten zahlreiche Drohnenalarme in Kyjiw, das Gleiche wiederholte sich in Odesa, wo ich mir unbekannte Flugobjekte über dem Nachthimmel sah, wahrscheinlich die ukrainische Luftabwehr.

Die Angriffe gelten Wohngebieten, Schulen, ziviler Infrastruktur. Der Raketenangriff auf Kyjiw kostete einen Menschen das Leben, drei Menschen wurden verwundet, etliche Menschen verloren – zumindest vorübergehend – ihre Wohnung, und das bei Temperaturen zwischen -1 und -12 Grad, in der Nähe von Yurii Sheliazhenkos Wohnung. Der Raketenangriff auf Odesa zerstörte die Wärmeversorgung für 250 000 Menschen. Das Ziel ist offensichtlich, die Bevölkerung mürbezumachen, nicht, sie zu vernichten.

Für die Alarmierung kann man sich eine App auf sein Mobiltelefon laden und die eigene Region eingeben; sie benutzt Ukrainisch oder Englisch. Ein Beispiel: Am 23. Februar gab es in Odesa zwischen 4:46 und 22:28 sechsmal Alarm für jeweils 45 bis 65 Minuten.

Tatsächlich reagiert aber niemand erkennbar auf diese Alarmierungen. Ich habe gefragt, warum das

so ist. Die lauteste Antwort war: „Wir lassen uns nicht von Putin verrückt machen.“ Es mag dort andere Erklärungen geben, so die, dass es schlicht nicht möglich ist, ein einigermaßen normales Leben zu führen, wenn man jedes Mal zu jeder Tages- und Nachtzeit den Schutzraum aufsucht. Oder die, dass man so häufig mit Alarm konfrontiert war, ohne dass man getroffen wurde. Tatsächlich verhalten sich die Menschen so, wie Rutger Bregman es in seinem Buch „De meeste mensen deugen“, deutsch „Im Grunde gut“, für die Reaktion der englischen Zivilbevölkerung auf die deutschen Bomben und die der deutschen Zivilbevölkerung auf die englischen Bomben im Zweiten Weltkrieg beschreibt: Es reizt zum Widerspruch und lässt die Menschen zusammenrücken. Und schließlich hört man: „In Kyjiw (und Odesa) gibt es eine effiziente Drohnen- und Raketen-Abwehr, wir fühlen uns beschützt.“ Wenn in der Drei-Millionen-Stadt Kyjiw ein Mensch getötet wird, ist das Gefühl der individuellen Bedrohung nicht sehr groß.

Das Ergebnis ist ein kaum fassbarer Eindruck von Normalität in den Städten. Auch bei Minusgraden halten sich mehr Menschen im Freien auf als bei uns. Die Supermärkte sind gut gefüllt – so weit über das Maß des Notwendigen hinaus wie bei uns. Der öffentliche Nah- und Fernverkehr funktioniert. Es gibt gedruckte Tageszeitungen, so den „Neuen Tag“ in Cherson (einer Frontstadt) und die „Volkstribüne“. Die Straßen sind voller Autos aus westlicher Produktion, kaum Kleinwagen. Und die weitaus meisten Menschen sind in Art und Qualität gekleidet wie in Deutschland.

Bei genauerem Hinsehen sieht man aber auch, dass Baustellen stillstehen, kaputte Fußwege nicht repariert werden, kleine Läden mit Waren ausgestattet, aber ohne Personal sind und dass mehr Menschen Not leiden als noch vor zwei Jahren.

Sprache und Nation

In Deutschland hört man oft, das Russische sei in der Ukraine verboten. Nein! Russisch wurde als Amtssprache abgeschafft (meiner Meinung nach eine dumme Idee), aber es wird überall gesprochen, auch von Kindern auf dem Spielplatz. Auf Nachfrage hat man mir gesagt, dass insbesondere in den Großstädten (Kyjiw hat über drei Millionen Einwohner, Odesa über eine Million) viel Russisch gesprochen wird, auf dem Lande mehr Ukrainisch. Ich habe Gesprächspartner in Odesa, die nach eigenem Bekunden kein Ukrainisch sprechen. Und ich kenne Ukrainer, die die ukrainische Sprache für sich ablehnen. In der Chatgruppe der Ukrainischen Pazifistischen Bewegung („Український Рух Паціфістів“) werden Ukrainisch und Russisch nebeneinander benutzt.

Gleichwohl ist festzustellen, dass die Regierung großen Wert auf die Verwendung des Ukrainischen legt, Zeitungen, Plakate im öffentlichen Raum, der öffentliche Rundfunk „Suspilne“, das ist alles ukrainisch. Und die Regierung versorgt ukrainische Kin-

der im In- und Ausland mit Lese- und Lehrbüchern in Ukrainisch.

Meine Absicht war es, auch über die Minderheitenpolitik zu sprechen, denn außer der russischen gibt es eine Reihe anderer Minderheiten, Moldauer, Ungarn ... Ich kenne einen Vertreter der moldauischen Minderheit, leider reichte mein Russisch bislang nicht aus, um mit ihm über Minderheitenschutz zu sprechen. Ich bleibe dran, weil ich die Frage der kulturellen Autonomie zur Herstellung und Aufrechterhaltung des gesellschaftlichen Friedens für wesentlich halte. (Ich komme aus Schleswig-Holstein, wo es dänische Kindergärten und Schulen gibt, eine dänische Zeitung und eine Partei der dänischen und friesischen Minderheiten, die in zahlreichen Gemeindevertretungen, im Landtag und im Bundestag vertreten ist. Beispielgebend!)

Die Zugehörigkeit zum ukrainischen Staat wurde von keinem meiner Gesprächspartner in Zweifel gezogen. Das ist eine Aussage ohne statistische Relevanz. Interessant war das Gespräch mit einer Frau, 46 Jahre alt, die berichtete, dass sie in der Sowjetunion geboren wurde und aufwuchs, dann in der Ukraine wohnte und dann in der Volksrepublik Donezk, ohne ein einziges Mal umgezogen zu sein. Jetzt wohnt und arbeitet sie in Kyjiw. Sie sieht sich als Kind der Sowjetunion, ohne emotionalen Bezug zu allem, was danach kam. (Sie berichtete auch von russischen Soldaten in neutraler Uniform seit 2014 in der Region Donezk.)

Drei Schlaglichter auf Kyjiw

Das Sankt-Michaels-Kloster gehört mit zu den historischen Sehenswürdigkeiten. Offiziell. Tatsächlich wurde es in der kommunistischen Ära abgerissen, um Platz für einen kommunistischen Prachtbau zu machen, der dann aber nicht realisiert wurde. Nun steht an gleicher Stelle ein neu errichtetes Ensemble gleichen Aussehens – die ukrainische Version des Berliner Stadtschlösses. An der Mauer des Klosters sind zahlreiche Porträts gefallener Soldaten und Blumen – keine Porträts von 2024 und 2025, da war der Platz schon vollständig belegt.

Auf dem Platz vor dem Kloster werden beschossene Panzer und zivile Fahrzeuge ausgestellt, darunter ein völlig zerschossener Kleinwagen – eine Anklage gegen den Aggressor.

Auf dem Maidan hat die Zivilgesellschaft nach den Wahlen demonstriert, 2004 verlief das friedlich, 2014 gab es Tote. Wer die Schützen waren, ist bis heute umstritten. Auf dem Platz selbst steht eine Ausstellung mit Fotos von den Demonstrationen 2004.



Foto: Maidan 2004



Foto: Maidan, Fähnchen

Ein Beet daneben ist gepflastert mit kleinen ukrainischen Fahnen und Porträts. Hier stehen auch eine deutsche und eine französische Fahne und erinnern an den Tod von Kombattanten.

Am Sonntagmorgen fand an einer Kreuzung zweier Hauptverkehrsstraßen ein lautstarker Autokorso statt, eine Demonstration für die Freilassung der Verteidiger des Asow-Stahlwerks. Am Straßenrand stand eine Gruppe von mehr als 100 Menschen, teilweise mit Schrifftafeln. In Deutschland sind die Asow-Kämpfer vor allem als faschistische Kampfgruppe bekannt geworden. In der Ukraine sieht man allenthalben den Schriftzug „Free Azov“. Ich vermute, dass dies nicht nur eine Forderung vom rechten Rand des politischen Spektrums ist.

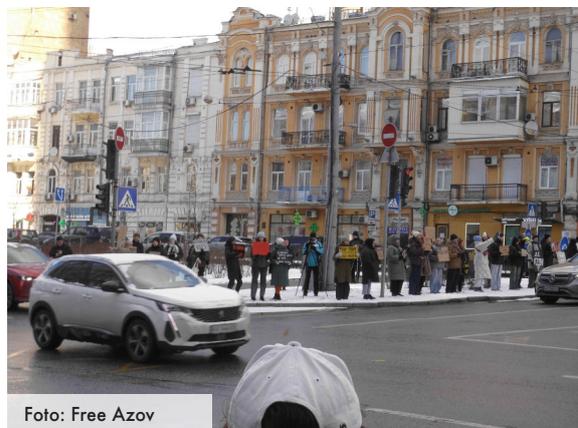


Foto: Free Azov

Drei Schlaglichter auf Odesa

Odesa beeindruckt durch seine Architektur, weniger durch deren Zustand. Im Vergleich zu meinen Besuchen 2022 und 2023 ist die Atmosphäre deut-

lich lockerer geworden. So sind die Eingänge zu den Häusern nicht mehr so sorgfältig geschlossen und die Sperren, die einen am Betreten des Ufers und der dortigen Parks gehindert haben, sind weitestgehend entfernt. Bei schönem Wetter sind viele Menschen am Strand spazieren. Gleichzeitig hat die Zahl der Bettelnden deutlich zugenommen – auf immer noch vergleichsweise niedrigem Niveau. Im Hafen liegen Schiffe und fahren LKWs mit Containern – auch das auf niedrigem Niveau.

Auch in Odesa habe ich neben zahlreichen Drohnenangriffen einen Raketenangriff erlebt. Ich sah, wie Flugkörper der Raketen-Abwehr über die Stadt flogen, und erfuhr, dass dann 250 000 Menschen keine Heizung mehr hatten – bei Frostwetter. Vermutlich wurde das schnell wieder repariert.

In der Innenstadt gibt es eine Wand, an der Zeichnungen (Träume und Satire) aufgeklebt sind. Dort ist auch zu sehen, was nicht nur der Zeichner über Bundeskanzler Scholz denkt:



Foto: Scholz-Karikatur

Der Krieg in der Ukraine – wir müssen reden

Wenn ich in der Ukraine bin, berichte ich von den Auswirkungen des Kriegs auf die Probleme, die wir als Friedensbewegung in Deutschland haben – weniger Verständnis, steigende Militärausgaben und interne Konflikte. Wenn ich wieder in Deutschland bin, höre ich, die Ukrainer sollten die Waffen niederlegen oder mindestens einem Waffenstillstand zustimmen. Was gut klingt, weckt in der Ukraine zwei Befürchtungen:

- die erste ist, dass Russland einen Waffenstillstand nur dazu nutzen würde, die Fortsetzung des Kriegs vorzubereiten, nicht aber den Frieden, und
- die zweite ist, dass mit einem Waffenstillstand die jetzige Situation zementiert wird, also die Eroberung eines erheblichen Teils des Landes durch die russische Armee.

Man assoziiert den Waffenstillstand also nur mit einer Unterbrechung des Sterbens, nicht mit seinem Ende, und mit einer Niederlage.

Ich höre, die Ukrainer sollten die Waffen niederlegen. Wenn sie aufhörten, sich zu wehren, werde auch der Krieg aufhören. Ich bitte die, die das vertreten, sich in die Lage von Menschen zu versetzen, die sich den russischen Angriffen ausgesetzt sehen, Angriffen auf die Zivilbevölkerung. Ich habe einen

Drohnenangriff erlebt, ganz in meiner Nähe, wo es keine militärischen Einrichtungen gab. Ich hatte Todesangst. Und ich bin zu dem Ergebnis gekommen, dass es kein Argument gegen den Abschuss unbemannter Drohnen gibt.

Als Friedensbewegung kann es uns nicht darum gehen, das Sterben nur einen Moment zu unterbrechen oder der Ukraine eine Unterwerfung unter russische Herrschaft zu empfehlen. Kant schreibt in seiner Schrift „Zum ewigen Frieden“: „Kein Staat soll sich in die Verfassung und Regierung eines andern Staats gewalthätig einmischen.“ In der Tat!

Ziel der russischen Strategie ist nicht die Vernichtung und wohl auch nicht die Vertreibung der heimischen Bevölkerung. Zur Strategie gehört, gegen alles zu verstoßen, was je an Kriegsvölkerrecht beschlossen und unterzeichnet wurde, von der Zerstörung der Infrastruktur – Schulen, Krankenhäuser, Kraftwerke ... – bis zur Vergewaltigung von Frauen, der Kastrierung von Männern, der Entführung von Kindern. Es ist eine vollständige Entgrenzung. Das Ziel ist die Demoralisierung des Gegners durch Entmoralisierung der eigenen Kämpfer. Es ist schwer vorstellbar, dass Menschen, die solches getan haben, wieder in die Zivilgesellschaft zurückkehren und liebende, respektvolle Ehemänner und Väter werden. Hier wächst ein Problem für die russische Gesellschaft heran.

Das wird begleitet von einer Propaganda, die die Bevölkerung Russlands auf eine Feindschaft gegen die ukrainische Regierung und die Bevölkerung, die ihr folgt, einswört. Schon 2022 und 2023 habe ich gehört, dass eine Kommunikation zwischen Ukrainern und ihren russischen Freunden und Verwandten nicht mehr möglich ist, weil sie in vollkommen unterschiedlichen, ja gegensätzlichen Welten leben. Dieser Spalt ist mittlerweile so breit und so tief, dass die, mit denen ich über die Zeit der Versöhnung nach dem Krieg und vor dem Frieden gesprochen habe, sicher sind, dass es mehr als ein Jahrhundert dauern wird, bis er wieder geschlossen ist.

Was also ist die Aufgabe der deutschen Friedensbewegung?

Zur Zeit ist es nicht leicht, in der Ukraine über Frieden zu reden. Auf die mit einem – womöglich noch unter Ausschluss der Ukraine verhandelten – Waffenstillstand verbundenen Befürchtungen habe ich hingewiesen. Aber es gilt Gandhis Satz: Gewaltlosigkeit ist das Gegenteil von Nichtstun.

Zum einen ist es also unsere Aufgabe, über die vielfältigen Möglichkeiten zivilen Widerstands aufzuklären und sie, soweit es in unserer Macht steht, zu unterstützen. Damit hätten wir schon lange anfangen sollen. Yurii Sheliazenko und die Ukrainische Pazifistische Bewegung haben im Dezember 2023 einen Aufruf an Präsident Selenskyj geschickt, er möge unbewaffnete Streitkräfte aufstellen.

Bisher gibt es diesbezüglich nur den Hinweis auf vorhandene Literatur. Wir sollten für unsere Freunde und für uns selbst ein solches Konzept ausformulieren und konkretisieren. Ich habe Yurii auf seinen Wunsch das Buch „Mainstreaming Pacifism“ mitgebracht – ein richtungsweisender Titel! Als ich mit einer Freundin in Odesa darüber sprach und



Foto: Jan und Yuri

erwähnte, dass es bereits Publikationen über den gewaltfreien Widerstand in der Ukraine gibt, antwortete sie mir, das werde wieder keiner lesen, wir sollten stattdessen einen Clip für Youtube drehen, damit bekämen wir Reichweite. Das sollten wir uns vornehmen.

Und sollte Russland die Ukraine militärisch erobern, schlägt die Stunde des zivilen Widerstands. Dann spätestens sollten wir es als unsere Aufgabe annehmen, den Widerstand dabei zu unterstützen, damit er wirksam ohne Tote geführt wird. (Ohne tote Gegner! Eigene Verluste sind nicht auszuschließen, zumal nicht, wenn man einem moralisch entgrenzten Gegner entgegentritt.)

Zum anderen sehe ich unsere Aufgabe darin, Brücken über diese Grenzen zu schlagen. Es gibt Anknüpfungspunkte. So ist der Respekt vor der russischen Kultur noch nicht erloschen, die Puschkinska-Straße in Odesa heißt noch immer Puschkinska, die russische Sprache bleibt Teil der ukrainischen Kultur. Ich bin sicher nicht der Einzige, der Kontakt sowohl zu ukrainischen als auch zu russischen Pazifisten hat. In Deutschland gibt es „Russendiskos“, die

von Jugendlichen aus beiden Staaten besucht werden – friedlich. Die Brücken fehlen, aber Stege sind schon da.

Jan Birk

Jahrgang 1957, Kriegsdienstverweigerer, langjähriges Mitglied der DFG-VK-Ortsgruppe Kiel, Vorsitzender des Netzwerks Friedenssteuer, Mitarbeit in der Osteuropa-AG von Sicherheit neu denken



Die Erklärung der Ukrainischen Bewegung der Pazifisten findet ihr hier: https://zivilcourage.dfg-vk.de/pazifisten_ukraine/

Aus Respekt mit unseren Freund*innen in der Ukraine wurden in diesem Text die ukrainischen Eigennamen des Landes und der Städte benutzt.

Für eine pazifistische Wende

und eine Politik der Abrüstung und Entmilitarisierung - Positionspapier der DFG-VK

Einleitung

Dieses Positionspapier »Für eine pazifistische Wende« soll nach dem grundsätzlich gehaltenen Programm und ergänzend zu diesem eine Basis für eine gemeinsame Politik in unserer pazifistischen Organisation sein.

Das Positionspapier gibt eine Einschätzung der globalen Lage mit der Perspektive auf Kriegsursachen und kriegerische Konflikte und schätzt unser gesellschaftliches und politisches Umfeld in der Bundesrepublik Deutschland ein, um daraus Handlungskonzepte und Forderungen an politische Entscheidungsinstanzen abzuleiten und Handlungsfelder und Aufgabengebiete für unsere Organisation des politischen Pazifismus benennen.

1. Zur Situation der Staatenwelt aus friedenspolitischer Perspektive

Bei der Betrachtung der Staatenwelt wird oftmals stillschweigend vorausgesetzt, dass souveräne Staaten ihre politische, ökonomische und militärische Macht zur Durchsetzung ihrer Interessen einsetzen.

Die Charta der Vereinten Nationen von 1945 entwirft hingegen ein Bild von gleichberechtigten souveränen Staaten, die ihre zwischenstaatlichen Streitigkeiten vor dem Internationalen Gerichtshof beilegen, auf die Anwendung von Militärgewalt verzichten und daher abrüsten können.

Im Widerspruch dazu wird die Welt von den politischen und wirtschaftlichen Eliten in den reichen und mächtigen Staaten weiterhin als System konkurrierender Machtblöcke betrachtet. Unter dieser Prämisse werden viele der gegenwärtigen Kriege und Konflikte von der Konkurrenz der militärisch und wirtschaftlich stärksten Länder getrieben.

1.1 Die globale Perspektive

1.1.1 Weltpolitische Gewichte

Die weltpolitischen Gewichte verschieben sich weiter. Die »BRICS«-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika) stellen den weltpolitischen Machtanspruch der USA in Frage. Sie besitzen bzw. erwerben eine eigenständige Rüstungsindustrie und teilweise Atomwaffenpotenziale. Das »Shanghai-Bündnis« zwischen China und Russland sowie die »Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit« (OVKS) können als neue Gegenbündnisse zur NATO gesehen werden.

Die USA betrachten ein ökonomisch und militärisch stärker werdendes China als wichtigsten Gegner. Sie wollen neue politisch-militärische Bündnisse mit den Anrainerstaaten des Pazifiks entwickeln (primär mit Australien und Neuseeland) und die Staaten der EU in eine gemeinsame Front gegen China einbinden.

Die völkerrechtlichen Institutionen und Organe werden derzeit nur begrenzt als legitime oder effektive Foren für die Regelung von weltpolitisch relevanten Herausforderungen akzeptiert. Dies zeigt sich vor allem in gegenseitigen Vorwürfen doppel-moralischen Handelns. Dadurch verengen sich Kanäle für friedenspolitisch bedeutungsvolles Handeln in internationalen Organisationen.

In einigen Staaten primär des Westens wird seit jüngerer Zeit eine Idee einer feministischen Außen- und Sicherheitspolitik verfolgt, in die viele Akteure Hoffnungen auf Veränderung des

internationalen Systems und der Diplomatie sowie Krisenhilfe setzen. Diese Hoffnungen sind bislang vielfach enttäuscht worden.

1.1.2 Ein befeuerter Ost-West-Konflikt

Die Hoffnungen auf ein kooperatives und entspanntes Verhältnis zwischen den Staaten des NATO Bündnisses und der Russischen Föderation sind zerschlagen. Die stetige Eskalation in den 2000er Jahren durch Vertragskündigungen (ABM, OpenSkies, INF usw.) erlebte Verletzungen einstmalig getroffener Absprachen, begrenzt erfolgreiche Abrüstungsbemühungen und sich zuspitzende Systemkonkurrenz hat zu einem fundamental gestörten Verhältnis geführt. Diese Entwicklung tiefgreifenden Misstrauens und strategischen Großmachtverhaltens (bspw. Aufrüstung der NATO-Ostflanke usw.) fand dann letztendlich ihren Niederschlag im russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Beide Seiten trauen einander (auch als Vertragspartner) nicht mehr, die einseitige Interessendurchsetzung und Ressourcensicherung hat erneut Vorrang vor ausgeglichenen Verhältnissen. Dies hat auch dramatische Folgen für friedenspolitischen Spielraum.

Der Ukrainekrieg muss nicht nur als ein Krieg um ukrainisches Territorium verstanden werden, sondern auch als Krieg mit Symbolwirkung für die sich neu strukturierende geopolitische Ordnung: Aus russischer Sicht soll der Einfluss von USA und EU zurückgedrängt und mit einer russischen Hegemonie überschrieben werden. Aus westlicher Perspektive gilt die Ukraine weiterhin als legitimes Interventionsfeld westlicher Interessen mit hoher Symbolkraft für den post-sowjetischen Raum.

Die Folgen dieser Eskalation in der Ukraine sind aber auch nicht nur lokal zu spüren (direkte dramatische Kriegsfolgen), sondern führen zu einem neuen Wettrüsten, eskalierender Kriegsrhetorik und einer beispiellosen Militarisierung der öffentlichen Diskussion im Westen wie im Osten. Mittlerweile zeigt sich eine Verschärfung einer ganzen Reihe von Konflikt-dimensionen: Ein erhöhtes Risiko der Eskalation zum Atomkrieg, energie- und wirtschaftspolitische Entkoppelung, diplomatische Blockadehaltungen, gegenseitige Sanktionspolitiken und ein weiteres Erstarken der NATO durch die Neumitglieder Schweden und Finnland. Die ökonomischen Folgen der Aufrüstung im Westen und der Kriegswirtschaft in Russland machen sich mittlerweile durch die stetige Beschneidung sozialer Fürsorge und einer wachsenden versteckten Verschuldung bemerkbar.

Trotz erneut gestiegener Bedeutung der NATO (vgl. Abschnitt 1.2) verfolgen Teile der politischen Eliten in Frankreich und Deutschland (und evtl. weiteren Staaten der EU) das Projekt eines strategisch eigenständigen Europas. Dies wird allerdings nicht friedenspolitisch in Abgrenzung zu Militärbündnissen verstanden, sondern primär als wirtschaftlich und militärisch »autonomes« Europa skizziert, das sich dabei als konkurrenzfähig markieren möchte und in Konfrontation zu v.a. Russland und China steht. Auch dieses Projekt befeuert ein konflikitives »Ost-West-Verhältnis«.



HINWEIS

Das beschlossene Positionspapier umfasst mehr als 16 Seiten. Zu viel für die ZivilCourage. Das gesamte Positionspapier findet sich unter:

www.dfg-vk.de/Positionen2024

„Weißer Cis-Dude“ – (k)eine Beleidigung

Nicht nur in diversen Mailinglisten, dort jedoch mit einem beabsichtigten Erregungspotenzial, werden Menschen mit dem Begriff „Cis-Dude“, gern verbunden mit der Ergänzung „weiß“, definiert und charakterisiert. Klären wir erst einmal, was die Bezeichnung meint, bevor wir die Benennung einordnen und den Bezug zur Friedensarbeit herstellen. Es wird spannend.

Fangen wir hinten an. „Dude“ steht, kurz gesagt, für Mann/Männlichkeit, „cis“ (oder, ausgesprochen, „cisgeschlechtlich“) bezeichnet Personen, deren Geschlechtsidentität mit dem in der Regel anhand äußerer Merkmale vor oder unmittelbar nach der Geburt bestimmten Geschlecht übereinstimmt. „cis“ wird als Gegenstück zu „trans“ beziehungsweise „Transgender“ verwendet. Wer sich mit Chemie auskennt, kennt beide Bezeichnungen aus der Benennung funktioneller Gruppen an Molekülen.

Kurz gesagt: Ein Cis-Mann ist jemand, der bei der Geburt als männlich bestimmt wurde und das für sich auch so annimmt.

„Weiß“ wird in diesem Zusammenhang in der Abgrenzung zu „People of Color (PoC)“ verwendet. „Weiß“ benennt die deutsche beziehungsweise westeuropäische Mehrheitsgesellschaft und grenzt sie gegenüber Menschen mit Migrationsgeschichte ab, die in der Gesellschaft marginalisiert und insbesondere von Rassismus oder Antisemitismus betroffen sind.

All diese Definitionen haben eines gemeinsam: Sie sind, für sich genommen, nicht diskriminierend. Ganz im Gegenteil: „cis“ und „weiß“ definieren Eigenschaften, die gesellschaftlich als Norm, als Standard gesehen werden und daher selten angesprochen werden. Daher ist es auch irritierend, sie zu hören. Trans* Menschen, Frauen, Schwarze Menschen hingegen werden durch ihre „Abweichung“ vom Standard weißer Cis-Männlichkeit benannt. Das Benennen auch der „Norm“ macht jedoch Sinn. Mit dem Benennen entsteht Sichtbarkeit, mit Sichtbarkeit können auch die Privilegien dahinter artikuliert werden. Welche Privilegien? Frag mal PoC nach Erfahrungen bei der Jobsuche oder der Suche nach einer Wohnung. Wir weißen Cis-Männer haben da einen Vorsprung, allein dadurch, dass wir es sind. Das gilt auch für angenommene Sprecherrollen, beispielsweise im Verband. Wie nehmen wir es wahr, wenn (was selten genug ist) eine Person of Color spricht – als Meinung zum Thema oder als Stimme einer PoC? Hinterfragen wir nicht automatisch Beweggründe, was wir bei einer als weiß gelesenen Person nicht machen? Wie agieren wir? In welche Rolle begeben wir uns automatisch im Umgang? Über welche Personen sprechen wir, wenn wir über KDV reden? Haben wir die potenziell Wehrdienstleistende, haben wir ein Kind von Gastarbeiter*innen im Blick? Wie ist es mit dem Blick einer Person, deren Geschlecht nicht dem verordneten entspricht? Welche Vorteile ziehen wir konkret aus der Normierung auf zwei Geschlechter? Das sind nur kleine Beispiele, die Spitze des Eisbergs. Es lohnt, sich einmal etwas Zeit zu nehmen und über solche Fragen nachzudenken.

Solche Fragen anzuregen, gelingt mit der Markierung einer Sprecherposition als weiß und männlich („weißer Cis-Dude“). Unhinterfragtes wird auf diese Weise hinterfragbar, da die Sprecher*innenposition markiert und sichtbar gemacht wird.

Das funktioniert jedoch nicht, wenn dies inflationär und mit herabwürdigender Absicht geschieht. Dann verkehrt es sich in sein Gegenteil, insbesondere, wenn die Personen, die die Markierung vornehmen, selbst „weiße Cis-Dudes“ sind. Hier wird die Bezeichnung zum Kampfbegriff, der die eigene Meinung aufwerten soll. Man kennzeichnet sich so als vermeintlich viel reflektierter als die anderen Diskutierenden. Es entsteht eine Stigmatisierung, die keinen Erkenntnisgewinn bringt. Hilfrei-

cher wäre es hier, anstatt Triggerbegriffe zu setzen, regelmäßig und konkret die Privilegien zu hinterfragen, insbesondere die eigenen.

Was hat das Ganze aber nun mit Friedensarbeit zu tun?

Es geht darum, die eigene Rolle und die eigene Position in der Gesellschaft zu hinterfragen und für andere und sich selber sichtbar zu machen. So funktioniert beispielsweise zivile Konfliktbearbeitung nur, wenn die eigene (Macht-)Position sichtbar und damit Bestandteil des Konfliktprozesses wird.

Hier weitergedacht, kommen wir schnell zu einem anderen „neuen“ Begriff in der Friedensbewegung. „Intersektional“ zu denken und zu sprechen hat in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen. Die AG Friedensbertha in der DFG-VK (zum vertiefenden Lesen sei www.friedensbertha.de empfohlen) lieferte dazu erste Arbeiten. Auch in der ZivilCourage sind zu Intersektionalität in der Friedensarbeit bereits Artikel erschienen (Ausgabe 01/2020, <https://verqueert.de/friedensarbeit-intersektional-denken-ein-symposium-mit-folgen-fuer-die-friedensarbeit/>). Einfach gesagt – wie es dort auch heißt –, „zielt Intersektionalität darauf ab, unterschiedliche gesellschaftliche Herrschaftsverhältnisse – und zwar Geschlecht, ‚race‘ und Klasse – in ihrer Verschränkung zu betrachten. Auf diese Weise können Diskriminierungen und Gewalt, von denen Menschen betroffen sind, besser verstanden werden. Gleichzeitig kommt der gesellschaftliche Hintergrund in den Blick, also die Herrschaftsverhältnisse, die die kapitalistische Gesellschaftsordnung strukturieren.“

Für die Friedensbewegung ergeben sich daraus konkrete Fragen. Im Hinblick auf Kriegsdienstverweigerung etwa: Welche Bedürfnisse haben migrantische junge Männer und Frauen? Wie spricht die Bundeswehr diese an und was können unseren Antworten sein?

Warum kommen wir so schwer in gemeinsame Bündnisse mit queeren, migrantischen oder auch klimabewegten Gruppen? Wo sind die Schnittlinien – wo die Intersektion?

Das ist nicht nur akademisch, sondern betrifft eine moderne Friedensbewegung, die auch anschlussfähig ist und neue Kreise gewinnen will.

Bei intersektionalen Kämpfen geht es stets um die Bekämpfung und Abschaffung von Herrschafts- und Machtstrukturen. Damit ist direkt ein gemeinsamer Punkt mit der Friedensbewegung offensichtlich. Frieden kann ebenfalls nur auf der Basis der Abschaffung von Machtstrukturen entstehen und gelebt werden. Damit entsteht die Chance, neue Allianzen zu schmieden: Rassismuskritische und feministische Sichtweisen erweitern das Spektrum der Friedensbewegung positiv. Sie helfen aus der Argumentationslücke, die entsteht, wenn Konflikte bereits ausgebrochen sind und positive, bündnisfähige pazifistische Lösungsansätze von Krisen kaum sichtbar sind.

Damit lässt sich beispielsweise Antirekrutierungsarbeit erweitern denken, sodass auch die Antirekrutierung von Frauen einbezogen wird. Indem man die zivile Friedens- und Konfliktbearbeitung intersektional begreift, können rassistische, paternalistische und geschlechtliche Ausschlüsse verhindert werden und neue Koalitionen gewonnen werden. Visionen von der Abschaffung von Militär und Atombomben würden plötzlich die europäisch-atlantische Sicht verlieren und andere Perspektiven – etwa kurdische – berücksichtigen.

Daraus entsteht ein bunter Strauß an weiteren Fragen und Ideen, die Stoff für weitere Artikel und vor allem Handlungen bieten.

Noch eine letzte Ergänzung: Hier nicht betrachtet habe ich weißen Cis-Feminismus, der ebenfalls – wenn auch auf andere Weise – ausschließend und paternalistisch ist. Aber auch hier finden – und durchaus länger als unter den Männern – Aushandlungen statt, mit Relevanz für die Friedensbewegung. Sinnvoll wäre es – und damit komme ich zum Ausgangspunkt

zurück – sich mit der Floskel „alter weißer Mann“ zu beschäftigen. Wie kann die Markierung der Position zur Reflexion anregen – wo wird sie hingegen abwertend genutzt. Die Debatte, aber insbesondere die Selbstreflexion, kann lohnen.

Ralf Buchterkirchen

Bundessprecher*in der DFG-VK

Was macht eigentlich der politische Geschäftsführer?

Kolumne von Michael Schulze von Glaßer

Die Ereignisse überschlagen sich: Der neugewählte US-Präsident Donald Trump hat angekündigt, die Ukraine nicht mehr militärisch unterstützen zu wollen – und den Fokus seiner Sicherheitspolitik grundsätzlich von Europa wegzuverlagern. Regierende Politiker*innen in Deutschland und anderen Ländern Europas reagieren panisch: Während ich diese Zeilen schreibe, will der designierte Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) mit einem Trick die „Schuldenbremse“ für Verteidigungsausgaben aussetzen – kommt dies durch, darf das Militär unendlich lange unendlich viele Schulden anhäufen. Zu der schon lange laufenden Diskussion um eine Reaktivierung des Kriegsdienstes kommt gerade noch eine um eine deutsche oder zumindest europäische Atombombe hinzu – es ist vollkommen wahnsinnig. Die Debatte hysterisch. Und auch fern jeder Rationalität. Denn wie wird Russland, aber auch China, auf eine massive europäische Aufrüstung reagieren? Mit Aufrüstung! Eine Rüstungsspirale, die der Zivilgesellschaft massiv schadet. Immerzu wiederholen wir in unseren Presseaussendungen den Satz: „Jeder Euro, Dollar oder Rubel, der ins Militär fließt, fehlt im Kampf gegen Menschheitsprobleme wie Pandemien, die Klimakatastrophe oder die zunehmende Armut!“ Der finanzielle Mangel in der Zivilgesellschaft wird nur noch weitere Konflikte schüren – und etwa einen weiteren Aufstieg der rechtsextremen „Alternative für Deutschland“ begünstigen.

Mir begegnen in den letzten Wochen vermehrt Friedensaktivist*innen, die ob der aktuellen sicherheitspolitischen Vorgänge den Kopf hängen lassen – ich mag es ihnen nicht verdenken. Die Lage ist eben bedrückend. Es gilt aber, sich aus diesem Loch herauszukämpfen: Verzweiflung sollte zu Wut über die aktuelle Politik und schließlich zu konkreten Aktionen wer-

den. Der Bundesverband bietet dazu gerne verschiedene Aktionssets (www.dfg-vk.de/aktionsmaterial) und Materialien (www.shop.dfg-vk.de) – von Transparenten und Fahnen über Aufkleber, Buttons und Flugblätter bis hin zu Trillerpfeifen und T-Shirts – an. Ziel ist es, euch für Aktionen bestmöglich zu unterstützen. Dafür kommt sogar unser Friedensmobil mit Aktionsmaterial bei euch vorbei (www.friedensmobil.dfg-vk.de).

Unser Verband hat schon viele sicherheitspolitisch heikle Zeiten überstanden. Wir sind zu Hochzeiten des Kalten Krieges auf die Straße gegangen und es gab – nach langer Zeit – Übereinkommen zu Abrüstungsmaßnahmen. Der INF-Vertrag, mit dem die Stationierung landgestützter Mittelstreckenwaffen in Europa verboten wurde, trat 1988 in Kraft. 2019 wurde der INF-Vertrag durch Donald Trump und später auch Wladimir Putin gekündigt. Wir müssen uns den Frieden zurückerkämpfen: Let's do it again!



Michael Schulze von Glaßer
Politischer Geschäftsführer
Kontakt: svg@dfg-vk.de

Ein Denkmal für Ludwig Baumann

Die Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz plant die Errichtung eines Denkmals für Ludwig Baumann in Hamburg-Wandsbek (Jenfelder Au). Ludwig Baumann war ein Wehrmachtsdeserteur, der sich aktiv für die Rehabilitierung der Opfer der NS-Militärjustiz einsetzte. Das Denkmal soll an sein Lebenswerk erinnern und den friedenspolitischen Widerstand gegen Kriege symbolisieren. Die Bezirksversammlung Hamburg-Wandsbek hat das Vorhaben offiziell unterstützt und stellt eine öffentliche Fläche bereit. Die Kosten für das Denkmal belaufen sich auf 30 000 Euro, wovon bisher etwa 8000 Euro gesammelt wurden. Nun wird bundesweit um finanzielle

und publizistische Unterstützung gebeten, damit das Denkmal realisiert werden kann.

Unterstütze das Denkmal mit Deiner Spende:

Spendenkonto:

Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz e.V.

IBAN: DE32 2905 0101 0015 1459 15

BIC: SBREDE22XXX

Stichwort: Denkmal Ludwig Baumann

Eine persönliche Entscheidung

Hiermit erkläre ich meinen Austritt aus der DFG-VK zum Jahresende 2024.

Den Ausschlag geben die Debatten um die Grundsatzklärung (GE) in den letzten Jahren seit dem Beginn des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine am 24.2.2022 und verschiedene Stellungnahmen zu dem Massaker der Hamas in Israel am 7.10.2023.

Mittlerweile wird die GE mehrheitlich und bindend in einer **radikal pazifistischen** Weise interpretiert. Die damit verbundene **Gewissheit**, dass kein Krieg – also auch kein Verteidigungskrieg – unterstützt werden darf, kann ich nicht teilen. Ich habe **Zweifel** und sehe nicht genug Raum in der DFG-VK, diese Zweifel an mancher Gewissheit öffentlich und solidarisch äußern zu dürfen. Es fehlt mir ein gemeinsames Ringen und Streiten um angemessene, sich verändernde und empathische Haltungen zu den schwierigen Fragen in und außerhalb der DFG-VK.

Meine persönlichen Zweifel-Anlässe, die in dem kompromisslosen Friedenskurs und der rigiden Anwendung der GE ihren Ursprung haben, sind stark beeinflusst bzw. bestärkt worden durch zahlreiche Lektüren: vor allem von Anne Applebaums „Die Achse der Autokraten“, Francesca Melandris „Kalte Füße“, Sophie Schönbergers „Zumutung Demokratie“ und Elisabeth Wehlings „Politisches Framing“. Die grundsätzlichen Überlegungen lassen sich kurz und knapp so zusammenfassen (für Anmerkungen und Nachfragen bin ich immer erreichbar unter werner.glenwinkel@t-online.de):

1. Der Krieg – die Menschheit?

Ich habe zunehmende Zweifel an der GE: „Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten“. Ich kann immer weniger der Behauptung, **der Krieg** sei ein Verbrechen an **der Menschheit**, folgen. Ist nicht jeder Krieg menschengemacht? Wer begeht dann die **Verbrechen** an der Menschheit, also an uns, allen Menschen dieser Erde?

Krieg wird in der GE – auch mit Bezug auf Bertha von Suttner – militärisch verstanden. Brauchen wir nicht heutzutage einen neuen, vielfältigen und dem Stand der technischen Entwicklungen angepassten Kriegsbegriff? Neben der militärischen Kriegführung kann man meines Erachtens auf allen Kriegsschauplätzen der Welt Formen **hybrider Kriegführung** beobachten: den Kampf um die Meinungsherrschaft; den Kampf um das Recht; den Kampf gegen die Zivilgesellschaft; den Kampf gegen die körperliche Integrität der Frauen (und zunehmend auch der Männer).

2. Krieg oder Frieden?

Krieg oder Frieden – wenn das so einfach wäre. In den heutigen politischen Auseinandersetzungen werden wir zunehmend mit dieser Alternative konfrontiert. Von manchen als wählbare Alternative plakatiert; von anderen als Gegensatzpaar formuliert, so, als ginge es um eine Ent-

scheidung zwischen Gut und Böse. Dem stehe ich sehr skeptisch gegenüber. Friede entsteht nicht automatisch durch die Abwesenheit von Krieg. Ein Waffenstillstand gewährt keinen Frieden. Denn nach meiner Überzeugung wird Krieg geführt, um das **Recht des Stärkeren** durchzusetzen und dadurch **Grenzen** verletzen zu dürfen. Friede entsteht deshalb dauerhaft erst dann, wenn die **Herrschaft des Rechts** in Form von demokratischer Rechtsstaatlichkeit gewährleistet werden kann. Ist deshalb nicht allein das Recht (im Sinne rechtsstaatlich verfasster Regeln auf regionaler, nationaler und globaler Ebene) als verlässlicher Maßstab zur Bestimmung von Krieg und Frieden geeignet? Warum haben sich diese heftigen Debatten erst am Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine entzündet? Warum nicht an dem Bürgerkrieg in Myanmar? Warum nicht am Krieg im Sudan? Warum nicht in ... – es hätte schon früher viele Anlässe gegeben, deutlich(er) zu zeigen, ich will keine Art von Krieg unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitarbeiten.

3. Entweder-oder?

Ich bezweifle zunehmend den Wert von scheinbar klaren Alternativen im Entweder-oder-Modus wie Frieden schaffen ohne Waffen oder mit Waffen, Diplomatie statt Waffen, Verhandeln statt Schießen. Jedes Entweder-oder birgt die Gefahr in sich, ein eindimensionales Weltbild zu befördern und die Welt in zwei Lager zu teilen – zum Beispiel in Gut und Schlecht, Richtig und Falsch, Zulässig und Unzulässig. Dafür sind die Konflikte der heutigen Zeit viel zu sehr miteinander vernetzt, als dass das Parteiergreifen **da-für** oder **dagegen** hilfreich sein könnte. Es führt zu oft in die Irre und wird der Komplexität der Konfliktgeschichten nicht gerecht. Der Krieg, den Israel nach dem Massaker vom 7. Oktober 2023 begonnen hat, führt in vielen Ländern zu Parteinahmen pro Palästina. Wie voreilig bis leichtfertig solche Demonstrationen sein können, zeigt Wolfgang Kraushaar mit seinem aktuellen Buch **Israel: Hamas, Gaza, Palästina – Über einen scheinbar unlösbaren Konflikt**. Die Situation ist so kompliziert und verfahren, so von gegenseitigem Nichtverstehen und Aggression, von Gewalt und Hass bestimmt, dass weder historische Letztbegründungen noch eindeutige Parteinahmen weiterhelfen. Es gilt, die Spannung zwischen Sowohl und Als-auch auszuhalten und dann nach diplomatischen Grautönen zu suchen.

4. Meine Sicht – deine Sicht?

Ich zweifle an dem Sinn der Frage „Wie hältst du es mit den Waffenlieferungen?“. Sie hat zu heftigen Auseinandersetzungen geführt – in Freundeskreisen und Familien, in politischen Gruppen und zwischen Nationen. Sie führt meines Erachtens in eine Sackgasse, weil sie nicht ein für allemal beantwortet werden kann. In den fast drei Jahren in der Ukraine haben sich die Verhältnisse verändert und damit können sich auch Meinungen ändern. Was sich nicht ändert, ist, dass wir in Deutschland von außen urtei-

len und bewerten. Wir sind nicht vom realen Kriegsgeschehen betroffen. Wir müssen anerkennen, dass die vom Kriegsgeschehen betroffenen Menschen eine andere Sicht haben: Sie erleben das Leid und die Zerstörung hautnah, sie möchten dies mindestens so schnell wie wir beendet sehen. Allerdings sehen sie auch, wer sie unterstützt und Hilfen anbietet und wer sich dem verweigert. Sie spüren die aggressive Gewalt am eigenen Leibe. Sie erleben die Forderungen, doch endlich nachzugeben und mit dem Kämpfen aufzuhören, damit es „Friede“ werde, oft als Zustimmung und Ungerechtigkeit.

Nehmen wir für einen Moment an, die russische Angriffsstrategie wäre im Februar 2022 aufgegangen: Dann wäre Kiew besetzt, die ukrainischen Institutionen wären entmachteter worden, die gewählten Politiker wären inhaftiert, vielleicht auch getötet worden. Manche westlichen Beobachter mögen diese Entwicklung für vorteilhaft gehalten haben. Das Land hätte kapitulieren müssen. Russland hätte die Annexion des ganzen Landes vollenden können. Das hätte in der Tat drei (und vielleicht noch mehr) Jahre Krieg vermieden, mit allen dramatischen Folgen. Wäre damit ein Zustand des Friedens erreicht? Soweit ich ukrainische Stimmen kenne, ist die Meinung einhellig Nein. Und wie hätte der dann von der ukrainischen Bevölkerung allein zu zahlende Preis ausgesehen? Statt zerstörter Häuser wären zerstörte Institutionen zu besichtigen. Statt des Sterbens von Soldaten hätten vermehrt Verhaftungen und Erschießungen stattgefunden. Anstelle der zerstörten Landschaft hätte es einen Ausverkauf an Kultur und Kreativität gegeben. Anstelle des innenpolitischen, demokratischen Ringens um die politische Ziel-Richtung wäre es zu einer strengen Besatzungsmacht gekommen. Statt sich entwickelnder Freiheitsrechte hätte sich das aus Russland bekannte System der Unterdrückung und Repression breitgemacht.

Kurz: Gewalt, das Sterben und das Leiden dürfen nicht gegeneinander aufgerechnet werden. Für diejenigen, die betroffen sind, ist es egal, aus welchem Kontext die Gewalt entstanden ist. Zunehmend gibt es eine besonders gewalttätige Form der Gewalt, die einen **gewaltfreien Umgang** noch schwieriger bis unmöglich macht: Es geht um explizit **eliminatorische Gewalt**.

5. Frieden schaffen ohne Waffen?

Ich (ver-)zweifle an der Forderung nach „Frieden schaffen ohne Waffen“. Angesichts der weltweiten Waffenproduktion, des weltweiten Handels mit Waffen und der weltweiten Anwendung all dieser Waffen ist diese Forderung ein frommer und zunächst unerfüllbarer Wunsch. Diese Forderung ist naiv (im wahren Sinne des Wortes), denn sie wäre nur umsetzbar, wenn alle Staaten dieser Welt auf Waffen verzichten würden und dafür sorgen könnten, dass nichtstaatliche militärische Gruppierungen (zum Beispiel Wagner, Hisbollah, Hamas) sich nicht bewaffnen könnten. Jedermann weiß, es kann der Frömmste nicht in Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbarn nicht gefällt.

Nehmen wir „Diplomatie statt Waffen“ einmal beim Wort.

Auf die Situation in der Ukraine bezogen, wird behauptet: Im Dilemma zwischen der Alternative A: **der Ukraine militärisch zu helfen mit dem Ziel, sie vor der Unterwerfung durch Putin-Russland zu bewahren** und der Alternative B: **weiteres massenhaftes Töten und Sterben ganzer Städte und Eskalationsgefahr bis zum Atomkrieg zu vermeiden** bietet sich die Soziale Verteidigung (SV) als

„wirksame Form der Gegenwehr“ an (so der Beitrag von Martin Arnold „Information und Abwägung: Den Krieg im Frieden gewinnen!“ in „Bedrohter Diskurs“, Seite 227 ff.). Eine wirksame Form der Gegenwehr? Ich zweifle an diesem Konzept, das nicht weniger voraussetzt als die Veränderung der „Verwurzelung des Handelns im Menschenbild“: von dem schädigenden, gewaltvollen Handeln zu einer inneren Kraft, das Gute zu tun. Dafür müssen wir Menschen – jede und jeder von uns – das eigene Verhalten ändern und Widerstandskraft im Sinne von Zivilcourage (= nicht bedingungslos zu gehorchen) als selbstverständliche Haltung erlernen. Folgt man diesen Überlegungen, dann wird sehr schnell klar, dass SV eben aktuell keine wirksame Form der Gegenwehr sein kann – sondern allenfalls in späteren Zeiten werden könnte.

6. Sicherheit neu denken?

Die DFG-VK ist an dem Konzept „Sicherheit neu denken. Von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik. Ein Szenario bis zum Jahre 2040“ beteiligt. Nach meiner Vorstellung müsste dieses Konzept aber bis zu ihrem 150-jährigen Bestehen im Jahre 2042 zum Schwerpunkt der Friedensarbeit in der DFG-VK werden. Denn dieses Konzept ist mehr als eine Vision. Es ist ein realistischer, ein sichtbarer Weg, den wir „nur“ ernsthaft einschlagen müssen. Wir, das sind die bisherigen Macher der Evangelischen Landeskirche in Baden. Es müssten aber deutlich mehr öffentliche Unterstützer dazukommen: nämlich weitere Landeskirchen, dann die EKD, die katholische Kirche in Deutschland, die friedensorientierten NGOs, die Friedens- und Konfliktforschungsinstitute. Schließlich müsste mindestens eine politische Partei als programmatischer Träger dieses Konzepts sichtbar werden. Die öffentlich-rechtlichen Medien könnten dieses Thema immer wieder einstreuen. Letztendlich käme es darauf an, dieses Konzept alltagstauglich zu machen, also einer großen Menge von engagierten Menschen im Zivilschutz, beim THW, bei der Feuerwehr, in den Sportvereinen zu zeigen, dass und was sie zu einem neuen Sicherheitsbewusstsein beitragen können.

Es gibt Theorien, nach denen ca. 25 % der Bürger und Bürgerinnen, die sich diesem Denken verpflichtet fühlen, ausreichen würden, um einen Kipppunkt herbeizuführen. Dann hätte das Konzept der SV im Kontext von „Sicherheit neu denken“ die Chance, zu einem gesamtgesellschaftlichen Verteidigungskonzept zu werden, in dem **Sicherheit** weit gefasst werden würde als Sicherheit vor Katastrophen wie Krieg, Klimawandel, KI-Folgen und weltweite Krankheiten. Damit könnte ein Wechsel von der herrschenden **Militärlogik** in eine sich stetig verstärkende **Friedenslogik** gelingen.

In Bezug auf diese Vision ist meine Gewissheit sehr stark und sind die Zweifel einer Mehrheit in der DFG-VK vermutlich (noch) sehr groß.

PS: Die Forderung „Diplomatie statt Waffen“ bekommt nach der Zeitenwende durch Präsident Trump eine neue Bedeutung: Diplomatie mit Geld-Macht-Deals plus Täter-Opfer-Umkehr plus Ende der Herrschaft des Rechts ermöglichen einen Waffenstillstand. Dann schweigen die Waffen. Vorerst. Aber ohne die Anerkennung der Herrschaft des Rechts auf allen Ebenen wird diese „Diplomatie“ dauerhaft nicht zum Frieden führen.

Werner Glenewinkel

Gegen Schubladendenken und Ausgrenzung

Seit Herbst vergangenen Jahres wird auf der DFG-VK-Website eine Broschüre mit dem Titel „Versuche rechter und verschwörungsideologischer Einflussnahme auf die Friedensbewegung“ beworben. Auf 27 langen Seiten erklärt der Autor L. Teidelbaum, warum große Teile der Friedensbewegung seiner Meinung nach durch Kontakte mit Rechten oder sogenannten „Rechtsoffenen“ diskreditiert sind. Der verbliebene, prinzipientreue Teil müsse sich klar abgrenzen und darauf konzentrieren, ein paar „rechtsoffene“ Vertreter der traditionellen Friedensbewegung zu überzeugen, die noch nicht allzu weit vom geraden Weg abgekommen sind. Vertreter des „Antiamerikanismus“, „Pandemie-Leugner*innen“ und Anhänger von „Verschwörungstheorien“ will er auf jeden Fall nicht dabei haben.

Natürlich müssen wir Faschisten, Rassisten und andere Menschenfeinde aus unseren Aktionen und Organisationen heraushalten. Doch Ideen, wie wir Menschen, die sich für Frieden einsetzen wollen, rechtsextremem Einfluss entziehen können, entwickelt Teidelbaum nicht. Stattdessen schlägt er nur Ab- und Ausgrenzung vor. Ausgrenzung auch von Teilen der Friedensbewegung, die Rassismus und autoritären Staat ablehnen. Ausgrenzung auch von Menschen, die im politischen Spektrum schwer einzuordnen sind, aber eindeutig nicht rechtsextrem. Vorbildlich findet er hingegen Gruppen wie die amab, eine kleine Gruppe, die als Wortführer der DFG-VK Berlin-Brandenburg in unserer Organisation seit einigen Jahren mit rüpelhaftem Benehmen gegenüber „Schwurblern“ und allen, die nicht ihre Meinung teilen, auffällt.

Die Mitherausgabe der Broschüre und ihre aktive Bewerbung erwecken den Anschein, dass diese Vorgaben in unserer Organisation als verbindlich gelten. Viele Mitglieder der DFG-VK, mit denen wir gesprochen haben, sehen das als direkten Angriff auf die eigene Friedensarbeit. Vielleicht teilen sie einige der inkriminierten Positionen, weil sie zum Beispiel manche der staatlichen Eingriffe während der Coronajahre für überzogen halten. Oder weil sie die Hegemonialpolitik der USA für etliche Kriege der letzten 30 Jahre verantwortlich machen. Oder sie arbeiten mit Menschen und Menschengruppen zusammen, die laut Broschüre nicht zum prinzipientreuen Teil der Friedensbewegung gehören. Manche haben auch schon angedeutet, dass sie unter diesen Umständen einen Austritt aus der DFG-VK in Erwägung ziehen, und einige haben ihn tatsächlich schon vollzogen.

Wir wünschen uns einen fairen und respektvollen Umgang der Friedensbewegten untereinander und mit Menschen, die anderer Meinung sind. Nur so kann es uns gelingen, in die Gesellschaft zu wirken und andere zu überzeugen, dass friedliche Lösungen möglich sind. Die Friedensbewegung ist und war schon immer ein Sammelsurium aus verschiedensten Gruppen mit unterschiedlichen ideologischen Ausrichtungen und gesellschaftlichen Hintergründen. Heute ist eine starke Bewegung gegen die aktuelle Atomkriegsgefahr, gegen den Aufbau einer „kriegstüchtigen“ Gesellschaft und für ein Ende der mörderischen Kriege wichtiger denn je. Mit

Rassisten, Faschisten und anderen menschenfeindlichen Gruppierungen wie AfD oder gar NPD-Die Heimat darf es dabei keine Zusammenarbeit geben. Rassismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen. Wer einmal gelernt hat, Rassismus zu erkennen, braucht dafür keine Broschüre mehr (falls doch, empfehlen wir diese Studie der Informationsstelle Militarisation: <https://kurzlinks.de/afd-keine-friedenspartei>). Konzentrieren wir unsere Abgrenzung auf diejenigen, bei denen sie wirklich nötig ist.

Um die problematischen Grundannahmen der Broschüre herauszuarbeiten und eine fruchtbare interne Debatte in der DFG-VK anzuregen, haben wir ein Diskussionspapier formuliert. In dieser Erwiderung setzen wir uns anhand zahlreicher Textbeispiele kritisch mit der Argumentation von Teidelbaum auseinander. Das gilt etwa für sein Schubladendenken und undifferenzierte Analysen, die aus unserer Sicht auf einer Verharmlosung der NATO und dem Prinzip der Kontaktschuld aufbauen. Im Gegensatz zu Teidelbaum, der grundsätzlich eine maximale Abgrenzung befürwortet, plädieren wir für ein sorgfältiges Abwägen mit Augenmaß, die Bereitschaft zum Zuhören und die Wahrnehmung von Nuancen und Zwischentönen – auch gegenüber abweichenden Meinungen.



Die Autoren **Silke Dumno, Jan Menning und Jörg Rode** sind Mitglieder der DFG-VK in Frankfurt am Main und Mainz. Ihre Analyse der Teidelbaum-Broschüre "Einflussnahmen auf die Friedensbewegung – ein Diskussionspapier" ist downloadbar unter

<https://kurzlinks.de/teidelbaum-kritik>.

Über „Einflussnahmen auf die Friedensbewegung – ein Diskussionspapier“ von Silke Dumno, Jan Menning und Jörg Rode

Sie sind sich ihrer Sache so sicher, dass sie auf gleichwertiger Veröffentlichung mit der Broschüre von Lucius Teidelbaum bestehen und inhaltliche Bedenken oder auch nur technische Probleme für vorgeschobene Formalia halten. Hätten sie selbst mehr auf Formalia, zum Beispiel genaues Lesen, geachtet, bliebe ihnen manche Kritik erspart. So aber müssen sich die Autor*innen dieser Schrift sagen lassen, dass sie ihr Thema verfehlt haben.

Es beginnt schon mit ihrer Behauptung, Teidelbaum teile die Friedensbewegung in Gruppen ein (S. 3). Was er einteilt, sind die Teilnehmer*innen von Friedensdemonstrationen. Nicht einmal die Absurdität der Annahme, jemand könne die extreme Rechte zur Friedensbewegung zählen, hält die Autor*innen davon ab, diese angebliche Teidelbaumsche Gruppe der Friedensbewegung immer wieder zu skandalisieren. Zusätzlich unterstellen sie ihm, nur eine Gruppe als legitim zu betrachten (S. 3), während er sich nirgends so äußert. Das Ziel seiner Broschüre definieren sie, und zwar so: „eine Einflussnahme extrem rechter Akteure wie AfD oder NPD-Die Heimat aufzudecken und zu verhindern“ (S. 3). Auch das steht nirgends; Teidelbaums Analyse geht weit über die erkennbare extreme Rechte hinaus, in die Grauzonen, wo es für die Friedensbewegung wirklich gefährlich ist. Da die Autor*innen das ignorieren, finden sie auch nur wenige Stellen, an denen es um die demagogische Behandlung der Friedensfrage durch die extreme Rechte geht (S. 3); über die demagogische Behandlung der Friedensfrage durch andere Rechte schreibt Teidelbaum jedoch zehn Seiten lang, nämlich über die „neue Friedensbewegung“, über die die Autor*innen bei ihm nichts gelesen zu haben meinen (S. 4).

Die Autor*innen setzen willkürlich Schwerpunkte: Sie erklären Rassismus zum „entscheidende(n) und gefährlichste(n) Element des aktuellen europäischen Rechtsextremismus“ (S. 3) (nicht etwa zum Beispiel die Etablierung autoritärer Systeme). Teidelbaum blende Rassismus weitgehend aus – was nicht stimmt, bei neun Fundstellen, darunter dem Hinweis auf Rassismus als wohlbekanntes Problem der politischen Mitte. Die Autor*innen haben sich so aber eine komfortable Argumentationsgrundlage geschaffen: Wer sich nicht explizit rassistisch äußert, darf von Teidelbaum nicht kritisiert werden.

Was in der Broschüre an USA- und NATO-Kritik steht, reicht den Autor*innen nicht aus; sie halten es

für Abwürgen von Kritik (S. 4). Mit dem Begriff „Antiamerikanismus“ fremdeln sie (S. 4), lasten das aber Teidelbaum an. Wissen sie nicht, dass Antiamerikanismus bereits ein Ideologem der alten Nazis war, und kennen sie wirklich niemanden, die*der Blue Jeans aus politischen Gründen ablehnt (S. 4)? Ich habe so oft von „amerikanischer Unkultur“, „Kosmopolitismus“, „verjudeten Institutionen“ reden hören, dass ich das nicht glauben kann. Und denken sie nicht, dass Nationalismus (S. 5; auch hier geben sie Teidelbaum falsch wieder) ein Bestandteil von Antiamerikanismus ist? Man sollte nicht eine ausführliche Beschreibung der US-Außenpolitik erwarten, wo sie nicht zum Thema gehört, aber für Begriffe offen sein, auch, wenn sie in ungewohnten Zusammenhängen daherkommen.

Mit eigener Interpretation verstellen sie schließlich auch den Begriff Verschwörungsideologie (S. 6). Die Erkennungszeichen für Verschwörungsideologie, die Teidelbaum herausgearbeitet hat, erkennen sie nicht an; stattdessen bringen sie Beispiele, zum Teil unpassende, ohne jede theoretische Aufarbeitung. Und nur noch staunend steht man vor ihrer Uninformiertheit über die Ramstein-Kampagne, die „Freien Linken“ oder die Entwicklung der „Nachdenkseiten“ (S. 6-7).

Es gäbe noch mehr anzumerken, aber es ist diese Art der Argumentation, die ihren Text prägt. Und es prägt ihn ihre Art der Darstellung, wo Interpretationen vor Fakten rangieren und suggestive Überschriften die Aufmerksamkeit der*des Lesenden lenken.

Bleibt die Frage an die Autor*innen, warum sie nicht sauber gearbeitet haben. Konnten sie nicht – oder wollten sie nicht? Sicher sorgen sie sich um die Friedensbewegung. Aber Teidelbaum tut das auch. Besser, sie befassten sich tatsächlich mit seiner Broschüre. Dann können sie immer noch kritisieren.

Zu meinem ausführlichen Text hier: <https://dfg-vk.de/debatte-rechte-einflussnahme-auf-die-friedensbewegung/>.

Cornelia Mannewitz

Mitglied des BundessprecherInnenkreises

Menschenkette 1983

Wir fanden's toll!!!

Paul J. Brinkmann,
Wir fanden's toll!!!,
in: Die
Menschenkette. Ein
Rückblick, hrsg. von
DFG-VK Baden-
Württemberg,
Karlsruhe 1984, S.
6-11 (Paul J.
Brinkmann war
Mitarbeiter im
Aktionsbüro Herbst
'83 der
Friedensbewegung
in Süddeutschland

Wir verweisen hier
auf einen Artikel der
Stuttgarter
Nachrichten aus
dem Jahr 2003, den
wir netterweise noch
einmal
veröffentlichen
durften. Diesen
findet ihr unter
zivilcourage.dfg-vk.de/menschenkette-1983
oder unter
folgendem QR-
Code.



„... ein Mensch in grüner Uniform mit einem Sprechfunkgerät kurz vor 13 Uhr: ‚Wir haben's geschafft, die Kette ist geschlossen.‘

Drei Monate früher sah das noch anders aus. ‚Was gilt die Wette - wir schaffen die Kette‘, so hieß der fröhlich-trotzige Spruch, mit dem wir unsere eigene Skepsis überspielen wollten. Und an Skepsis hat es wahrlich nicht gefehlt, von Bauchschmerzen war die Rede, und davon, dass sich ein paar vereinzelte Hansele droben auf der Alb vor Langweile die Beine in den Bauch stehen und kurz vor dem Erfrieren mit Frust im Bauch von dannen schleichen. Eigentlich war der Vorschlag nur akzeptabel, weil er versuchte, zwei andere Aktionsformen zu verbinden: die gewaltfreie Blockade der Wiley Barracks (selbst von vielen aus der Friedensbewegung mit Gewalt und Chaos assoziiert, völlig zu Unrecht, wie sich herausstellte) und die Großkundgebungen in Stuttgart und Neu-Ulm. Auf reservierte Zustimmung gestoßen, entwickelte dann die fantastische Idee der 108 km langen Demonstration quer durch's ‚Raketnland‘ ihre Eigen-dynamik. Die Kette zog: Alle, die die neuen Mittelstreckenraketen verhindern wollten, fühlten sich einzeln für das Gelingen der Kette verantwortlich. Es war ein Rahmen gefunden worden, in dem jede Initiative, jedes Individuum sich und seinen Friedenswillen darstellten konnte, ohne dabei in einer Masse unterzugehen, wo es sich auf seine Art als wichtig erkannte und sich gleichzeitig verbunden wusste mit Hunderttausenden. Jeder Kettenabschnitt konnte frei gestaltet werden ... Die Kette übte einen Leistungszwang aus, denn schließlich wollte kei-

ne Gruppe ausgerechnet im eigenen Abschnitt eine Lücke entstehen lassen. Dieser Leistungsdruck wurde allerdings nicht zu einem negativen Erlebnis, sondern setzte ungeahnte Kreativität und Engagement frei ...

War die Menschenkette nun ein Erfolg? Die Volksversammlungen sollten die Bewegung gegen die neuen Mittelstreckenraketen verbreitern und verschärfen. Zumindest das erste ist mit dieser Aktionsform erreicht, denn es wurden Leute an eine Protestform herangeführt, die sich vorher noch nie an Demonstrationen beteiligten. Die Erwartungen der Gegenseite gingen nicht auf: die Friedensbewegung wächst weiter, sie lässt sich nicht als kommunistisch gesteuert darstellen und auch nicht kriminalisieren. .. Die Volksversammlungen machten die Stärke der Friedensbewegung deutlich und rückten das Gerechte von der radikalen Minderheit ins rechte Licht. Die Volksversammlungen gaben den Beteiligten neue Kraft, waren innerengerichtet und fanden von Seiten der Teilnehmenden und der Beobachter eine Zustimmung wie keine Aktion der Friedensbewegung ... Die Kommentatoren der Presse irren, wenn sie von Generalstabsarbeit reden, von einem Aktionsbüro, das Hunderttausende fest im Griff hat. Das Aktionsbüro hatte nicht einmal die Kontaktpersonen an den Kettenorten richtig ‚im Griff‘. Das militaristische Denken vernebelt den Blick darauf, dass die Friedensbewegung nicht nach dem Prinzip Befehl-Gehorsam funktioniert ...

Während die Idee der Kette in lokalen Friedensgruppen die Fantasie beflügelte und krea-

tive Energie zur Vorbereitung freisetzte, fanden im Koordinierungsausschuss und Aktionsbüro teilweise scharfe Auseinandersetzungen statt, nicht sonderlich friedlich, auch nicht offen und ehrlich - ein schmerzhafter Prozess ... Tatsachen werden geschaffen, z.B. Briefe ohne Absprache an die DDR-Vertretung geschickt oder Plakate ohne Absprache mit SS20 bedruckt und in ihrem politischen Inhalt verändert ... Damit einher ging ein undifferenziertes Verteufeln des jeweils anderen Lagers. Diese Auseinandersetzungen blockierten die praktische Arbeit im Büro,

weil Material nicht rechtzeitig zur Verfügung stand und u.U. die Menschenkette finanziell gefährdet hätte. Die Auseinandersetzungen wurden zu einem internen Geklüngel eines abgehobenen Insiderkreises, das zum Teil von Außenstehenden nicht nachvollzogen oder auch gar nicht erkannt werden konnte. Ansprüche nach offener, gewaltfreier Konfliktlösung und Konsens in der Aktion gingen unter im Taktieren und Faktenschaffen hinter dem Rücken der anderen ... Die Menschenkette von Stuttgart nach Neu-Ulm am 22.10.1983 war wohl die markanteste Aktionsform anlässlich der symboli-

schen Widerstandstage gegen die Raketenrüstung in Europa und die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik. Kein kilometerweites Nebeneinander - die Kette hat ein solidarisches Miteinander von Mensch zu Mensch auf nie dagewesene Weise sichtbar gemacht. Das freiwillige Verknüpfen von 300.000 oder 400.000 oder mehr Menschen war das unübersehbare Symbol des Friedenswillens von Millionen. Der Händedruck von Mensch zu Mensch - er ließ für einen Moment durchscheinen: die Utopien von heute sind die Wirklichkeit von morgen."

Kommentar Guido Grünewald:

Eine Aktionskonferenz der Friedensbewegung hatte im April 1983 beschlossen, anstatt zu einer Großkundgebung zu drei regionalen „Volksversammlungen“ in Nord-, West- und Süddeutschland (später kam Westberlin hinzu) aufzurufen. Auf der Ulmer Aktionskonferenz der süddeutschen Friedensgruppen im Juni 1983 kam es in erregter Stimmung zu einer Blockade: radikale Grüne und gewaltfreie Aktionsgruppen propagierten eine gewaltfreie Massenblockade der Wiley Barracks in Neu-Ulm, andere beharrten auf einer Großdemonstration in Stuttgart (Sitz des EUCOM = United States European Command). Ulli Thiel (Geschäftsführer des Landesverbandes Baden-Württemberg) gelang mit dem Vorschlag der verbindenden Menschenkette zwischen beiden Orten - vielleicht inspiriert durch die circa 14 Meilen lange Menschenkette zwischen Greenham Common (Stationierungsort der Cruise-Missiles), Aldermaston (Atomwaffenlaboratorium) und Burghfield (Atomwaffenfabrik) mit ca. 70 000 Teilnehmer*in-

nen am Karfreitag 1983 - die Quadratur des Kreises: vor Kettenbeginn die Blockade der Wiley Barracks, nach Kettenschluss die Kundgebungen in Stuttgart und Neu-Ulm.

Während der monatelangen Vorbereitungsphase der Menschenkette kam es im Aktionsbüro und im Koordinierungsausschuss (KA) der süddeutschen Friedensgruppen wiederholt zu heftigen Auseinandersetzungen. Im August wäre es fast zur Spaltung gekommen. Der KA hatte beschlossen, Stefan Heym als Repräsentant der unabhängigen Friedensbewegung in der DDR für eine Rede einzuladen. Der DFU-Vertreter im Büro verschickte ohne Absprache parallel Briefe an die Ständige Vertretung der DDR in Bonn und an den Friedensrat der DDR mit einer distanzierenden Qualifizierung der „sog. ‚nicht-staatlichen, unabhängigen‘ Friedensbewegung der DDR“ und einer Achtungsbezeugung für „die zweifellos ernsthaften Friedensbemühungen der DDR und der anderen sozialistischen Staaten“.

Stefan Heym sagte schließlich ab; bei der Kundgebung in Neu-Ulm sprach der im Juni von der DDR ausgebürgerte Roland Jahn. Unmittelbar vor dem 22. Oktober ließen einige Mitarbeiter im Büro auf einen Teil der Aktionsplakate neben Pershing II und Cruise-Missiles auch SS-20 drucken; das entsprach zwar dem Empfinden großer Teile der Bewegung, war aber nicht Konsens und erfolgte ebenfalls ohne Absprache.

Der Überblick von Paul J. Brinkmann und die insgesamt erfreulich offenherzige Dokumentation des IV Baden-Württemberg zeigen, dass es auch damals in der Friedensbewegung große Meinungsverschiedenheiten gab und hinter den Kulissen teils heftige Machtspielchen stattfanden. Dennoch gelang es, mit der Menschenkette über die Schwäbische Alb eine enorme Herausforderung zu bewältigen, auch, weil viele Menschen an der Basis beteiligt waren, die ihren Friedenswillen unbedingt bekunden wollten, und weil letztlich doch ein gemeinsames Ziel vorhanden war.

80 Jahre Ende des Faschismus

5 Fragen an Wolfram Wette Historiker und Friedensforscher

1. 80 Jahre Ende des Faschismus in Deutschland – es gibt kaum noch Zeitzeug*innen und die AfD und andere rechte Kräfte arbeiten an Geschichtsklitterung: Wie halten wir die Lehren aus der NS-Zeit im Gedächtnis der Menschen?

Unsere Erinnerungskultur ist ein zerbrechliches Gebilde. Das Nicht-Wissen und das Vergessen nehmen zu. Nach einer Umfrage der Jewish Claims Conference wissen etwa 40 Prozent der 18- bis 24-Jährigen in Deutschland nicht, dass in der Zeit des Nationalsozialismus sechs Millionen Jüdinnen und Juden ermordet wurden. Zwölf Prozent der Jugendlichen erklärten, vom Holocaust noch nie gehört zu haben. Noch größer dürfte das Nichtwissen über den deutschen Angriffskrieg auf die Sowjetunion vom 22. Juni 1941 sein, dem 27 Millionen Menschen dieses Landes zum Opfer fielen. Das sind alarmierende Vorgänge, die in ihren Wirkungen weit in das Feld der Politik hineinreichen, auch in die Beziehungen zwischen Deutschland und Russland. Jahrzehntlang haben uns die traditionsreichen Parolen „Nie wieder Krieg!“ und „Nie wieder Faschismus!“ eine wegweisende Orientierung gegeben. Jetzt können wir nicht mehr sicher sein, in welchem Umfang sie noch wirksam sind.

Das entstandene Vakuum wird von den Rechtsextremen seit mehr als einem Jahrzehnt für ihre eigenen Zwecke genutzt. Sie reden von einem schädlichen „Schuldskult“, dem sich die Deutschen verschrieben hätten; sie versuchen, die Nazi-Zeit zu einem „Vogelschiss in der 1000-jährigen deutschen Geschichte“ kleinzureden; sie werben mit antidemokratischen, nationalistischen, völkischen und fremdenfeindlichen Parolen. Es droht eine schlechende Normalisierung rechtsextremistischer Den-

kens in größeren Teilen der Gesellschaft unseres Landes. Jahrzehntlang galt die Einsicht, dass unsere Republik als Antiprogramm, als Gegenstück zur Nazi-Barbarei konzipiert wurde und auch mit Leben erfüllt werden konnte. Wir fühlten uns gestützt durch den demokratischen Rechtsstaat und das Friedensgebot unserer Verfassung. Anders als in „Weimar“ wurde dieser politische Rahmen in der Bundesrepublik über viele Jahrzehnte hinweg allseits akzeptiert. Nun müssen wir uns fragen, in welchem Ausmaß diese Errungenschaften inzwischen brüchig geworden sind.

Wie konnte es dazu kommen? Wie nehmen wir heute die Kapitulation der deutschen Wehrmacht am 8. Mai 1945 und die Befreiung von der terroristischen Nazi-Diktatur wahr? Drei Generationen sind seitdem nachgewachsen. Aus den individuellen Erinnerungen der Kriegsgeneration ist das erlernte – oder eben nicht erlernte – Wissen der Enkel- und Urenkelgeneration geworden. Die Konturen des Zivilisationsbruchs der Nazi- und Kriegszeit sind blasser geworden.

Die niederländische Geschichte mit den Fluten und den Deichen kann uns helfen, die sich wandelnde Geschichte von „Vergangenheitsbewältigung“ und „Erinnerung“ besser zu verstehen – zugleich auch die möglichen Folgen der heute drohenden Gefahren der Vergessens und Beschönigens. Eine wissenschaftliche Untersuchung zu den Flutkatastrophen in Holland, die das Land im Laufe der Jahrhunderte immer wieder verwüstet haben, führte zu der folgenden Erkenntnis: Die schwersten Deichbrüche geschahen immer wieder in einem Abstand von ungefähr 100 Jahren. „Nach jeder Katastrophe hat die zu dieser Zeit lebende Generation, die den Dambruch erlebt hat, mit aller Kraft an der Wiederherstellung und Pflege der Deiche gearbeitet. Die nächste Generation hat sich noch gut um den Schutz vor den Fluten gekümmert, weil sie dies von den Alten so gelernt hatte. Aber schon die dritte Generation, die die Katastrophe nicht mehr aus eigenem Erleben kannte, hat sich kaum noch um den Erhalt der Deiche gekümmert. Es war doch alles in Ordnung, es war doch schon lange nichts mehr passiert, die Sicherheit war doch selbstverständlich. Und so wurden die ersten Risse in den Dämmen von vielen nicht ernst genommen. Man wurde oft erst dann wieder aktiv, wenn es schon zu spät war.“

Ähnlich scheint sich die politische Lage in unserem Land zu entwickeln: „Die Dämme bekommen schon wieder an vielen Stellen Risse. Teils aus Unkenntnis, teils aus grober Missachtung unseres historischen Erbes, teils aus gewissenlosem politischem Kalkül und einer erschreckenden Verrohung des Denkens und Handelns in Teilen der Gesellschaft.“ In dieser Lage braucht es natürlich eine

verstärkte historisch-politische Bildung, um den nachgewachsenen Generationen die grundlegenden „Nie wieder!“-Lehren zu erklären und sie mit Leben zu erfüllen.

2. Wie war es um die DFG während der NS-Zeit bestellt?

Der erste deutsche Nationalstaat entstand 1871 durch Krieg und er ging 1945 im Kriege unter. In diesem Zusammenhang betrachtet, war die Weimarer Republik eine „Zwischenkriegszeit“, in welcher der gesellschaftliche und politische Militarismus, der für diesen Staat charakteristisch war, fortwirkte.

In den ersten Jahren nach dem Weltkrieg 1914-18 dominierte in der deutschen Gesellschaft eine tief empfundene Friedenssehnsucht. Hunderttausende brachten sie auf den großen „Nie wieder Krieg“-Demonstrationen zum Ausdruck. Aber schon Ende der 1920er-Jahre erhoben die alten nationalistischen und kriegerischen Kräfte wieder ihr Haupt. Der organisierte Pazifismus in Deutschland geriet in die Isolation. Interne Richtungskämpfe behinderten die DFG-Spitze unter Fritz Küster und Generalmajor a. D. Paul Freiherr von Schoenaich in ihrem Kampf gegen den drohenden Faschismus mit dem geschichtsträchtigen Slogan „Hakenkreuz und Stahlhelm sind Deutschlands Untergang!“ sowie gegen den von ihr vorausgesagten Zweiten Weltkrieg. Entscheidend war jedoch der politische Rechtsruck der Gesellschaft. Die nationalistischen politischen Parteien und Verbände erhielten verstärkt Zuspruch. Im Gegenzug gerieten die Anhänger der Demokratie und der Verständigungspolitik mit den Siegermächten des Weltkrieges ins Hintertreffen. Einige erkannten die Gefahr und warnten auf ihren Plakaten mit der Parole „Hitler bedeutet Krieg!“.

Die Pazifisten standen schon lange vor der Machtübernahme der Nazis 1933 auf der Abschlusliste der Militärs und Nationalisten. Viele von ihnen erkannten die Gefahr für ihr eigenes Leben und flohen ins Ausland. Unter ihnen waren der weltbekannte Physiker und Nobelpreisträger Albert Einstein und der pazifistische Publizist Kurt Tucholsky. Andere tauchten unter und mieden die Öffentlichkeit. Carl von Ossietzky blieb im Lande, wurde verhaftet und ins Konzentrationslager verschleppt. Der profundeste Kritiker des preußisch-deutschen Militarismus, Friedrich Wilhelm Foerster, hatte Deutschland bereits 1922 Hals über Kopf verlassen, weil ihm das Schicksal Erzbergers und Rathenaus drohte.

Die Deutsche Friedensgesellschaft (DFG) als mitgliederstärkste Organisation der damaligen Friedensbewegung wurde schon bald nach der Machtübernahme durch die Nazis zerschlagen.

Diese gingen dabei so vor, dass sie bereits am 3. März 1933 das Mitgliederorgan der DFG, die Zeitschrift „Das Andere Deutschland“ (AD), „im Interesse der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“ verboten. Am 4. März drang ein großes Polizeiaufgebot in das Büro der DFG und die Redaktionsräume des AD ein und beschlagnahmte sämtliche Akten. Der Herausgeber, Fritz Küster, wurde verhaftet und fünf-einhalb Jahre lang in verschiedenen Konzentrationslagern gefangen gehalten. Schoenaich wurde ebenfalls verhaftet, später aber wieder freigelassen. Damit war die DFG ihres Kommunikationsorgans und ihrer führenden Köpfe beraubt und die Organisation de facto zerstört. Auf lokaler Ebene konnten sich noch einige Ortsgruppen halten und im Geheimen den Zusammenhalt pflegen. Eine Struktur auf höherer Ebene existierte jedoch nicht mehr.

Die von der NS-Regierung in Gang gesetzte Verfolgungswelle gegen ihre politischen Gegner richtete sich vor allem gegen die Pazifisten. Auf der ersten Ausbürgerungsliste des Deutschen Reiches vom 25. August 1933 war ein Drittel der Betroffenen Pazifisten. „Von nun an“, konstatiert der Historiker des Pazifismus in Deutschland, Karl Holl, „sollte sich die Geschichte der deutschen Friedensbewegung in lauter gefährdete Einzelschicksale auflösen.“

3. Wie steht es deiner Meinung nach 80 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges und des Nationalsozialismus mit dem Militarismus in Deutschland?

In den Jahrzehnten nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges bildeten sich in den beiden deutschen Staaten Zug um Zug – mit etlichen Unterschieden – pazifizierte Gesellschaften heraus. Bei einem Großteil der Deutschen vollzog sich ein tiefgreifender Mentalitätswandel. Die Menschen vermochten sich von ihrer militaristisch geprägten Vergangenheit zu lösen und nach und nach eine Zivilgesellschaft zu gestalten. Sie wollten Demokratie und Frieden. Auch lernten sie, dass es sich selbst auf engerem Raum ohne Krieg gut leben lässt. Nach dem Ende des Kalten Krieges 1989 erschien die Vorstellung, dass die deutsche Gesellschaft „kriegstüchtig“ sein müsse, als abwegig und aus der Zeit gefallen.

Anerkennend schrieb der amerikanische Historiker James Sheehan im Jahre 2008 über „Europas langen Weg zum Frieden“. Auf diesem Kontinent, besonders in Deutschland, habe sich nach 1945 der „Aufstieg des zivilen Staates“ vollzogen. Die militaristischen Tendenzen seien immer mehr zurückgedrängt worden zugunsten der wachsenden Mentalität der Friedfertigkeit. Diese Sicht wird von Analysen der deutschen Historischen Friedensforschung gestützt.

Zu berücksichtigen ist aber auch, dass die Bundesrepublik bis zur Wiedervereinigung Objekt der Politik war und keine eigenständige Außenpolitik unabhängig von den Supermächten betreiben konnte. Der Kriegsfaktor par excellence im 20. Jahrhundert war seit 1945 ausgeschaltet, was uns in erster Linie eine lange Friedenszeit garantiert hat. Kaum wieder zum Subjekt der Politik geworden, begann die deutsche Außenpolitik erneut auf machtpolitisch orientierten Pfaden zu wandeln, die inzwischen unter europäischem Vorzeichen auf ein neues weltpolitisches Engagement hinauslaufen.

Im Kontext des Ukrainekrieges erleben wir nun seit 2022 ein erschreckendes Wiederaufflammen militaristischer – genauer gesagt: bellizistischer – Denk- und Verhaltensweisen in unserem Land. Das ist einerseits eine Reaktion auf die Aggression Russlands, die nun schon über einen Zeitraum von über drei Jahre hinweg Tod und Zerstörung über die Ukraine gebracht hat. Andererseits erliegen immer mehr Menschen dem Stakkato der von den USA und der NATO gesteuerten Kriegspropaganda, die behauptet, der kriegerische Konfliktaustrag sei ohne Alternative. Dadurch verengte sich das Meinungsspektrum zunehmend. Die Debatten werden giftiger und unversöhnlicher. Inzwischen scheinen fast zwei Drittel der Deutschen den Regierungskurs zu unterstützen.

Das Kulturgut „deutsche Zivilgesellschaft“ steht also unter massivem Druck. Mit „Zeitenwende“ und „Kriegstüchtigkeit“ meinen die Protagonisten nicht nur das deutsche Militär, die Bundeswehr. Ihr Ziel lautet vielmehr, die gesamte Gesellschaft für „den Krieg“ zu ertüchtigen. Begründet wird alles mit der – durch nichts bewiesenen – Behauptung, Putin-Russland habe womöglich die Absicht, sich nach der Ukraine auch das Baltikum und dann andere europäische Länder einzuverleiben. Das ist plattes Feindbilddenken. Es speist sich aus einer Dämonisierung des Kremlchefs als Verkörperung des Bösen, nämlich angeblich immanenter russischer Aggressivität. Die genaue Analyse der längerfristigen Ursachen dieses Krieges könnte helfen, in die Realität zurückzufinden. „Kopfkklärungen“ bieten beispielsweise die Autoren Patrik Baab, Jacques Baud, Gabriele Krone-Schmalz, Harald Kujat, John J. Mearsheimer, Emmanuel Todd und Günter Verheugen, um nur einige aus dem Lager der Minderheit zu nennen, die es wagte, sich gegen den Mainstream zu stellen.

Wir vernehmen die Rufe nach personeller Aufrüstung, nach Wiedereinführung der Wehrpflicht, nach Rüstungsforschung an unseren Universitäten und Hochschulen, nach ungebremstem Hochfahren der Waffenproduktion, nach Akzeptanz für eine neue, kriegerische Wirklichkeit. Im Jahr 2025 scheinen die Schleusen für eine unbegrenzte Finanzierung der Aufrüstung vollends geöffnet zu werden.

An Friedensinitiativen hat es die deutsche Regierung dagegen in vergangenen drei Jahren komplett fehlen lassen. Auch hat sie es widerspruchslos hingenommen, dass die führende Macht des Westens bereits im April 2022 Erfolg versprechende Friedensverhandlungen (Istanbul) zwischen Russland und der Ukraine zurückpiff. Dabei beauftragt unser Grundgesetz doch die Regierung unseres Landes ausdrücklich, „in einem vereinigten Europa dem Frieden der Welt zu dienen“.

4. Was können wir tun, um einem aufflammenden Militarismus und einer vorherrschenden gesellschaftlichen Kriegslogik Einhalt zu gebieten?

Manche befürchten, mit dem Schock, den der russische Angriff auf die Ukraine am 24. Februar 2022 in der deutschen Bevölkerung ausgelöst hat, sei schlagartig auch die richtungsweisende Parole „Nie wieder Krieg!“ komplett über Bord gegangen. Tatsächlich hat es infolge des Ukrainekrieges im Denken vieler unserer Landsleute so etwas wie eine „Zeitenwende“ gegeben. Zu den guten Nachrichten gehört allerdings, dass sich andere Menschen trotz des Schocks über das Zerbrechen der als sicher geglaubten europäischen Friedensordnung eine kriegskritische Haltung bewahrt haben. Das Drängen auf eine schnelle Kriegsbeendigung durch Verhandlungen als Alternative zu immer neuen, eskalierenden Waffenlieferungen deutet jedenfalls in diese Richtung. In den beiden ersten Jahren dieses Krieges soll dies – manchen Umfragen zufolge – sogar eine Mehrheit der Bevölkerung gewesen sein. Können wir das als einen Hinweis darauf lesen, dass die Leitlinie „Nie wieder Krieg!“ für viele Menschen trotz der wieder aufgeflamten Kriegsbejahung ihre Gültigkeit nicht verloren hat? Kann man hoffen, dass sich beim anzustrebenden Wiederaufbau einer europäischen Friedensordnung wieder an die zivilisatorischen Errungenschaften aus der Zeit vor dem Ukrainekrieg anknüpfen lässt?

Erneut tut Aufklärung not: Wir können deutlich machen, dass es zu der drohenden Militarisierung und dauerhaften Verfeindung eine Alternative gibt, nämlich die Vision einer „gemeinsamen Sicherheit“, die in Europa schon einmal die Politik bestimmt hat. In der „Charta von Paris für ein neues Europa“ aus dem Jahre 1990 ist alles vorgedacht, was wir brauchen.

Auf dem Wege dorthin müssen wir Feindbilder abbauen helfen, die Akteure der anderen Seite entdämonisieren und über die längerfristigen Ursachen des Ukrainekrieges aufklären. Klaus von Dohnanyis Diktum ist in diesem Zusammenhang von zentraler Bedeutung: „Putin ist der Aggressor, aber die Möglichkeit, den Krieg zu verhindern, lag beim Westen.“ Wir müssen selbst Friedensinitiativen ergreifen und andere unterstützen. Wir müssen für

unsere grundlegenden Einsichten werben: Frieden ist möglich und machbar. Verhandeln statt schießen. Diplomatie verlangt Empathie, nicht Sympathie.

Vielleicht erleben wir eine neue Bewegung „von unten“, einen Aufstand der derzeit noch schweigenden Mehrheit in der Bevölkerung für eine Zukunft, die sich noch einmal von der Vision eines friedfertigen „Gemeinsamen Hauses Europa“ leiten lässt. Dabei müssen wir nicht alles neu erfinden. Wir können auf die Erfahrungen des sogenannten Helsinki-Prozesses zurückgreifen. Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) auf der Basis gegenseitiger Vertrauensbildung sind schon einmal erfolgreich praktiziert worden.

5. Mit deiner Erfahrung von mehreren Jahrzehnten als Historiker: Was kannst du den Friedensaktivist*innen heute mit auf den Weg geben?

Seit meinem Studium hat mich die Problematik von Krieg und Frieden beschäftigt. Besonders interessieren mich die beiden folgenden Fragen: Wie können wir die Ursachen von Kriegen erforschen – als notwendige Voraussetzung für eine Politik der Kriegsverhütung? Mit welchen Behauptungen haben die jeweils Regierenden die wahren Motive für ihre Kriegspolitik propagandistisch zu verschleiern versucht?

Nach und nach verstand ich, welche große Rolle in der Geschichte metaphysische Kriegserklärungen bei der Vertuschung banaler Realitäten spielten. Mir wurde klar: Krieg ist kein Naturereignis, er ist nicht „der Vater aller Dinge“, er ist nicht „gottgewollt“ und auch kein Gottesgericht. Hinter solchem Blendwerk wurden die realen Kriegsursachen im Nebel des Unfassbaren zum Verschwinden gebracht. Das Ziel war, Fatalismus zu produzieren.

Gegen Ende meines Studiums wurde der Sozialdemokrat Gustav W. Heinemann zum Bundespräsidenten gewählt. Seine erste Rede vor dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat in Bonn am 1. Juli 1969 ließ mich aufhorchen. Er sagte dort: „Ich sehe als erstes die Verpflichtung, dem Frieden zu dienen. Nicht der Krieg ist der Ernstfall, in dem der Mann sich zu bewähren habe, wie meine Generation in der kaiserlichen Zeit auf den Schulbänken lernte, sondern der Frieden ist der Ernstfall, in dem wir uns alle zu bewähren haben. Hinter dem Frieden gibt es keine Existenz mehr.“ Etwas später, bei der Gründung der Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung (DGFK), wandte er sich speziell an die Historikerinnen und Historiker: „Unendlicher Fleiß ist seit erdenklichen Zeiten von Geschichtsschreibern darauf verwandt worden, den Verlauf von Schlachten und Kriegen darzustellen. Auch den vordergründigen Ursachen von Krie-

gen wurde nachgespürt. Aber nur wenig Kraft, Energie und Mühe wurden in aller Regel darauf verwandt, sich darüber Gedanken zu machen, wie man sie hätte vermeiden können.“

Mit dem Projekt „Ernstfall Frieden“ waren für mich die Weichen für mein weiteres Berufsleben gestellt. Zur zentralen Frage wurde die nach einer Politik der Kriegsverhinderung, die sich aus einer Analyse der längerfristig wirkenden Kriegsursachen ergeben konnte. Als leichtfertig und wenig zielführend empfand ich manche Begriffe in den Debatten der Friedensforscher, etwa die Bezeichnung von Nicht-Krieg als „negativer Frieden“. Damit sollte zum Ausdruck gebracht werden, dass Frieden mehr sei als die Abwesenheit von Krieg. Aber das kostete einen Preis: Ungewollt wurde die zentrale politische Aufgabe der Kriegsverhinderung mit dem Begriff „negativ“ in Verbindung gebracht. Willy Brandt war da viel klarer, wenn er formulierte: „Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts.“

Ohne Erforschung der tieferen Ursachen kommt man auch nicht an die Wurzeln des Ukrainekrieges heran. Sie werden bis heute durch Kriegspropaganda und Freund-Feind-Denken im Dunkeln gelassen. So wird es kaum gelingen, tragfähige und belastbare Wege aus dem Krieg zu finden.

Bei meiner Arbeit als Historiker und Friedensforscher war mir die Erkenntnis hilfreich, dass sich in der jüngeren Geschichte Deutschlands jeweils zwei Strömungen gegenüberstanden, eine militaristische und eine pazifistische. Das sind verallgemeinernde Sammelbegriffe für Kriegsbejahung und Militarismus einerseits und für Diplomatie, Verständigungspolitik und Frieden andererseits. Diese beiden Strömungen gibt es bis heute. Der zivilisatorische Fortschritt in Sachen Frieden, den sich die deutsche Gesellschaft seit 1945 erarbeitet hat, lässt sich – so bleibt zu hoffen – nur vorübergehend zurückdrehen. Wir haben es in der Hand, die richtige Seite zu stärken und sie mit unserem Sachverstand und Engagement zu unterstützen und voranzubringen.

Die Fragen wurden gestellt von Yannick Kiesel.



Foto: Prof. Dr. Wolfram Wette

Leser*innenbriefe

Nationalismus führt zu Krieg

Antwort auf den Leserbrief von Hans-Jürgen Kobus aus der ZivilCourage 01/2025

/// Amerikaner raus aus Vietnam, ja, die waren nur als Besatzer da und als „Berater“ des Nguyen-Van-Thieu-Regimes. Aber Russen raus aus der Ukraine? Geht's noch?

Dänen raus aus Flensburg, Deutsche raus aus Sønderjylland, Ostbelgien, Elsass oder Südtirol?

Türken raus aus Nordzypern (seit über fünfzig Jahren völkerrechtswidrig von türkischem Militär besetzt) und auch gleich aus Deutschland? Albaner raus aus dem Kosovo, die deutschen Truppen gleich mit, sollen Albaner doch von Pristina und Prizren nach Tirana umziehen, nur, damit das Prinzip der Unverletzlichkeit der Grenzen gewahrt wird und Kosovo zu Serbien zurückkommt. So, wie Taiwan selbstverständlich zu China gehört.

Wenn eine Regierung in Kiew meint, ihre Politik nur für ukrainische Nationalisten machen zu müssen, dann müsste sie russisch besiedelte Gebiete an Russland und das Gebiet um Ushgorod an Ungarn und die Slowakei abgeben und noch etliche Quadratkilometer an Moldawien oder Rumänien. Die stalinische Nationalitätenpolitik, nach der alle Menschen gleichberechtigte Sowjetbürger sind, unabhängig von ihrer Nationalität, und nach der neben nur vier Russen zwei Ukrainer und er selbst als Georgier die ganze Sowjetunion re-

gieren konnten, ist leider gescheitert. Trotzdem halte ich es für ein gutes Prinzip, das alle Menschen gleich sein sollten und eine Diskriminierung nach nationaler Herkunft nicht sein darf. Offene Grenzen, Bleiberecht für alle, Recht des Wohnortes an Stelle des Rechtes nach Blutsverwandtschaft. Das Selbstbestimmungsrecht der Menschen ist ebenso ein gewichtiges Rechtsgut wie die Unverletzlichkeit der Grenzen.

Ich verurteile den Angriff des russischen Militärs auf die Menschen in der Ukraine und ich habe alles Recht dazu. Denn ich hatte schon vor einem Vierteljahrhundert die „Responsibility to Protect“ als die Kriegspropagandalüge, um den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg unter anderem Deutschlands auf Jugoslawien zu rechtfertigen, bekämpft. Um die armen Kosovoalbaner vor serbischem Nationalismus zu schützen, wird Belgrad bombardiert. Um die armen Russen in der Ostukraine vor den Angriffen der ukrainischen Armee mit über zehntausend toten Russen zu schützen, bombardiert Russland Kiew. Nach meiner pazifistischen Haltung hätten sich auch die Russen mit ausschließlich gewaltfreien Mitteln gegen ukrainische Nationalisten verteidigen sollen, auch wenn sie dafür in Odessa im Gewerkschaftshaus von ukrainischen Nazis verbrannt wurden. Putin ist ein Verbrecher. Aber Schröder, Fischer und Scharping und deren Nachfolger in der rotgrünen Kriegspartei, die die ukrainischen Nationalisten mit Kriegswaffen beliefern, sind es nicht mehr und nicht weniger.

Ralf Cüppers

DFG-VK Flensburg

/// Liebe Friedensfreundinnen und -freunde!

Ich bin seit 1971 erst Mitglied der IdK, bis jetzt 53 Jahre Mitglied der DFG-VK. Habe selber in den 1970/80-ern KDVler beraten, habe in meiner damaligen IdK-, dann DFG-VK-Gruppe viele Aktionen und Bündnisarbeit mitorganisiert.

Wir haben sehr erfolgreich im „schwarzen“ Münsterland Unterschriften für den Krefelder Appell gesammelt, Aktionen und Infostände gegen den NATO-Doppelbeschluss durchgeführt und erfolgreiche Bündnisarbeit gemacht.

Umso mehr war ich zornig über die Stellungnahme des BSK, nicht zur Teilnahme an der Demo am 03. Oktober 2024 in Berlin aufzurufen. Zitat: „Zudem wurde vom Organisationkreis (Initiatoren der Demo am 03.10. Anm. Volker Borghoff) die Möglichkeit angeregt, eigene Aufrufe zur der 3.-Oktober-Demo zu verfassen. Dies werden wir nicht wahrnehmen: Wir werden unsere Mitglieder nicht zu einer Demonstration mobilisieren, zu der Menschen vielleicht mit einem inhaltlich ganz anderen Aufruf mobilisiert wurden – und sie später doch als Gesamtmass unter dem mangelhaften Hauptaufruf subsumiert werden“. Ja, geht's noch!

Ich habe als DFG-VK-Mitglied mit „wachsamem Auge“, wie vom BSK in der Stellungnahme empfohlen, teilgenommen. Mir sind keine rechtsoffenen, antisemitischen, rassistischen und sonstigen negativen Losungen und TeilnehmerInnen aufgefallen.

Angesichts der vom BSK in der Stellungnahme selbst festgestellten Zuspitzung der sicherheitspolitischen Lage und der bevorstehenden Stationierung amerikanischer Mittelstreckenwaffen, die einen Erstschlag gegenüber Russland ermöglichen, erscheint mir die Haltung des BSK als außerordentlich sektiererhaft und angesichts der gefährlichen weltpolitischen Lage auch verantwortungslos.

Auch wenn für den BSK wichtige Aspekte in dem Aufruf fehlen, so gibt es für mich nur Unverständnis, nicht zu der Demo aufzurufen, da die einzelnen Punkte im Aufruf für friedensbewegte Menschen richtig sind. Auch der Versuch in der Stellungnahme des BSK, die Organisatoren als rechtsoffen zu stigmatisieren, ist inakzeptabel.

Diese billige Polemik erlebt man / frau allenthalben in den abendlichen Talkshows durch die Bellizisten jeglicher Couleur. Wäre ähnlich beim Krefelder Appell und bei den Großdemos gegen den NATO-Doppelbeschluss vorgegangen worden, wäre nie so eine mächtige Friedensbewegung entstanden. Politisch-inhaltliche Auseinandersetzungen gab es damals auch zur Genüge. Dennoch war der Kampf gegen die Stationierung der US-Mittelstreckenraketen und Abrüstung das verbindende Element. Die AufruferInnen zur Demo am 03. Oktober 2024 in die Nähe der Rechtsoffenheit zu stellen, ist schon ein starkes Stück. Selbst einen Peter Gauweiler treibt die Sorge eines Krieges und der Bruch des verfassungsmäßigen Auftrages der Bundeswehr um (auch wenn für mich die Bundeswehr immer abzuschaffen gewesen wäre. Anm. Volker Borghoff). Warum sollen wir an dieser Stelle nicht zusammengehen? Mit dieser Logik hätte es auch keine Zusammenarbeit mit Alfred Mechttersheimer geben dürfen. Die Erklärung der Initiatoren für die Demo am 03.10. zur Rechtsoffenheit und ihrem Verständnis dazu (nachzulesen unter: https://nie-wieder-krieg.org/wp-content/uploads/2024/09/Rechtsoffenheit_Kampfbegriff_oder_reales_Problem.pdf) könnte vielleicht helfen, sich mit diesen Stigmatisierungen auseinanderzusetzen. Erfreulicherweise haben ja auch DFG-VK-Mitglieder und Gliederungen zur Teilnahme aufgerufen.

Angesichts der Zuspitzung und Eskalation insbesondere der Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten, der bevorstehenden Stationierung von US-Erstschlagwaffen in Deutschland, der exorbitanten Hochrüstung benötigen wir breite Bündnisse in unserem Land, um perspektivisch Verhandlungen, Abrüstung und ein kollektives Sicherheitssystem für Europa – logischerweise unter Einschluss Russlands und der Ukraine – zu erzwingen.

Vom BSK erhoffe ich mir, dass die eingeschlagene sektiererhafte Linie verlassen wird. Es geht um die verantwortliche Mitarbeit, breite Bündnisse zur Verhinderung der US-Erstschlagwaffen in Deutschland zu organisieren!

Den „Berliner Appell“ dabei zu nutzen, ist eine wichtige Aufgabe.

Mit friedensbewegten Grüßen

Volker Borghoff

Zu dem Beitrag „Wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist – ist Soziale Verteidigung die Antwort“ von Willi Rester in ZivilCourage Nr. 1/2025, Seite 21

Ich möchte mich hier nicht weiter über Willi Resters mangelhaftes Leseverständnis oder seine Unfähigkeit, unsere Grundsatzklärung korrekt zu zitieren, auslassen. Beides ist aber bezeichnend.

Meine Bemerkungen (in vorangegangenen Ausgaben der ZC) über die moralischen Grenzen eines dogmatischen, radikalen Pazifismus und meine Frage, wie Angegriffene angesichts eliminatorischer Gewalt ihr Überleben sichern können, beantwortet er nach vielen Wor-

ten, aber ohne auf Argumente einzugehen: Auf Vernichtungsstrategien solle zivil, mit sozialer Verteidigung reagiert werden! Der Gipfel seines Artikels ist die geschichtsrevisionistische Behauptung, dass ein militärisches Vorgehen gegen das nationalsozialistische Deutschland nicht „zwingend“ gewesen sei. Dieser blanke Zynismus, diese unfassbare Verhöhnung der zig Millionen Opfer des Nationalsozialismus, die Ignoranz gegenüber einem rassistischen Vernichtungswahn machen mich – fast – sprachlos. Für die Opfer von Hamas und IS hat er – posthum – gute Ratschläge parat. So wird es nachvollziehbar, dass von Lumpen- oder Elendspazifismus geredet wird. An Willi Rester ist jedes weitere Wort verschwendet.

Sven Zakrzewski,

LV Berlin-Brandenburg

Danke für die klare Haltung der DFG-VK gegen Rechts und gegen Rechtsoffenheit

Wenn „Nie wieder Krieg!“ und „Nie wieder Faschismus!“ zusammengehören, ist auch klar, warum „Friedensbewegung“ und „Rechtsoffenheit“ eben nicht zusammengehören. Für einige sei „rechtsoffen“ ein „Kampfbegriff“ – ich finde es eine gute, sachliche Beschreibung des Problems. Da kommt mir der Begriff „Kampfbegriff“ selbst eher wie ein Instrument des politischen Meinungskampfes vor, um „rechtsoffen“ zu diskreditieren – aber warum?

Ich vermute, weil es traurig und schmerzhaft ist, festzustellen, dass es auch Menschen in der Friedensbewegung gibt, die zwar selbst nicht rechts sind oder sich selbst nicht rechts verorten, aber sehr wohl nach rechts offen sind – und das sollte nicht sein. So gehören Personen oder Gruppen, die rechte, rassistische, verschwörungsideologische oder antisemitische Positionen teilen, für mich nicht auf unsere Demonstrationen. Es gilt, nicht mit ihnen zusammenarbeiten und sie auch nicht wissentlich zu tolerieren oder sogar einzuladen. Ja, diese Auseinandersetzung um rote Linien ist nicht einfach und anstrengend, aber für mich unverzichtbar und aktuell wichtiger denn je.

Zumindest bei dem erfolgreichen Entschließungsantrag zur strengeren Migrationspolitik der CDU/CSU und FDP mit der AfD am 29.1.2025 sind wir uns doch hoffentlich einig: Diese Offenheit gegenüber einer rechtsextremen Partei ist das Überschreiten einer roten Linie, ein Dammbbruch, der sehr viel über Merz & Co aussagt. Und die Abstimmung über das „Zustrombegrenzungsgesetz“ am 31.1.2025 hat gezeigt, dass neben der CDU/CSU und einem Großteil der FDP auch das BSW mit 7 Ja-Stimmen bereit ist, gemeinsame Sache mit der AfD zu machen (auch, wenn das Gesetz knapp abgelehnt wurde).

Ich finde die in der Broschüre von Lucius Teidelbaum vorgenommene Einteilung der Friedensbewegung nachvollziehbar und nicht willkürlich. Es geht um „idealtypische“ Gruppen und natürlich ist der Einzelfall oft komplizierter und differenzierter. Mir hilft es, klarer zu sehen. Auch, dass viele Menschen in den zwei Gruppen zu verorten sind, die eigentlich nicht zur Friedensbewegung gehören. Und genau diese Menschen gerieren sich aber, als wären sie Teil der Friedensbewegung. Zumindest nach außen konnte ich selbst beobachten, wie Menschen aus diesem Spektrum mit Peacefahne und Friedenstaube sowie dem Spruch „Frieden schaffen ohne Waffen“ agieren und gleichzeitig freudig Rechtsextreme begrüßen, rassistischen und antisemitischen Narrativen anhängen und auch Verschwörungsquatsch wie QAnon tolerieren oder sogar mittragen. Für mich passt leider die Gruppeneinteilung. Und ich

befürchte, Belege, dass nicht unerhebliche Teile der „traditionellen Friedensbewegung (Gruppe C)“ Chauvinismus oder Nationalismus nicht wirklich ablehnen, sind möglich. Zusammen mit anderen Vertreter:innen der regionalen Friedensgruppen haben wir mehrfach die Rechtsoffenheit der Kampagne Stopp Airbase Ramstein mit ihren problematischen Aussagen, Kooperationen sowie Referent:innen kritisiert: www.dfg-vk-mainz.de/aktuell/aktuelle-kritik-an-kampagne-stopp-airbase-ramstein.

Es gibt sogar traditionelle Ostermärsche, die inzwischen komplett rechts(-offen) geworden sind. Beispiele finden sich schnell im Netz, z.B. Goslar, Alsdorf und Twistringen: www.flickr.com/photos/pixel_matsch/52810176980/in/album-72177720307413751. Mir wird schlecht, wenn die AfD Ostermärsche durchführt oder sich unwidersprochen beteiligen kann, und ich bin froh, dass sich die DFG-VK dagegen klar positioniert.

Ich lese, es sei infam zu folgern, die Friedensbewegung sei nach rechts offen und Menschen betrieben damit aus „strategischen Gründen“ eine Querfrontpolitik? Infam = böse und jemandem auf durchtriebene, schändliche Weise schadend. Nein, ich finde, es ist leider nachvollziehbar, denn ich beobachte das auch hier – was ich wirklich schlimm finde, nicht infam. Nicht die, die sich kritisch-solidarisch mit der Bewegung auseinandersetzen, sondern diejenigen, die sich nicht klar nach rechts abgrenzen, schaden der Friedensbewegung.

Der Vorwurf lautet, dies sei „ein Versuch der Spaltung der Friedensbewegung“ – das höre ich, seit ich rechtsoffene Tendenzen bei Personen und Gruppen feststelle und kritisiere. Ich, der dies feststellt, spaltet? Dabei haben sich diese Personen doch von friedenspolitischen Idealen und antifaschistischen Grundprinzipien entfernt oder komplett verabschiedet und gehören deshalb eigentlich nicht (mehr) dazu. Sie haben sich von unserem friedenspolitischen Fundament verabschiedet und spalten, nicht ich, der dies kritisch feststellt. Es ist wichtig, solche Entwicklungen genau und selbstkritisch anzuschauen und zu überlegen, was wir dem entgegensetzen können, damit wir eine starke antifaschistische Friedensbewegung bleiben. Ich finde die Auseinandersetzung wichtig und den Text von Teidelbaum dazu hilfreich und dies muss nicht, wie manche kritisieren, von sinnvoller Friedenspolitik abhalten.

Markus Pflüger

DFG-VK Trier



Regressiver Gefühlskitsch zum Dümmerwerden

Beim Lesen der Ausgabe 2/24 der ZivilCourage kam ich mir vor wie im falschen Film. „Gitarren statt Knarren“ lautete der gewiss etwas grobschlächtrige Hefttitel; die dennoch geweckte Neugier wurde bitter enttäuscht.

Der Themenbeitrag von „Findus“ lässt einen einigermaßen verwundert zurück. Statt der zu erwartenden Neuigkeiten aus dem Bereich der Friedenslieder gab es leider nur einen höchst subjektiv-nostalgischen „Blick auf die Geschichte der Protestmusik“, dessen inhaltliche Dringlichkeit sich nicht einmal einem notorischen Sängerlein wie mir wirklich erschließt. Mal abgesehen von der einen oder anderen äußerst bedenklichen Formulierung – da findet sich letztendlich nichts, was einem beim Nachdenken über die Gegenwart und Zukunft widerständigen Musikmachens irgendwie weiterhelfen könnte. Und wenn der Autor am Ende schließlich sogar bekennt, nicht zu wissen, ob solche Musik heute überhaupt noch stattfindet, na, dann kann man gar nicht anders – man muss ihm einfach glauben, dass er das tatsächlich nicht weiß.

Die Illustrationshalber über das Heft verteilt abgedruckten Songtexte wiederum sind leider teilweise schlampig wiedergegeben oder mit falschen bzw. unvollständigen Zusatzinfos versehen. Biermanns Soldaten „sind“ sich nicht, sondern „sehn sich alle gleich“. Und warum wird Ed McCurdy nicht ganz selbstverständlich als Autor des 1950-er Originals von Hannes Waders „Traum vom Frieden“ genannt? Steht doch schließlich auf der Plattenhülle. Und so weiter. Alles arg oberflächlich und lieblos hingeschludert.

Dann aber Hirsch Glik's Text des berühmten jiddischen Partisanenliedes „Zog nit keynmol“ zu entdecken, hat mich tatsächlich überrascht – mehr jedenfalls als die Tatsache, dass zur ebenfalls abgedruckten Übersetzung nicht erklärt wird, worum es sich bei den besungenen „Nagans“ in den Händen der Partisanen eigentlich handelt: nämlich um die siebenschüssigen Revolver bzw. die gleichnamigen Repeitiergewehre der ursprünglich belgischen, später dann vom zaristischen Russland produzierten Marke „Nagant“.

Wie bitte? Das Magazin der DFG-VK legt mir eine knarrophile Partisanenhymne ans Herz – und das in einer Zeit, wo mit Austrittsaufforderungen rechnen muss, wer auf das Recht der Ukrainer*innen, sich notfalls mit Waffen gegen den russischen Überfall zur Wehr zu setzen, auch nur hinweist? Nun, für derartige Fälle moralischer Elastizität wurde ja einstmals das schöne Wort „Heuchelei“ in die Welt gesetzt und ich denke, wenn's schon mal passt, dann sollte man es nicht unbenutzt herumliegen lassen.

Ein paar Seiten vorher war ich übrigens bereits über die „Moorsoldaten“ gestolpert: „Einmal werden froh wir sagen, / Heimat, du bist wieder mein! / Dann zieh'n die Moorsoldaten / nicht mehr mit dem Spaten / ins Moor.“ Auf was die Börgermoorer und die Gefangenen in den anderen KZs im Einzelnen auch immer gehofft haben – es ist nicht überliefert, dass etwa GIs oder Rotarmisten irgendein Lager unverrichteter Dinge wieder hatten verlassen müssen, weil die Überlebenden darauf bestanden hätten, nur von Waffenlosen befreit zu werden. Soweit ich weiß, taten das nicht einmal jene, die aufgrund ihrer pazifistischen Gesinnung dorthin verschleppt worden waren.

Der kategorische Pazifismus hat halt seit jeher ein durchaus ambivalentes Verhältnis zum Antinazismus, soweit dieser auch Formen des gewaltsamen Kampfes umfasste. Es lässt sich nicht wegschweigen, dass damals wie heute so manche pazifistische Position (und sei sie in sich noch so schlüssig begründet) gegebenenfalls mit dem Makel der unterlassenen Hilfeleistung leben muss. Und den wird man nicht dadurch los, dass man sich

nachträglich in die Erinnerungsgalerie gerade jener einzuschleichen versucht, die man sonst in reflexhafter Arroganz pauschal mit dem Verdikt versieht, Mörder zu sein.

Der eigentliche Schlag in die Fresse kommt aber noch, als ich nämlich unter den Liedempfehlungen dann auch noch der „Internationale“ ansichtig werde – ja, ganz richtig, jenes Kadavers von einem Lied, der trotz dessen historischer Bedeutung unüberriechbar den Gestank des Gulag verströmt und womit ungeniert noch die zynischsten Pervertierungen all dessen musikalisch garniert wurden, was sich einst als linkes Befreiungsprojekt auf den Weg gemacht hatte.

Das Lied könne doch wohl nichts dafür, werden manche wieder einwenden. Aber an diesem Lied ist halt auch nichts, was einen solchen Missbrauch besonders erschwert hätte. Schon aus Respekt vor den Opfern gäbe es deshalb eigentlich genügend Anlass zu einem schauernden Zurückschrecken oder zumindest einem Hauch historisch-kritischer Verortung dessen, um was es sich hier handelt. Aber: Nichts davon. Gar nichts. So aber wird daraus einfach nur geschichtsverlorener Gefühlskitsch, der jedoch allemal noch das Potenzial hat, einen wenn schon nicht klüger, dann wenigstens dümmer zu machen, als man es vorher war.

Natürlich handelt es sich bei der DFG-VK nicht um einen Liedermacher*innenverein und bei der ZivilCourage nicht um ein poeto-musikalisches Fachmagazin. Und das mag dann auch die eine oder andere sachliche Unbedarftheit entschuldigen. Aber es irritiert schon, dass den für das jüngste Heft Verantwortlichen offenbar jegliches Fingerspitzengefühl für die impliziten Botschaften ihres Tuns abgeht. Und die laufen leider darauf hinaus, dass man zur Not ruhig mal von dem über Generationen hinweg mühsam erarbeiteten Bestand an kritischen Gedanken über die Irrtümer und Sackgassen widerständigen politischen und kulturellen Handelns absehen könne, wodurch dann zugegebenermaßen alles wieder viel übersichtlicher und kuscheliger erscheint. Diagnostisch wird bei einem derartigen Zurückfallen auf frühere Stufen der geistigen Entwicklung gemeinhin von „Regression“ gesprochen, und ich finde, das trifft's.

In der kurzen redaktionellen Anmerkung zu „Gitarren statt Knarren“ wird ja zudem noch die Hoffnung geäußert, dass die geeignete Leser*innenschaft sich beim Lesen und Hören der empfohlenen Lieder „an eigene ‚rebellische Zeiten‘ erinnert und davon etwas aktualisiert“. Der anderslautenden Beteuerung zum Trotz ist es also doch vor allem der nostalgische Blick zurück, der wieder Schwung in den ermüdeten friedensbewegten Laden bringen soll. Überhaupt nicht von Belang scheint dabei zu sein, wie hoch der Schwachsinnanteil jener zu reanimierenden Rebellion gewesen sein könnte und mit welch staunend-ungläubigem Kopfschütteln viele inzwischen auf manche Aspekte ihres eigenen früheren Tuns zurückschauen. Und wäre es dementsprechend nicht sinnvoller, die heutigen – erfahreneren, womöglich nachdenklicheren – Herzen und Hirne in den Blick zu nehmen, als unbeirrt weiter einem dümmlichen Gestus der Damaligkeit das Wort zu reden, dessen Hauptcharakteristikum seine Rückwärtsgewandtheit ist? –

Soweit also meine Gedanken anlässlich eines aus meiner Sicht kaum erträglich geratenen thematischen Schwerpunkts in der ZivilCourage. Ich bin gespannt, ob diese Zeilen veröffentlicht und wie sie ggf. kommentiert werden. Beides wird mir bei der Entscheidung helfen, ob mein Platz nach gut fünfundvierzig Jahren auch weiterhin innerhalb der DFG-VK ist oder nicht.

Hans-Jürgen Strack

Butzbach (Mittelhessen)





Liebe Friedensfreunde,

da ging es wohl hoch her auf dem letzten Bundeskongress. Es ist notwendig, über Positionen zu diskutieren und auch zu streiten. Allerdings kann ich nur Maria Buchholz und Sabine Schönberg-Ehlen zustimmen, dass wir selbst das leben sollten, was wir für den Rest der Welt beanspruchen – einen friedlichen Umgang miteinander.

Friedlich heißt nicht „Friede, Freude, Eierkuchen“. Schon Streitgespräche, aber im gegenseitigen Respekt. Und auf der Basis unserer Grundsatzklärung. Wenn allerdings Krieg wieder legitimiert werden soll, wie es leider in letzter Zeit von einigen Mitgliedern der DFG-VK versucht wird, kann es nur heißen: klares Nein und deutliche Abgrenzung (auch mir fällt es da schwer, noch gegenseitigen Respekt zu zollen, wenn ich manche Beiträge lese). Da gibt es dann in der letzten ZC unter der Überschrift „Statements zum Bundeskongress“ mehrere Schilderungen von Eindrücken (keine Statements) vom Kongress, alle okay, alle mit Namen der Autoren.

Zum Schluss: „Drei Stimmen aus dem LV Berlin/Brandenburg“ — ohne Namen. Was soll das? Da ist dann von „Dämonisierung Israels“ und „Putinapologie“ die Rede. Wortwahl und Art der Beschreibung lassen aber auf zumindest einen der Autoren schließen!

Wenn er sich schämt, in einem Verein zu sein, in dem „Antisemitismus“ (= Kritik an der aggressiven Politik Israels) „zur Normalität“ geworden sei, dann bleibt doch die Möglichkeit, die Mitgliedschaft zu kündigen. Bitte in Zukunft keine Beiträge mehr ohne Nennung der Autoren in der ZC.

Und dann das:

Auf Seite 43 „Anderes“: „Beschluss des Bundesausschusses“: Der Antrag des LV Berlin/Brandenburg (schon wieder dieser LV), wonach alle Zusammenarbeit mit dem Bündnis „Rheinmetall entwaffnen“ beendet werden soll, wird laut Beschluss des BA in der ZC veröffentlicht.

Zunächst dachte ich, es sei Satire (direkt neben der „Feldpost“).

Ist es wohl aber nicht. Das Ganze ist mir völlig unverständlich. Ich bitte um Aufklärung.

Ich wünsche dem neuen Chefredakteur der ZC, Yannick Kiesel, alles Gute und hoffe von seiner Seite auch auf klare pazifistische Positionen. Dass er auch aus dem LV Berlin/Brandenburg kommt, muss ja nicht gleich etwas Schlechtes bedeuten.

Mit freundlichen Grüßen



Holger Schmidt, Hofheim

(seit ca. 50 Jahren Mitglied der DFG-VK)

Verständigung



Zunächst einmal vielen Dank besonders an Yannick für die neue Ausgabe und z.B. das Aufgreifen eines Themas, das beim Green Deal wohl vergessen wurde: der Beitrag des Militärs zur Klimaveränderung. Zu den Auseinandersetzungen in der DFG-VK gefiel mir gut, dass verschiedene Meinungen Platz hatten, auch der Beitrag über soziale Verteilung, der auf eine auch für mich problematische Meinung einging.

So wünsche ich mir Auseinandersetzung, Meinungen auszutauschen, statt mit vermeintlichen Wahrheiten aufeinander einzuschlagen, wie ich es in vielen Bereichen zunehmend erlebe. Da werden Faktenchecker verschiedenster Couleur bemüht, statt aufeinander einzugehen und ernsthaft zuzuhören. Falls der Bundeskongress auch solche Tendenzen hatte, könnte eine Moderation durch jemand, die/der Gewaltfreie Kommunikation (GFK) nach Marshall Rosenberg gelernt hat, helfen (gibt es doch sicher in der Mitgliedschaft mehrere). Hier würde es darum gehen, sich über Gefühle und Bedürfnisse, die in einer Auseinandersetzung entstehen, auszutauschen. Emotionen haben Platz und sind hilfreich bei der gemeinsamen Suche nach einer Lösung. Fokus ist dabei nicht auf dem Trennenden, sondern auf Verständigung.

Der Beitrag von Michael zu einer Broschüre über rechte und verschwörungstheoretische Einflussnahme hat mich gerade aus dieser Sichtweise sehr geärgert, so mache ich mal einen beispielhaften, wegen wenig Übung in dieser Form etwas ungelungenen, Versuch mit gewaltfreier Kommunikation:

Als jemand, der aufgrund guter Erfahrungen mit homöopathischen Behandlungen Impfungen eher meidet, bin ich durch die Benutzung einiger Worte aufgebracht. Es entsteht ein Bedürfnis nach Akzeptanz meiner Erfahrung. Durch mein Berufsleben im Krankenhaus und ein Soziologiestudium (inkl. Statistik) hatte ich Kritik an vielen Maßnahmen und vermeintlichen Fakten um das Corona-Geschehen. Jegliche Kritik wurde von Parteien und auch gerade vielen in der „linken Szene“ als Verschwörungstheorie oder asozial „abgekanzelt“. Im Nachhinein gibt es dabei weitgehende Übereinstimmung meiner mit den nun veröffentlichten internen Einschätzungen von Experten des Robert Koch-Institutes. Ich bin entsetzt, wenn in der ZivilCourage immer noch undifferenziert von „Verschwörungsmäthen zur Coronapandemie“ geschrieben wird, wenn Basispartei und BSW pauschal als rechts, nationalistisch oder Flüchtlingsdämonisierer bezeichnet

werden und wenn Schubladen (4 Gruppen von Friedensdemonstrationen) aufgemacht werden, um – wie ich vermute – TeilnehmerInnen und Menschen wie mich in eine der ersten 3 einzuordnen, statt den Austausch zu suchen. Dies widerspricht meinen Bedürfnissen nach Einfühlung, Integrität und Gerechtigkeit und meinen Erwartungen an Friedensbemühungen. Ich habe viele Kontakte zu Menschen bekommen, die du, Michael möglicherweise als rechts bezeichnen würdest, und sehe es als meine Aufgabe, diejenigen, die erst in der Pandemie politisiert wurden, nicht in die „rechte Ecke“ geraten zu lassen, die mir Sorgen bereitet. Ich würde mir wünschen, dass alle DFG-Leute auf Menschen zugehen, die auf der Suche nach Lösungen sind und an der gegenwärtig vorherrschenden Politik verzweifeln, eine Friedenspolitik wünschen, etwas verändern möchten. Hierzu habe ich ein Bedürfnis nach Gemeinsamkeit und Unterstützen.

Anmerkungen:

- Womöglich würden wir so eher neue Aktive finden als durch Abgrenzung von Menschen, die vielleicht nicht mit allem übereinstimmen, was gerade für links oder fortschrittlich gehalten wird, in der Hoffnung, so junge Leute anzusprechen. Links und fortschrittlich erscheint mir recht zeitabhängig und nicht als Bedingung einer Mitgliedschaft, auch wenn ich mich selbst als Altlinks bezeichnen würde. Abgrenzen würde ich mich nur von Befürwortern von Gewalt. Mir ist klar, dass auch dieser Begriff Unschärfen hat und der Verständigung bedarf. Wer andere Themen derzeit für wichtiger hält als Frieden und Gewaltfreiheit, wird sich vermutlich eher in Gruppen betätigen, die sich um Antifa, Klima, LBTQ-Fragen usw. bemühen, und das ist dann auch in Ordnung, da braucht es aber, glaube ich, keine.

- Verschwörungstheoretiker ist in meinen Augen nicht, wer den Geheimdiensten, Militärstrategen, -psychologen und sonstigen Militärforschern aller Länder viele üble Ideen und Versuche der Umsetzung zutraut, mit diesem Begriff würde ich insofern auch sehr vorsichtig umgehen.

Abschließend zum Artikel von Michael: Beim Lesen des Artikels entstand eine Angst, meine „politische Heimat“ zu verlieren, die ich vor vielen Jahren fand und in die ich viel Energie gegeben habe. Da gibt es bei mir ein Bedürfnis nach Sicherheit und Kontinuität, auch, wenn ich mittlerweile andere Schwerpunkte verfolge.

Mit der Hoffnung auf mehr Verständigung in der DFG-VK, unserer Gesellschaft und der Weltgemeinschaft

grüßt euch **Harald Welteke**



Die Welt vor Karthago

Mit „Der lange Weg zum Krieg“ hat Günter Verheugen mit Petra Erler gleichsam eine unmissverständliche Warnung und Aufforderung auf die Buchtische gelegt. Wer nimmt dieses Vermächtnis wahr?

Günter Verheugen (Jahrgang 44) und Petra Erler haben sich als Autorengespann auf einen bemerkenswerten Weg begeben. Ihre Publikation nennen sie genauso schnörkellos wie vieldeutig „Der lange Weg zum Krieg“. Die Monografie, mit der der ehemalige Bundestagsabgeordnete und EU-Kommissar sowie die ehemalige Staatssekretärin (Jahrgang 58) die komplexe Vorgeschichte des Ukrainekriegs bis zurück zum Vorabend des Zweiten Weltkriegs verfolgen, ist nicht nur wegen der auf 300 Seiten offengelegten Kenntnistiefe von Autorin und Autor beeindruckend. In insgesamt neun Kapiteln versucht das Gespann, dem hier vorherrschenden Narrativ eines imperialistisch agierenden Russland faktenreich die Grundlage zu nehmen. Die Autoren lassen in „Der lange Weg zum Krieg“ etliche prominente Politikerstimmen, aber auch viele offenkundig mühsam recherchierte, jenseits öffentlicher Verlautbarungen erschienene Protokolle zu Wort kommen. Sie verweisen auf Verstrickungen, Versäumnisse und Eskalationspunkte, die dem Ukrainekrieg seit der Auflösung der Sowjetunion vorangingen beziehungsweise ihn noch immer begleiten. Verheugen und Erler kommen zu dem überzeugenden Fazit, dass das, was sich in der Ukraine abspielt und als russischer Angriffskrieg apostrophiert wird, nichts anderes als ein Stellvertreterkrieg sei, der längst hätte beendet werden können und müssen, wenn an entscheidenden Stellen ein europäischer Friedenswille ernsthaft verfolgt worden wäre. Stattdessen aber werde der Ukrainekrieg perpetuiert, bis die Mächte USA und China hinter ihren Stellvertretern die letzte Konfrontation suchten.

„Der lange Weg zum Krieg“ erschreckt. Nicht nur wegen des Ausblicks auf eine Welt, die im Begriff ist, sich selbst in ein globales Karthago zu verwandeln. Nicht nur, weil Verheugen uns mit Erler nach 300 Seiten Vor- und Kriegsgeschichte mit einem sehr kargen dreiseitigen „nicht alternativlos“-Kapitelchen entlassen. Vor allem aber deshalb, weil trotz, nein, besser: in aller Expertise eine Überzeugung mitschwingt, die die vermeintliche Zwangsläufigkeit dieses Krieges annimmt. Die beiden beeilen sich im Vorwort zwar zu betonen, persönlich jede völkerrechtswidrige Kriegshandlung abzulehnen. Pazifisten aber können sich mit einer dermaßen unverbindlichen Attitüde nicht zufriedengeben. Denn so differenziert und kritisch sie bei ihrer Darstellung vorgehen, bleibt

bei seiner und ihrer so eingehenden Betrachtung des „langen Wegs zum Krieg“ der wesentliche Aspekt jeder Kriegsentwicklung – um im Bild zu bleiben – schlicht auf der Strecke. Ungeachtet aller eigenen klischeefeindlichen Vorsätze bleiben Verheugen/Erler ihrem eigenen Schubladendenken verhaftet. Denn so wach sie schon zu Beginn darauf hinweisen, wie alternativlos eine kriegsfreie Zukunft für unseren Planeten ist, so eröffnen sie doch auf keiner Seite selbst eine Perspektive darauf, wie wir als Gesellschaft uns vor einer weiteren Eskalation der Gewalt, ja, wie wir als Menschengemeinschaft insgesamt unsere Welt vor finaler Zerstörung durch unaufhörliche Militarisierung schützen können.

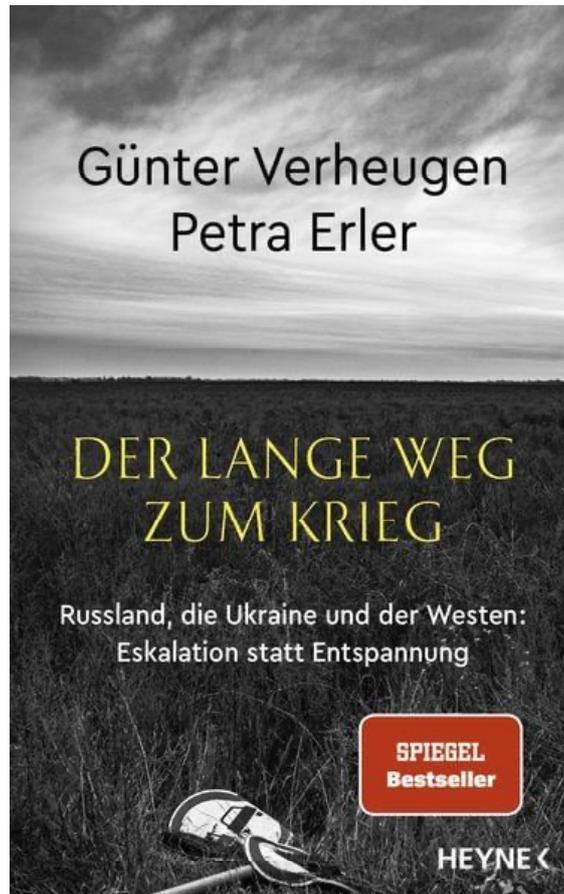
Man möchte ihnen gleichsam entgegenschreien: Was ist also zu tun, um den von euch behaupteten langen Weg zum letzten Krieg zu verlassen? Und den verantwortlichen Bellizistinnen und Bellizisten: Wann hört ihr mit uns auf, in militärischen Kategorien zu denken und zu handeln? Was muss noch passieren, damit eure Logik zusammenbricht, dass am Ende jedes Krieges noch mehr Waffen fließen sollen, gleichsam wie der klassisch konditionierte Speichel von Pawlows Hund!

Verheugen meint in einer Diskussion, zu der die Offenbacher Friedensinitiative im Februar einlud, dass der Ukrainekrieg eine „Folge der Missachtung von russischen Sicherheitsinteressen“ sei. Reicht es, so lapidar das Hinschlachten von Hunderttausenden von Menschen zu begründen? Noch einmal Verheugen: Die Friedensbewegung, wie sie in den 80er-Jahren Erfolge erzielte, sei aus der Zeit gefallen. Wir fragen zeitlos mit B. Traven: „Was würde Cäsar mit seinen Armeen machen, wenn er keine Unteroffiziere hätte?“

Günter Verheugen mit Petra Erler: Der lange Weg zum Krieg: Russland, die Ukraine und der Westen – Eskalation statt Entspannung. München 2024. 24 Euro.

Marcus Angebauer

DFG-VK Gruppe Kassel



Verheugen, Günter / Erler, Petra (2024): Der lange Weg zum Krieg: Russland, die Ukraine und der Westen – Eskalation statt Entspannung. Heyne Verlag, München. 336 Seiten. ISBN 978-3453218833.

Rezension: Ole Nymoen Warum ich niemals für mein Land kämpfen würde Gegen die Kriegstüchtigkeit

Als im vergangenen Jahr in der Wochenzeitung „Die Zeit“ ein Artikel unter dem programmatischen Titel „Warum ich niemals für mein Land kämpfen würde“ erschien, war der Aufschrei groß. Der Autor, ein junger Mittzwanziger, hatte darin mit einigem Furor erklärt, sich dem Kriegseinsatz immer verweigern zu wollen. Hochrangige deutsche Politiker*innen entblödeten sich nicht, den Autor gar an die Front zu wünschen. Ebendiesem Autor hat der Rowohlt Verlag nun ein Forum eröffnet, in dem er seine Gedanken umfassender ausbreiten kann.

Entstanden ist der knapp 130 Seiten umfassende Essay unter gleichem Titel, in dem Ole Nymoen erörtert, weshalb er immer den Kriegseinsatz verweigern würde. Der logische Aufbau hilft dem*der Leser*in: Nach einer allgemeinen Einführung zum Anlass des Buches folgt ein größeres Kapitel zum „Sinne des Krieges“ (S. 23-72), in dem der Autor seine Staatstheorie ausbreitet (Staaten als Gewaltgeschöpfe und Gewaltverursacher), Verteidigungs- und Entsolidarisierungs-Kritik leistet und sich kritisch mit der nationalen Anrufung auseinandersetzt, dass Bürger*innen-Interesse und Staats-Interesse zusammenfallen würden und daher ein*e jede*r eben den Kriegsdienst zu leisten habe. Kleiner Wermutstropfen: Nymoen diskutiert zwar umfassend die ökonomische Kritik an Nationalstaat und Krieg, blendet aber alle weiteren Dimensionen wie den ökologischen oder den sozialen Unsinn des Krieges aus.

Kapitel II zum „Unsinn des Krieges“ (S. 73-110) setzt sich darauf aufbauend mit den fünf größten Legitimierungsmysen von Kriegsgewalt auseinander. Aufgezogen sind diese Unterkapitel (u.a. „Aber Hitler!“, „Das ist völkerrechtswidrig!“) jeweils an wesentlichen Einwänden zur Kriegsgegnerschaft aus dem öffentlichen Diskurs. Gelingend zerlegt er diese Einwände, gerade den, es würde in einem Krieg die eigene Freiheit verteidigt werden. Am wenigsten überzeugend sind in diesem Kapitel die Feststellungen zum Unterschied zwischen Vernichtungskrieg und anderen Kriegen. Denn ohne tiefere Analysen und Argumente, weshalb es sich beim Krieg gegen die Ukraine nicht um einen Vernichtungskrieg handelt, stellt er schlicht fest, es sei keiner. Hier wird dem Autor in Zukunft sicherlich vorgeworfen werden, er entscheide ohne fundiertes Hintergrundwissen, wann etwas eine Vernichtungsabsicht sei und wann nicht.

In Kapitel III versucht der Autor, seine Verweigerung zu erklären (S. 111-132). Das sehr knapp gehaltene Kapitel betont, inwiefern die Verweigerung keine unfreiheitliche, unsolidarische und undemokratische Haltung spiegelt, sondern aus einem Streben nach einer echten Freiheit, weitreichenderen (nämlich nicht-nationalen) Solidarität und wahrhaften Basisdemokratie und Bürger*innensouveränität heraus erklärt wird. Die Frage, wofür er zu kämpfen bereit wäre, führt Nymoen im Gegensatz zu seinem bekannten „Zeit“-Artikel etwas

weiter aus und macht sichtbar, dass die obigen „Kämpfe“ für ein anderes Leben eben seine „Kämpfe“ sind. Allerdings führt er die eigentliche Frage danach, „wie“ und „wie anders“ (man wage gar zu sagen: „gewaltfrei“) für diese Solidargemeinschaft zu kämpfen wäre, nicht substantiell aus. Daher verbleibt das Buch bei einer Weigerung – einer gewichtigen wohl.

Das Offensichtliche vorweg: Sibylle Berg hat recht, wenn sie sich auf dem Cover damit zitieren lässt, dass „alle Argumente für Krieg (...) unterhaltsam und fundiert pulverisiert werden“.

Es ist wohlthuend, dass ein solches Buch in einem renommierten Verlag erscheint. Es ist wohlthuend, dass der Autor offensichtlich gut schreiben kann, den*die Leser*in mit an die Hand nimmt, argumentieren kann und eine zugängliche Sprache wählt, die ohne allzu viel Fachvokabular auskommt. Es ist wohlthuend, dass der Autor die Argumente und Forderungen vieler Vordenker*innen des Politischen Pazifismus und Antimilitarismus ganz wesentlich seiner Argumentation zugrunde legt.

Mit Blick auf den Inhalt des Buches gibt es eine Hauptherausforderung für alle politischen Pazifist*innen und Antimilitarist*innen: Das Buch ist, bei aller Wucht auch eine anmaßende Übung in Verunsichtbarmachung all des Wissens, das vor dem Autor kam. Es gibt in der gesamten Argumentation keinen einzigen Verweis auf vorangegangene Kriegskritik abseits von literarischen Verarbeitungen eines Bertolt Brecht oder Erich Maria Remarque. Bei der Erörterung der Umstände, wofür er zu kämpfen bereit wäre, findet sich keine Diskussion alternativer Ansätze wie „sozialer Verteidigung“ und auch, mit Blick auf die akademische Fundierung des Büchleins, kein Verweis auf mindestens marxistische Analysen (die dem Autor inhaltlich sehr nahe stehen

müssten, verweist er doch darauf, einen „modernen Sozialismus“ (S. 131) zu verfolgen) von Kriegsursachen und -gründen (beispielsweise eines Ekkehart Krippendorff und anderer Friedensforschender). Das Buch versucht sich an einer – beinahe arrogant wirkenden – Argumentation im luftleeren Raum: als hätte Ole Nymoen die Kriegsgegnerschaft erfunden. Dies bringt den pazifistisch Lesenden in ein Dilemma: Einerseits ist es ein schönes Büchlein, dem mensch an vielen Stellen zustimmen kann, andererseits blendet es alles aus, was die langen Linien der Kriegsgegnerschaft ausmacht.

Mein Fazit: Lesenswert, nutzbar für Infostände, politische Debatten und die Verwandten, die uns schon nicht mehr zuhören wollen. Flyer und Sticker für die politische Kampagnenarbeit lassen sich ja immer noch beilegen.

David Scheuing

DFG-VK Gruppe Lüneburg



Nymoen, Ole (2025): Warum ich niemals für mein Land kämpfen würde: Gegen die Kriegstüchtigkeit. Rowohlt Taschenbuch, Hamburg. 144 Seiten. ISBN 978-3499017551.

Region Berlin

Notausgang-Plakate fordern Asyl für Kriegsdienstverweiger*innen

Groß und grün hängen sie in den Werbevitriolen der Tram- und Bushaltestationen der Berliner Innenstadt: In Handarbeit gebastelte Poster der Werkstatt für antifaschistische Aktionen (W2A) zeigen eine leicht bearbeitete Version des bekannten Symbols für Notausgänge. Die aus dem Notausgang rennende Person hat hinter sich ein zerbrochenes Gewehr und einen Stahlhelm fallen lassen und stellt dadurch eine Kriegsdienstverweiger*in dar. „War Resisters welcome!“ steht in Großbuchstaben über dem Bild. „Mit unserer Aktion machen wir darauf aufmerksam, dass Kriegsdienstverweiger*innen aus der Ukraine, Belarus und Russland hohe Hürden für einen Aufenthalt in Deutschland in den Weg gestellt werden“, sagt Kai N. Krieger von der Werkstatt für antifaschistische Aktionen. „Dabei müssen wir unbedingt Menschen unterstützen, die sich am Töten im Krieg nicht beteiligen wollen. Wir sprechen uns für ein Asyl für Kriegsdienstverweiger*innen aus!“

Rob dictators of their army

„Gerade in Zeiten des russischen Angriffskriegs in der Ukraine ist es wichtiger denn je, Menschen, die den Kriegsdienst verweigern, eine Zufluchtsmöglichkeit zu bieten“, sagt Kai N. Krieger, Sprecher*in der Werkstatt für antifaschistische Aktionen: „Ohne Soldat*innen kann Putin keinen Krieg führen. Damit mehr Menschen den Kriegsdienst verweigern, brauchen sie jedoch eine sichere Perspektive, einen Zufluchtsort und Asyl, zum Beispiel in Deutschland.“

Viel reden, wenig machen

Doch entgegen vollmundigen Ankündigungen will die Bundesregierung aus Russland und Belarus Geflüchtete lieber schnell wieder los sein. Nur etwas weniger als 100 russische Deserteur*innen, Kriegsdienstverweiger*innen und vor der Einberufung Geflüchtete hat die Bundesregierung bisher anerkannt. „Skandalös wenig!“, findet Kai N. Krieger.

#ObjectWarCampaign

Die Aktion fand im Rahmen der #ObjectWarCampaign von Connection e. V. statt. Connection macht internationale Arbeit zu Kriegsdienstverweigerung und Desertion und bietet Unterstützung für Kriegsdienstverweiger*innen an. Am 14.12.2024 veranstaltete Connection e. V. eine Demonstration gegen Krieg und für Schutz für Geflüchtete vor dem Bundesamt für Migration in Nürnberg. Außerdem gibt es die Möglichkeit zur Unterstützung einer Onlinepetition, die Maßnahmen des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission zum Schutz von Kriegsdienstverweiger*innen fordert, sowie Solidaritätsprojekte für politische Flüchtlinge der belarussischen Friedensbewegung.

Adbusting als Kreativprotest

Als Mittel für ihren Kreativprotest bedienten sich die Chaot*innen der Werkstatt für antifaschistische Aktionen des Adbustings. Bei dieser Aktionsform werden Werbevitri-

nen im öffentlichen Raum gekapert und für die Verbreitung von politischen Botschaften genutzt. Das gefällt aber nicht allen: Obwohl die Staatsanwaltschaft Berlin findet, dass das Öffnen und Hineinhängen eigener Poster völlig legitim sei, kam es in den vergangenen Jahren immer wieder zu Repressionsmaßnahmen gegen Adbuster*innen, die sogar in mehrere Hausdurchsuchungen mündeten. Nach einer Klage der Betroffenen stellte jedoch letztendlich das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe fest, dass die Durchsuchungen völlig unverhältnismäßig und rechtswidrig waren. Ein klarer Sieg für die Chaot*innen.

Schluss mit der Doppelmoral!

„Wir halten Adbusting für eine super Methode, unsere Forderungen öffentlichkeitswirksam zu stellen“, so Kai N. Krieger. Im Vordergrund steht die Forderung nach Asyl für Menschen, die sich dem Kriegsdienst verweigern. „Wie können wir als Gesellschaft sagen, dass wir gegen Krieg und die damit einhergehenden Menschenrechtsverletzungen sind, wenn wir gleichzeitig anderen Menschen nicht die Möglichkeit geben, sich dem Kriegsdienst zu entziehen? Das ist doch eine totale Doppelmoral!“, beschwert sich Kai. Für die Chaot*innen steht fest: Wenn jeder Mensch das Recht auf ein Leben in Frieden habe, müsse auch jeder die Möglichkeit bekommen, davon Gebrauch zu machen. „Außerdem werden Diktatoren wie Putin ordentlich dumm aus der Wäsche gucken, wenn ihm nach und nach die Leute abhauen, die er eigentlich an der Front verheizen wollte“, fügt Kai N. Krieger grinsend hinzu.

Mehr Infos:

- die #ObjectWarCampaign von Connection e. V.: <https://objectwarcampaign.org>
- Wer mehr über Adbusting wissen möchte, findet Bücher zum Thema beim Berlin Buster's Social Club: <https://bbsc.blackblogs.org>.
- Wie öffne ich Werbevitriolen? <https://adbustingschlusseldienst.noblogs.org>



Foto: DFG-VK

Region Oberpfalz

Mahnwachen "Stoppt das Töten in der Ukraine" in der Oberpfalz

Friedensbewegung fordert Verhandlungen und Unterstützung

Es gibt sicherlich angenehmere Möglichkeiten, sich in einer Oberpfälzer Kleinstadt einen Vormittag zu vertreiben, als drei Stunden bei Frosttemperaturen bei einer Mahnwache am Marktplatz auszuharren. Aktive der DFG-VK nahmen es auf sich, um auf Verhandlungsmöglichkeiten zur Beendigung des Ukrainekrieges aufmerksam zu machen. Sie warben ebenso für Soziale Verteidigung statt militärischer Konfrontation. Daneben bestand die Möglichkeit, sich über Kriegsdienstverweigerung zu informieren, die demnächst wohl Fragebogenverweigerung heißen muss.

Der eigentliche Anlass war die Aufführung des Films „Die Liebe zum Leben“ über den Wehrmachtsdeserteur Ludwig Baumann in einem Weidener Kino. Warum diese eine Veranstaltung nicht mit einer Infostandreihe quer durch die nördliche Oberpfalz ergänzen? Gesagt, getan und mit der Unterstützung des DFG-VK-Mobils durchgeführt. Während sich die Bayern über die tatkräftige Unterstützung von Franz Grundschtötel freuen konnten, stellte dieser leider fest, dass sich die Klimaerwärmung noch nicht vollständig bis ins tschechische Grenzgebiet herumgesprochen hatte. Hoffentlich ist er nicht krank geworden.

Vom 9. bis 11. Dezember stellten sich die Pazifisten je einen Vor- oder Nachmittag gut sichtbar in fünf Städten auf, abends war jeweils ein Gesprächsabend oder eben der Film auf dem Programm. Dass sich die Nachfrage bei diesen Temperaturen, der Konkurrenz von Christkindlmarkt und Weihnachtsfeiern et cetera in Grenzen halten würde, war den Akteuren klar. Es ging um das Gesehen-Werden und das gelang. Eine unschätzbare Hilfe war das Friedensmobil des Bundesverbands. Neben der zusätzlichen „Werbefläche“ barg das Innere ein großes Friedens-Equipment, das mit der routinierten Hilfe des Fahrers Franz Grundschtötel immer zügig aufgebaut war.

Verschiedene Installationen wiesen auf die derzeit bei der Friedensbewegung aktuellen Themen hin. Schwarze Sensen schnitten zum Beispiel die Finanzierung der Zukunftsthemen Energie- und Klimawende, Pflege und Gesundheit sowie Bildung und Digitalisierung ab, um den Topf Bundeswehr-Sondervermögen zu füllen. Deserteuren der russischen Armee, die den verbrecherischen Krieg in der Ukraine nicht (mehr) mitmachen wollten, wurde der sprich-

wörtliche Stuhl vor die Tür gesetzt: Von circa 2500 Anträgen auf Asyl wurden lediglich 55 bewilligt (Mai 2023). Das Transparent „Ihr könnt es nicht – Macht, was ihr könnt“ wies darauf hin, dass es der Bundeswehr weder in Afghanistan noch in Mali gelungen war, friedliche und zivilstaatliche Strukturen aufzubauen. „Dagegen konnten sie bei Seuchenbekämpfung, Kindersuch-Aktionen und Hochwasserschutz zeigen, dass sie tatsächlich was draufhaben“, so Willi Rester, Bezirkssprecher der DFG-VK. Dafür bräuchten sie aber weder Panzer noch Taurus und statt Ausgehuniformen würde Arbeitskleidung reichen. In Weiden trieb dies einen Bundeswehrfreund zum Tobsuchtsanfall. Beruhigen konnte ihn lediglich ein 18-jähriger Berufsschüler, der zum Ausgleich am Abend den Film über den Wehrmachtsdeserteur Ludwig Baumann besuchte.

Für die Ukraine forderten die Pazifisten neben Verhandlungswillen beider Seiten endlich die Vorbereitung der Sozialen Verteidigung, um das geschundene Land nicht noch länger mit Toten, Blindgängern sowie Boden- und Wasserverschmutzung zu belasten. Die militärische Verteidigung sei gescheitert. Der Text des Atomwaffenverbotsvertrags der UNO lag zur Einsicht aus. Außerdem wurden Freifahrtsscheine zur Front (freie Auswahl) abgegeben.

Die DFG-VK wies auch auf ihre wieder aufgenommene Beratung zur Kriegsdienstverweigerung hin. Zum Jahresende werden es wohl 2000 Männer sein, die Anerkennung ihrer KDV beantragen werden. Auch die ersten Anfragen zur Verweigerung des Pistorius-Fragebogens waren da.

Abschluss der (halben) Aktionswoche war die Aufführung des Films über Ludwig Baumann in einem regulären Kino. Ein Novum für die Weidener Friedensszene, das gelang. 35 Besucher, davon ca. zehn U-35, sahen den berührenden Film. Eine Frage- und Diskussionsrunde schloss sich an. Das Interesse der Besucher schlug sich auch in der Spendenbereitschaft nieder, sonst wäre die kleine DFG-VK-Regionalgruppe wahrscheinlich pleitegegangen.

Mehr Infos zu den Touren von Franz auf www.zivilcourage.dfg-vk.de, Ausgabe 2/2024, ab S.14.

Willi Rester

DFG-VK Oberpfalz



Impressum

Die ZivilCourage erscheint 2025 im 52. Jahrgang. Davor erschienen als Zeitschrift der Deutschen Friedensgesellschaft-Internationale der Kriegsdienstgegner die **Courage** und des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer die **Zivil**. Seit der Fusion der beiden Organisationen 1974 erscheint als Zeitschrift der DFG-VK die **ZivilCourage**.

Redaktionsanschrift:
ZivilCourage – Magazin der DFG-VK
Hornbergstraße 100,
70188 Stuttgart
Tel. 0711- 51 89 26 20
E-Mail zc@dfg-vk.de
Internet www.zivilcourage.dfg-vk.de

Herausgeberin:
Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen e.V. (DFG-VK)
Hornbergstraße 100
70188 Stuttgart

Redaktion:
Cornelia Mannewitz
Chris Bauer
Felicitas Dieterle
Marcus Angebauer
Michael Schulze von Glaßer
Nils-Holger Schomann
Ralf Buchterkirchen
Yannick Kiesel

Druck:
Druckhaus Stil + Find
Felix-Wankel-Straße 2
71397 Leutenbach-Nellmersbach
Telefon 0711- 12 02 02 13
E-Mail info@stil-find.de

Vertrieb:
Neckartalwerkstätten
Hafenbahnstraße 35
70329 Stuttgart
Telefon 0711-320 28 34

ISSN: 1614-1954

Erscheinungsweise: viermal/Jahr

Haftungsausschluss: Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Haftung. Offizielle Stellungnahmen der DFG-VK sind als solche gekennzeichnet. Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder. Der Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht und dann genehmigungsfrei, wenn die Quelle eindeutig benannt wird und die Redaktion zwei Belegexemplare erhält. Bezugsbedingungen: Bei DFG-VK-Mitgliedern ist der Bezug der ZivilCourage im Mitgliedsbeitrag enthalten. Ein Jahresabonnement kostet 20 € inklusive Porto; Abonniertung schriftlich bei der Herausgeberin oder auf zivilcourage.dfg-vk.de. Redaktionsschluss für diese Ausgabe war der 1. März 2025. Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe ist der 1. Juli 2025.

Region Bremen

Große Kundgebung und Mahnwache der DFG-VK Niedersachsen und Bremen auf dem Bremer Marktplatz

Am 28.12.2024 hatten wir auf dem Bremer Marktplatz eine vierstündige Mahnwache und Kundgebung gegen die Stationierung neuer Mittelstreckenwaffen.

Die geplante Stationierung der neuen US-Mittelstreckenraketen, darunter Tomahawk-Marschflugkörper und Hyperschallraketen, ist ein weiterer Schritt zu mehr Eskalation, wird Deutschland zu einem potenziellen Ziel eines gegnerischen Schlags machen und erhöht drastisch die Kriegsgefahr.

Von vielen Friedensaktivist*innen wurden bis zu 600 Kerzen als Peace-Zeichen aufgestellt und anschließend entzündet.

Auf unserer Mahnwache und Kundgebung haben wir viele Menschen gesprochen, die unsere Befürchtungen wegen der Kriegsgefahr teilen, sollten diese neuen Waffen in Deutschland aufgestellt werden. Viele Menschen haben den „Berliner Appell“ unterschrieben und unterstützen die Forderungen, der Stationierung entschieden entgegenzutreten und keine Mittelstreckenraketen auf deutschem Boden zuzulassen.

Stattdessen muss Deutschland aktiv für neue Rüstungskontroll- und Abrüstungsverträge werben, um Frieden und Sicherheit in Europa zu gewährleisten.

Ganz herzlich bedanken wir uns bei Franz Grundschötel! Er hat mit dem Bulli der DFG-VK, mit der aufblasbaren Installation des „Zerbrochenen Gewehrs“, unseres DFG-VK-Logos, und mit den vielen Kerzen unsere Aktion sehr eindrucksvoll unterstützt.

Wir werden weiterhin Unterschriften unter den „Berliner Appell“ sammeln und weitere Aktionen durchführen.

DFG-VK Niedersachsen und Bremen



Hinweis Standort Bundesgeschäftsstelle

Liebe Leserinnen und Leser,

bitte beachtet, dass der Bundesverband der DFG-VK nicht mehr in der Werastraße 10 in Stuttgart sitzt. Diese Adresse hat zum **31. Januar 2025** ihre Gültigkeit verloren und wird nicht mehr weitergeleitet.

Die **aktuelle Anschrift des Bundesverbands** lautet:

Hornbergstraße 100, 70188 Stuttgart

Wir bitten euch, dies bei zukünftiger Korrespondenz zu berücksichtigen.

Vielen Dank!

Friedenslogik und Soziale Verteidigung

Unter diesem Titel fand am 1. Februar das Seminar der AG Friedenslogik statt. Die Präsentationen des Seminars zu den Themen „Friedenslogik am Beispiel des Ukrainekrieges“, „Warum ziviler Widerstand funktioniert“ und „Soziale Verteidigung“ sind online abrufbar. Sie können angefordert werden unter friedenslogik@dfg-vk.de.

FELDPOST



TAGESBEFEHL!

Soldatinnen und Soldaten!

Was für eine Zeit – Weihnachtsbescherung im März! Weg mit der Schuldenbremse und das nur für uns! Jetzt können wir einkaufen gehen. Alles rein in den Einkaufswagen: Granaten, Raketen, Drohnen, Panzer, Flugzeuge und Fregatten. Und für unseren persönlichen Wunschzettel fällt uns auch noch einiges ein: Kasernen erhalten Komfortausstattung mit allem Wellnesskram, neue Dienstwagen, neue Uniformen und dazu fette Boni, wenn wir neue Kameraden angeworben haben. Dann wird auch bald das Gemjammer aufhören wegen der ach so schwierigen Personalrekrutierung. Wehrpflicht brauchen wir nicht, die Knete wird's schon richten! Willkommen im goldenen Zeitalter – für uns!

Alex v. Lingua

Feldpostmeister

Beitrittserklärung

Ich unterstütze die DFG-VK-Grundsatzserklärung und werde deshalb Mitglied der DFG-VK.

Vorname

Nachname

Geburtsdatum

PLZ + Ort

Straße + Hausnummer

Telefon

E-Mail

Ich bin damit einverstanden, dass meine persönlichen Daten unter Einhaltung der Datenschutzbestimmungen bei der DFG-VK gespeichert werden.

Datum

Unterschrift

Beitragsstufen
Mein monatlicher Mitgliedsbeitrag (bitte ankreuzen):

- Mindestbeitrag 2 Euro
- Ermäßigter Beitrag 6 Euro
(Mindestbeitrag/Ermäßigter Beitrag sind nur bei halbjährlichem oder jährlichem Bankeinzug möglich.)
- Normalbeitrag 12 Euro
- Erhöhter Beitrag 20 Euro
- Förderbeitrag 30 Euro
- Ich zahle freiwillig einen höheren Beitrag von monatlich Euro

Darüber hinaus spende ich einmalig Euro

Zahlungsrhythmus (bitte ankreuzen)

- vierteljährlich
- halbjährlich
- jährlich
- Ich möchte die ZivilCourage per E-Mail als PDF erhalten.
- Ich möchte die ZivilCourage als gedrucktes Heft erhalten.

Einzugsermächtigung
Ich ermächtige die DFG-VK, den Mitgliedsbeitrag von meinem Konto einzuziehen. Diese Einzugsermächtigung kann ich jederzeit widerrufen. Der Auftrag kann nur ausgeführt werden, wenn mein Konto ausreichend gedeckt ist.

KontoinhaberIn

IBAN

BIC

Datum

Unterschrift

Das DFG-VK-Spendenkonto
IBAN: DE05 3702 0500 0008 3046 00
BIC: BFSWDE33XXX



VERWEIGERT!

**KONGRESS GEGEN
EINEN NEUEN WEHRDIENST.
FÜR DIE VERWEIGERUNG
ALLER KRIEGSDIENSTE.**

**21. UND 22. JUNI 2025
STADTTEILZENTRUM VORDERER WESTEN
KASSEL (ELFBUCHENSTRASSE 3, 34119 KASSEL)**

**ALLE INFOS & ANMELDUNG AUF:
KDV-KONGRESS.DE**



Friedlich denken allein ändert nichts. Werde Mitglied der DFG-VK!

Bitte die Rückseite ausfüllen und in
einem Fensterumschlag schicken an:

DFG-VK-Bundesverband
Hornbergstraße 100
70188 Stuttgart



Die Grundsatzklärung
der DFG-VK:

Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher entschlossen, keine Art
von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten.